

Gute Erwerbsbiographien

Arbeitspapier 5: Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Paar- und Haushaltskontext

gefördert von der Hans-Böckler Stiftung

Projekt: „Gute Erwerbsbiographien“

Falko Trischler, Ernst Kistler

Stadtbergen 2011

„Gute Erwerbsbiographien“**Der Wandel der Arbeitswelt als gruppenspezifischer Risikofaktor für Arbeitsfähigkeit und Unterversorgung bei der gesetzlichen Rente**

Projektnummer: S-2009-236-3 B

Forschungsschwerpunkt: Erwerbsarbeit im Wandel

Das Projekt untersucht die Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Erwerbsbiographien und deren Auswirkungen auf die Absicherung durch die GRV. Dabei geht es auch um die Frage, inwieweit und für wen die Voraussetzungen einer höheren Beschäftigungsquote/Rente mit 67 (nicht) gegeben sind und welche Gruppen dadurch einem erhöhten Risiko (bis hin zur Altersarmut) ausgesetzt sind.

Durch den Wandel der Erwerbsarbeit werden Beschäftigte zunehmend mit wachsender Unsicherheit konfrontiert. Arbeitslosigkeitsphasen und prekäre Beschäftigungsformen perforieren Erwerbsbiographien. Hinzu kommen Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen, die es vielen ArbeitnehmerInnen verunmöglichen, gesund bis zur Rente zu arbeiten.

Über die Kumulation der Risiken liegen zu wenige Informationen vor. Geringe Einkommen, unstetige Erwerbsbiographien, höhere Arbeitslosigkeit bzw. prekäre Beschäftigung, geringere Chancen des Tätigkeitswechsels, höhere und wenig altersgerechte Arbeitsbelastungen korrelieren nicht nur, sondern kumulieren in ihrem Effekt – und das nicht nur mit Blick auf die Möglichkeiten länger arbeiten zu können, sondern ganz konkret auch bei den Rentenansprüchen bzw. entstehenden Zahlbeträgen der gesetzlichen Rente. Die Gefahr einer Altersarmut steigt und ist hochgradig gruppenspezifisch. Die Rente mit 67 könnte diese Probleme verschärfen.

Bisher veröffentlichte Arbeitspapiere:

1. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel. Stadtbergen.
Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-1.pdf
2. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 2: Arbeitsbedingungen und Erwerbsverlauf. Stadtbergen.
Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-3.pdf
3. Holler, M.; Trischler, F. (2010): Arbeitspapier 3: Einflussfaktoren auf die Arbeitsfähigkeit. Stadtbergen.
Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-4.pdf
4. Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 4: Wandel im Erwerbsverlauf und Rentenanspruch. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-5.pdf

Kontakt:

Claudia Bogedan
Hans-Böckler-Stiftung
Abt. Forschungsförderung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
E-Mail: claudia-bogedan@boeckler.de

Prof. Dr. Ernst Kistler
INIFES Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie gGmbH
Haldenweg 23
86391 Stadtbergen
E-Mail: info@inifes.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Inhaltsverzeichnis | 3 |
| Darstellungs- und Tabellenverzeichnis | 4 |
| Kurzfassung | 6 |
| Renten- und Pensionseinkünfte im Kontext von Paarhaushalten und Erwerbsverlauf | 7 |
| Die materielle Lage am aktuellen Rand | 9 |
| 1. Einleitung | 11 |
| 2. Zum Stand der Forschung | 12 |
| 2.1 Erwerbsbiographien und Alterssicherung im Paar- und Haushaltskontext | 12 |
| 2.2 Alterseinkünfte und Altersarmut | 14 |
| 3. Erwerbsverläufe im Paarkontext | 20 |
| 3.1 Jahresgenaue Erwerbsverläufe bis zum 50. Lebensjahr | 20 |
| 3.1.1 Entwicklung der Erwerbsverläufe in Westdeutschland | 21 |
| 3.1.2 Entwicklung der Erwerbsverläufe in Ostdeutschland | 26 |
| 3.1.3 Beschäftigungszeiten in West- und Ostdeutschland | 27 |
| 3.2 Monatsgenaue Fünf-Jahres-Erwerbsverläufe | 31 |
| 3.2.1 Erwerbseinstieg | 32 |
| 3.2.2 Kernerwerbsphase | 34 |
| 3.2.3 Altersübergang | 36 |
| 3.2.4 Zwischenfazit | 38 |
| 4. Renten- und Pensionseinkünfte im Kontext von Paarhaushalten und Erwerbsverlauf | 40 |
| 4.1 Renten- und Pensionseinkünfte im Paarkontext | 40 |
| 4.2 Renten- und Pensionseinkünfte älterer Alleinstehender | 45 |
| 4.3 Renten-/Pensionseinkünfte und Erwerbsbiographie | 48 |
| 4.3.1 Auf Personenebene | 48 |
| 4.3.2 Im Paar- und Haushaltskontext | 52 |
| 5. Die materielle Lage am aktuellen Rand | 59 |
| 5.1 Haushaltsstruktur Älterer in der EVS | 59 |
| 5.2 Alterseinkünfte | 60 |
| 5.3 Vermögen und Immobilienbesitz älterer Haushalte | 66 |
| 6. Fazit | 70 |
| Literatur | 71 |
| Anhang | 74 |

Darstellungs- und Tabellenverzeichnis

| | | |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Darstellung K 1: | Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner erwerbstätig sind (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)..... | 7 |
| Darstellung K2: | Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)..... | 10 |
| Darstellung 1: | Paar-Erwerbsverläufe 15. bis 50.Lebensjahr in Westdeutschland | 24 |
| Darstellung 2: | Paar-Erwerbsverläufe 15. bis 50.Lebensjahr in Ostdeutschland | 25 |
| Darstellung 3: | Durchschnittliche Zeiten in einem Status (Paarerwerbsbiographien bis zum 50. Lebensjahr, Angaben in Jahren) | 28 |
| Darstellung 4: | Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner erwerbstätig sind (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)..... | 30 |
| Darstellung 5: | Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen im Erwerbseinstieg (Darstellung in Monaten) | 33 |
| Darstellung 6: | Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen in der Kernerwerbsphase (Darstellung in Monaten) | 35 |
| Darstellung 7: | Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen in der Altersübergangsphase (Darstellung in Monaten) | 37 |
| Darstellung 8: | Durchschnittliche Höhe der Renten- und Pensionen in älteren Paarhaushalten 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Euro)* | 43 |
| Darstellung 9: | Perzentile der Renten- und Pensionseinkünfte bei älteren Paarhaushalten im Jahr 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Euro)..... | 44 |
| Darstellung 10: | Durchschnittliche Rentenbezüge alleinstehender Frauen und Männer 2009* (Angaben in Euro) | 45 |
| Darstellung 11: | Zusammensetzung der Renten- und Pensionseinkünfte alleinlebender Männer und Frauen 2009* (Angaben in Euro)..... | 46 |
| Darstellung 12: | Perzentile der Renteneinkünfte bei alleinstehenden Rentnern im Jahr 2009 (Angaben in Euro) | 47 |
| Darstellung 13: | Renten- und Pensionseinkünfte älterer Alleinstehender im Jahr 2009 nach Familienstand (Angaben in Euro)*..... | 47 |
| Darstellung 14: | Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie und eigenen Renten- bzw. Pensionseinkünften* (Angaben in Euro)..... | 49 |
| Darstellung 15: | Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte nach Erwerbsstatus im Jahr vor Renteneintritt* (Angaben in Euro)..... | 50 |
| Darstellung 16: | Renteneinkünfte in Paarhaushalten getrennt nach Geschlecht* (Angaben in Euro) 53 | |
| Darstellung 17: | Durchschnittliche Alterseinkünfte von Männern und Frauen in Paarhaushalten nach Anzahl der Zeiten mit beiden Partnern in Erwerbstätigkeit* (Quartile; Angaben in Euro) | 55 |
| Darstellung 18: | Erwerbsbeteiligung von Frauen (in Jahren) nach Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte des Mannes* (in Quartilen) | 56 |
| Darstellung 19: | Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)..... | 61 |
| Darstellung 20: | Nettoäquivalenzeinkommen von älteren Alleinstehenden 2003 und 2008 (Perzentile, nominal) | 63 |
| Darstellung 21: | Nettoäquivalenzeinkommen von älteren Paarhaushalten 2003 und 2008 (Perzentile, nominal) | 64 |
| Darstellung 22: | Nettoäquivalenzeinkommen älterer Paarhaushalte in Relation zu allen Haushalten in der EVS 2008 (Perzentile)..... | 65 |

| | | |
|------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Darstellung 23: | Vermögen älterer Haushalte nach Perzentilen in der EVS 2008..... | 67 |
| Darstellung 24: | Durchschnittliches Vermögen älterer Haushalte nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in der EVS 2008*..... | 68 |
| Darstellung 25: | Anteil älterer Haushalte mit Immobilienbesitz (Angaben in Prozent)..... | 69 |
| Darstellung A 1: | Zusammenhang zwischen Zahl der Kinder und Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte bei Frauen in West- und Ostdeutschland* (Angaben in Euro)... | 74 |
| Tabelle 1: | Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status im Erwerbseinstieg (Angaben in Prozent) | 34 |
| Tabelle 2: | Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status in der Kernerwerbsphase (Angaben in Prozent)..... | 36 |
| Tabelle 3: | Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status in der Altersübergangsphase..... | 38 |
| Tabelle 4: | Art der bezogenen Renten und Pensionen in älteren Paarhaushalten im Jahr 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Prozent)..... | 41 |
| Tabelle 5: | Regression auf die Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte* | 52 |
| Tabelle 6: | Regression auf die Länge der Vollzeitwerbstätigkeit in der Erwerbsbiographie beider Partner in älteren Paarhaushalten* | 57 |
| Tabelle 7: | Haushaltsstruktur von Haushalten mit Personen über 65 Jahren (Angaben in Prozent aller Haushalte mit Älteren)..... | 59 |
| Tabelle A 1: | Beobachtete Kohorten in den jeweiligen Befragungszeitpunkten..... | 74 |

Kurzfassung

Erwerbsverläufe im Paarkontext

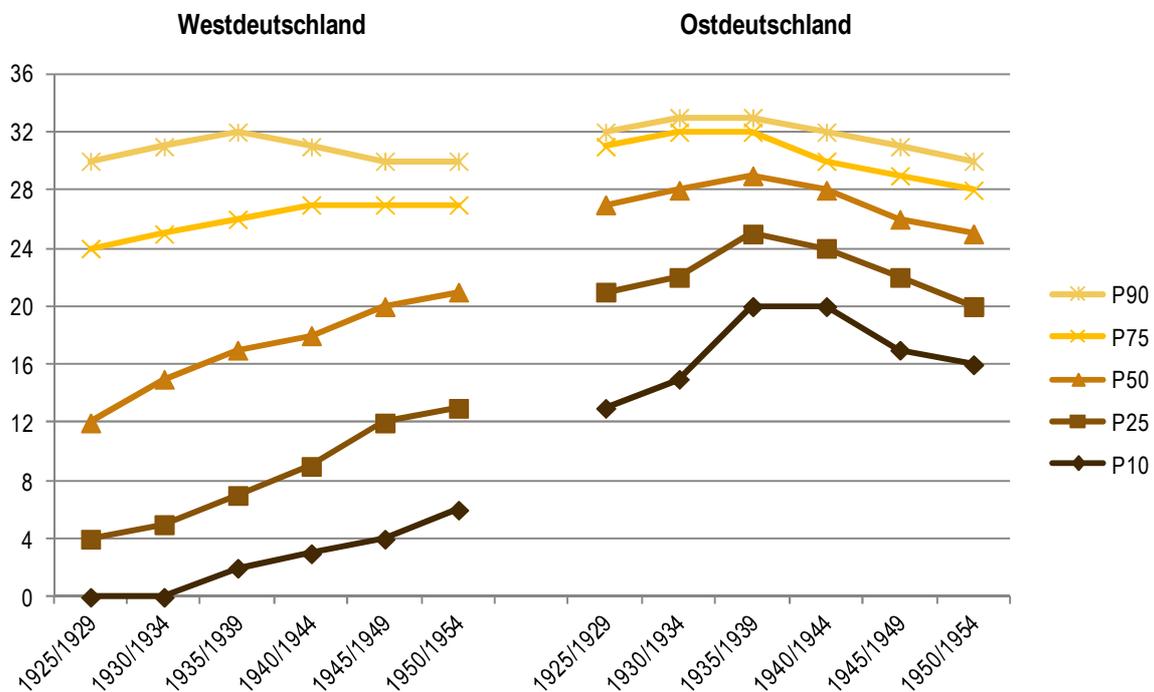
Die Analyse von Erwerbsverläufen im Paarkontext zeigt, dass das traditionelle Ernährermodell in Westdeutschland zwar zunehmend an Bedeutung verloren hat, ein Wechsel zum Doppelverdienermodell jedoch nur eingeschränkt vollzogen wurde. Der Anteil an Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig waren hat demnach zwar deutlich zugenommen, allerdings bedeutet dies nur selten, dass beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Vielmehr hat das modernisierte Ernährermodell, d. h. die Kombination aus Vollzeit und Teilzeitbeschäftigung, in Westdeutschland zunehmende Verbreitung gefunden (vgl. Klammer, Klenner 2004).

Insbesondere für Westdeutschland zeigt sich, dass bis zu den 1950 bis 1954 Geborenen das traditionelle Ernährermodell vor allem in der frühen Erwerbsphase noch weite Verbreitung fand. Darüber hinaus ist bei den jüngeren Kohorten schon vor dem 50. Lebensjahr ein zunehmender Anteil an Paaren zu beobachten, bei denen ein Partner arbeitslos oder bereits im Ruhestand ist. Für Ostdeutschland zeigt sich im Paarkontext für die vergangenen Jahre eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung beider Partner. Ostdeutsche Paar-Erwerbsverläufe zeichnen sich demnach durch den hohen Anteil an Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, aus. In den jüngeren Kohorten sind demgegenüber die Auswirkungen der verschlechterten Arbeitsmarktsituation zu beobachten: Fast 40 Prozent aller 1950 bis 1954 geborenen ostdeutschen Paare sind demnach zumindest zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen.

Darstellung K 1 enthält die Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner (Voll- und Teilzeit) erwerbstätig sind, für West und Ostdeutschland in verschiedenen Geburtskohorten (Perzentile). Dabei zeigt sich, dass in Westdeutschland im Median ein Anstieg der Zeiten mit Erwerbstätigkeit beider Partner von 12 auf 21 Jahre zu beobachten ist (auch wenn dies in erster Linie auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist). Auffällig ist jedoch die in Westdeutschland nach wie vor breite Spreizung: Während bei den oberen 10 Prozent in mindestens 30 Jahren beide Partner erwerbstätig waren, waren es bei den unteren 10 Prozent höchstens 6 Jahren. Betrachtet man dagegen die ostdeutschen Paare, so ist festzustellen, dass die Verteilung deutlich homogener ist. Insgesamt liegt die Erwerbsbeteiligung beider Partner in allen betrachteten Kohorten deutlich höher als im Westen. Auffällig ist allerdings, dass der Anteil an Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig sind in den jüngeren Kohorten deutlich sinkt, bei der jüngsten hier betrachteten Kohorte auf nur noch 25 Jahre.

Hinsichtlich der Alterssicherung ist auf Basis dieser Entwicklungen anzunehmen, dass viele westdeutsche Paare auf Haushaltsebene zumindest für die kommenden Rentnerjahrgänge (von den Anpassungen des Rentenwertes abgesehen) zumindest nominal sogar leicht höhere Anwartschaften haben werden. Dabei darf allerdings nicht vernachlässigt werden, dass die Rentenansprüche westdeutscher Frauen aufgrund der häufigen Teilzeiterwerbstätigkeit oft sehr niedrig ausfallen werden. Mit Blick auf Ostdeutschland kann auf Basis dieser beobachteten Verläufe davon ausgegangen werden, dass künftige Rentnerhaushalte deutlich niedrigere Ansprüche haben werden. Dass sich die Auswirkungen der schlechten Arbeitsmarktlage seit der Wiedervereinigung bisher noch nicht in vollem Ausmaß in den Zahlbeträgen ostdeutscher Renten niedergeschlagen haben, liegt ausschließlich an den stabilen Erwerbsbiographien dieser Kohorten in den Zeiten vor der Wiedervereinigung. Zukünftige ostdeutsche Rentnerhaushalte werden dagegen deutlich schlechter abgesichert sein.

Darstellung K 1: Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner erwerbstätig sind (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=110.

Renten- und Pensionseinkünfte im Kontext von Paarhaushalten und Erwerbsverlauf

Insgesamt zeigen die Auswertungen, dass Paar-Haushalte in beiden Teilen Deutschlands aktuell Renten- und Pensionseinkünfte im Durchschnitt auf ähnlich hohem Niveau beziehen. Unterschiede bestehen insbesondere in der Zusammensetzung dieser Alterseinkünfte. Neben der durchschnittlichen Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte ist jedoch besonders die Schichtung der Einkünfte von besonderer Bedeutung. Demnach sind die Renten- und Pensionsinkünfte der älteren Paarhaushalte in Westdeutschland deutlich heterogener verteilt als in Ostdeutschland. Insbesondere die unteren 10 Prozent aller Haushalte beziehen im Westen mit 1.130 Euro und weniger ein deutlich niedrigere Einkünfte als im Osten mit 1.450 Euro. Die oberen 10 Prozent beziehen demgegenüber im Westen rund 3.600 Euro und mehr, im Osten dagegen „nur“ 2.795 Euro und mehr.

Diese Unterschiede ergeben sich vor allem daraus, dass ostdeutsche Paare sehr ähnliche Erwerbsbiographien mit geringen Lohnunterschieden aufweisen. Im Westen sind dagegen im Paarkontext sehr heterogene Erwerbsbiographien mit unterschiedlich hoher Erwerbsbeteiligung der Partner zu beobachten.

Nach Daten des SOEP beziehen westdeutsche Paarhaushalte durchschnittlich gemeinsame Renten- und Pensionseinkünfte in der Höhe von 2.150 Euro. Im Osten liegt das Niveau der Renten- und Pensionseinkünfte mit 1.996 Euro deutlich niedriger. Berücksichtigt man nur Haushalte ohne Bezug von Beamtenpensionen, so beträgt die durchschnittliche aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogene

Rente in westdeutschen Haushalten 1.648 Euro. Des Weiteren ist allerdings zu beachten, dass sonstige Alterseinkünfte im Osten viel weniger verbreitet sind. Berücksichtigt man auch weitere Einkünfte, beispielsweise aus der betrieblichen Altersvorsorge, so liegen die Alterseinkünfte bei westdeutschen Haushalten (ohne Beamte) mit 1.996 Euro auf dem Niveau von Ostdeutschland. In Ostdeutschland basieren diese Einkünfte demnach fast ausschließlich auf Einkünften aus der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Auswertungen zu den Renten- und Pensionseinkünften von alleinstehenden Älteren zeigen darüber hinaus, dass (vor allem westdeutsche) Frauen bisher in hohem Maße von den Renten- und Pensionsansprüchen der Partner abhängig sind. Dies trifft sowohl in Paarhaushalten zu, als auch für alleinstehende Frauen, deren Alterseinkünfte zu großen Teilen Witwenrenten sind. Fallen die Ansprüche des Partners aufgrund des beschriebenen Wandels zukünftig niedriger aus, so bedeutet dies, dass alleinstehende Frauen zukünftig in höherem Maße auf eigene Rentenansprüche angewiesen sind.

In Anbetracht der zukünftig wieder zunehmenden Zahl an Singles und unverheirateten Paaren ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen zunehmend zum Problem werden könnten. Scheidung und Trennung kann so aufgrund fehlender oder unzureichender eigener Renten- bzw. Pensionsansprüche zur Armutsfalle werden (vgl. Andreß 2004). Eine Ausnahme bilden hingegen ledige Frauen, die meist eigene Renten- und Pensionseinkünfte beziehen.

Renten-/Pensionseinkünfte und Erwerbsbiographie

Für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner lässt sich belegen, dass Lücken in der Erwerbsbiographie zu erheblichen Einbußen bei den Alterseinkünften führen. Ein deutlicher Zusammenhang ergibt sich demnach vor allem zwischen Arbeitslosigkeit und Rentenzahlbetrag. Westdeutsche Männer ohne Arbeitslosigkeitserfahrung beziehen demnach durchschnittlich mehr als 500 Euro höhere Renten als westdeutsche Männer mit drei und mehr Jahren Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie. Negativ auf die Renten- und Pensionsansprüche wirken sich daneben auch Zeiten der Nichterwerbstätigkeit aus, wohingegen gerade langjährig Vollzeitbeschäftigte und Personen mit langen Ausbildungszeiten (bzw. höherem Qualifikationsabschluss) überdurchschnittliche Alterseinkünfte erzielen.

Auf Haushaltsebene zeigt sich für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner jedoch, dass kein direkter Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung der Partner und der Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte festgestellt werden kann. Vielmehr sind hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung kaum Unterschiede in den Alterseinkünften der Paare zu beobachten. Zusammenhänge ergeben sich erst, wenn die Einkünfte getrennt für beide Partner analysiert werden. Dabei erweist sich, dass Frauen der betreffenden Geburtskohorten umso häufiger erwerbstätig waren, je niedriger die Rentenansprüche der Männer (respektive das Einkommen während des Erwerbslebens).

Insgesamt resultiert daraus ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen den Renten- und Pensionseinkünften der Männer in Paarhaushalten und der Zahl an Jahren, in denen beide Partner erwerbstätig waren; wohingegen die Erwerbsbeteiligung im Paarkontext erwartungsgemäß positiv mit den Renten- und Pensionseinkünften von Frauen in Paarhaushalten korreliert. Dieser Zusammenhang ist bei insgesamt steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen für verschiedene Geburtskohorten in ungefähr gleicher Höhe zu beobachten. Es ist also anzunehmen, dass Frauen um so eher und umfangreicher

erwerbstätig sind, je ungünstiger die Erwerbssituation des Mannes ist. Zumindest bei den aktuellen Paaren im Ruhestand haben die Frauen ihre Erwerbsbeteiligung auch davon abhängig gemacht, wie hoch die Einkünfte des Mannes waren. Diese Aussage ist selbstverständlich nicht auf jüngere Kohorten zu verallgemeinern. Die Analysen legen jedoch nahe, dass vor allem in Westdeutschland für ältere Geburtskohorten ökonomische Gründe die Entscheidung über die Erwerbsbeteiligung mitbestimmt haben, wenngleich anzunehmen ist, dass dies für kommende Rentnergenerationen immer weniger der Fall sein wird.

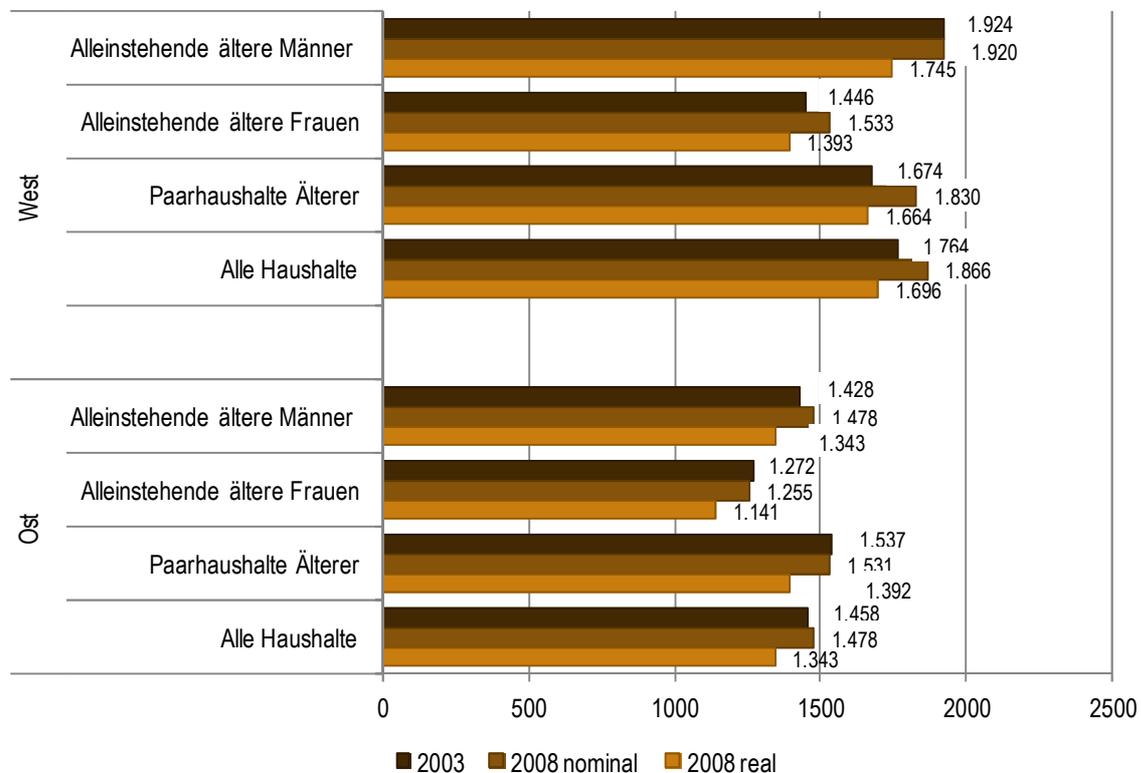
Die materielle Lage am aktuellen Rand

Betrachtet man das Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte, so zeigt sich in Westdeutschland für alleinstehende Männer das höchste Einkommen. Dieses liegt nominal ungefähr auf dem Niveau des Jahres 200, bei durchschnittlich 1.920 Euro. Das Nettoäquivalenzeinkommen alleinstehender Frauen liegt mit 1.533 Euro deutlich niedriger, nominal jedoch höher als im Jahr 2003 (1.446 Euro). Westdeutsche Paarhaushalte in denen beide Partner über 65 Jahre alt sind hatten 2008 ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von 1.830 Euro und damit deutlich mehr als im Jahr 2003 (1.674 Euro). Damit hat sich das Einkommen der Paarhaushalte stärker an den Durchschnitt aller westdeutschen Haushalte von 2008 (1.866 Euro) angenähert.

Im Osten zeigt sich ein deutlich niedrigeres gesamtes Einkommen im Alter. Alleinstehende Männer hatten 2008 ein Einkommen von 1.478 Euro (2003: 1.428 Euro), alleinstehende Frauen sogar nur 1.255 Euro (2003: 1.272 Euro). Für ostdeutsche Paarhaushalte ist ebenfalls ein deutlich niedriger Wert von nur 1.531 Euro zu beobachten (2003: 1.537 Euro). Entgegen der westdeutschen Werte sind die Einkommen in Ostdeutschland dabei zwischen 2003 und 2008 nicht gestiegen. Die Einkünfte von älteren Paarhaushalten liegen demnach – im Gegensatz zum Westen – über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Haushalte (2008: 1.478 Euro).

Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Zahlen nicht inflationsbereinigt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat der Verbraucherpreisindex zwischen 2003 und 2008 um 10 Prozent zugenommen, wonach entsprechend auch die Alterseinkünfte um 10 Prozent zugenommen haben müssten um der gleichen Kaufkraft zu entsprechen. Berücksichtigt man diese Preissteigerung so zeigt sich jedoch, dass die realen Alterseinkünfte mit Ausnahme der älteren Paarhaushalte in Westdeutschland teils deutlich gesunken sind (wie auch die Durchschnittseinkommen aller Haushalte).

Darstellung K2: Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008.

Insgesamt zeigt sich somit, dass die Alterseinkünfte zwischen 2003 und 2008 im Westen nominal leicht zugenommen haben. Berücksichtigt man die Inflationsrate, zeigen sich hingegen insbesondere im Osten deutlich niedrigere Alterseinkünfte. Schlecht abgesichert sind nach wie vor insbesondere alleinstehende Frauen, wohingegen Paarhaushalte und alleinstehende Männer zu großen Teilen vergleichsweise gut abgesichert sind. Auffällig ist die starke Differenzierung der Alterseinkünfte in Westdeutschland. Speziell bei westdeutschen Männern, aber auch bei Paarhaushalten gibt es eine starke Spreizung in der Höhe der Alterseinkünfte. Im Vergleich mit der EVS von 2003 ist dabei insgesamt eine zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte zu beobachten. Letztendlich wird darin auch die zunehmende Spreizung der Erwerbseinkünfte widerspiegelt (vgl. Grabka, Frick 2008).

1. Einleitung

Im Zuge des Wandels der Erwerbsbiographien fallen die von den Beschäftigten im Laufe des Erwerbslebens erworbenen individuellen Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung zunehmend niedriger aus. Die in der Folge hoher Arbeitslosigkeit häufig diskontinuierlichen Erwerbsverläufe, spätere Berufseinstiege sowie die Zunahme atypischer Beschäftigung und prekärer Altersübergänge führen bei den jüngeren Geburtskohorten zu deutlichen Einbußen bei der Alterssicherung. Einzig bei westdeutschen Frauen sind aufgrund der gestiegenen Erwerbsbeteiligung teils höhere Anwartschaften zu beobachten (vgl. Trischler, Kistler 2011).

Um die Frage zu beantworten, inwiefern diese Entwicklung zukünftig vermehrt zu unzureichender Absicherung – evtl. bis hin zur Altersarmut – führen wird, ist es notwendig die Analyse der individuellen Anwartschaften auf den Haushaltskontext zu übertragen. Individuell unzureichende Rentenanwartschaften sind nicht gleichzusetzen mit unzureichender Altersabsicherung oder gar Altersarmut: Dies gilt insbesondere für Frauen, die (vor allem in Westdeutschland) bereits in der Vergangenheit aufgrund geringer Erwerbsbeteiligung meist nur unzureichende eigenständige Alterseinkünfte hatten. Im Haushaltskontext wurde dies in der Vergangenheit durch die stabilen Erwerbsbiographien des Partners und der damit einhergehenden Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung kompensiert. Mit dem Bezug abgeleiteter Renten war es auch für die meisten Witwen möglich, trotz geringer individueller Absicherung im Alter, über die Anwartschaften des verstorbenen Partners ein ausreichendes Alterseinkommen (in den meisten Fällen weit oberhalb der Armutsgrenze) zu beziehen. Der Wandel der Erwerbsverläufe kann somit letztlich erst vor dem Hintergrund der Anwartschaften des Partners hinsichtlich der Auswirkungen auf das Alterseinkommen beurteilt werden. Darüber hinaus ist jedoch auch die zunehmende Zahl an Alleinstehenden zu berücksichtigen, was dazu führen wird, dass zukünftig ein größerer Anteil an Versicherten allein auf die eigenen Rentenanwartschaften angewiesen sein wird, die häufig nicht ausreichend sind.

Neben der Berücksichtigung des Haushaltskontexts ist es für eine Einschätzung der Absicherung im Alter notwendig, die materielle Lage im Alter insgesamt zu betrachten. Zuzüglich zu den Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sind dabei auch andere Formen der Alterssicherung (Pensionen, betriebliche und private Altersvorsorge, ...) zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist es notwendig, auch einen Blick auf sonstige Haushaltseinkünfte sowie auf die Verteilung von (selbstgenutztem) Wohneigentum und Vermögen zu werfen.

Im Folgenden wird zunächst der Stand der Forschung zur Entwicklung von Paarerwerbsverläufen und Alterseinkünften umrissen (Kapitel 2). Entsprechend der engen Verknüpfung von Erwerbsverlauf und Alterssicherung wird im empirischen Teil dieses 5. Arbeitspapiers zunächst die Entwicklung der Erwerbsverläufe im Paarkontext dargestellt (Kapitel 3). Dabei wird an die Analysen des 1. Arbeitspapiers des Projekts „Gute Erwerbsbiographien“ und den dort auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels vorgenommenen Analysen angeknüpft (vgl. Trischler, Kistler 2010). Die bereits auf individueller Ebene dargestellten Erwerbsverläufe werden auf den Haushaltskontext übertragen, wobei (analog zum 1. Arbeitspapier) zunächst längere Erwerbsverläufe auf Basis jahresgenauer Daten betrachtet werden, bevor in einem zweiten Schritt die Entwicklung in Fünf-Jahres-Erwerbsverläufen auf Monatsbasis für jüngere Kohorten im Detail dargestellt wird.

Kapitel 4 betrachtet daran anschließend (und in Ergänzung zum 4. Arbeitspapier) einerseits die Verbreitung verschiedener Formen von Renten- und Pensionseinkünfte und geht andererseits der Frage nach, inwieweit diese Alterseinkünfte mit dem Paar-Erwerbsverlauf in Zusammenhang stehen. Hinsichtlich der Alterseinkünfte wird dabei auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels zurückgegriffen, welche eine direkte Verknüpfung von Alterseinkünften und (Paar-)Erwerbsverläufen erlauben.

Ergänzend werden im abschließenden 5. Kapitel Daten der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 herangezogen, die zwar keine Anknüpfung an Erwerbsverläufe ermöglichen, jedoch hinsichtlich der Erfassung der materiellen Lage im Alter weitergehende Analysemöglichkeiten bietet. Dabei wird die Verteilung von Einkünften und Vermögen auf der Ebene von Paarhaushalten und Alleinstehenden am aktuellen Rand betrachtet und mit Ergebnissen der vorangegangenen Erhebung aus dem Jahr 2003 verglichen.

2. Zum Stand der Forschung

2.1 Erwerbsbiographien und Alterssicherung im Paar- und Haushaltskontext

Betrachtet man die Erwerbsbiographien in den vergangenen Jahrzehnten, so ist einerseits ein deutlicher Wandel der Verläufe insgesamt feststellbar, andererseits zeigen sich aber auch erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Trotz der zunehmenden Erwerbsbeteiligung unterscheiden sich die Erwerbsbiographien von Frauen insbesondere in Westdeutschland nach wie vor erheblich von denen der Männer. Bereits im ersten Arbeitspapier des Projekts wurde dabei die Entwicklung der individuellen Erwerbsverläufe ohne Berücksichtigung von Paar- und Haushaltskontext nachgezeichnet (vgl. Kistler, Trischler 2010).

Gleichwohl wurde der Paar- und Haushaltskontext bei diesen Betrachtungen zumindest implizit bzw. bei der Interpretation der individuellen Verläufe berücksichtigt. Vieles spricht jedoch dafür, insbesondere mit Blick auf die Alterssicherung, den Wandel der Erwerbsbiographien auch hinsichtlich der Entwicklung von Paar-Erwerbsbiographien zu betrachten. Schließlich geht aus den individuellen Analysen nicht hervor, wie sich diese zu Paarbiographien zusammenfügen bzw. wie sich Paare in ihrer Erwerbsbeteiligung unterscheiden. Insbesondere in Westdeutschland war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Vergangenheit auch von der Haushaltssituation mitbestimmt. Der Haushaltskontext umfasst dabei neben dem jeweiligen Lebenspartner auch Kinder und weitere Personen im Haushalt. Mit Bezug auf die Erwerbsbiographien werden im Folgenden jedoch in erster Linie die Entwicklung der Erwerbsbiographien und Alterseinkünfte von Paaren berücksichtigt. Gleichwohl ist dabei stets zu berücksichtigen, dass vor allem im Westen Kinder und pflegebedürftige Personen im Haushalt von entscheidender Bedeutung für die Erwerbsbeteiligung von Frauen sind.

Nach Klammer und Klenner (2004) zeigt sich hinsichtlich der Erwerbssituation von Paaren eine „Ausdifferenzierung entlang des Arbeitszeitumfangs der Frauen“ (S. 181). Demnach sind insbesondere drei Formen von Paarerwerbstätigkeit zu unterscheiden: Das traditionelle Ernährermodell (Vollzeit/Nichterwerbstätigkeit), das modernisierte Ernährermodell (Vollzeit/Teilzeit), sowie das Doppelversorgermodell mit zwei Vollzeiterwerbstätigen.

Im traditionellen Ernährermodell gibt es eine klare Trennung zwischen der Erwerbsarbeit des Mannes und der Haus- und Familienarbeit der Frau. Der Mann übernimmt in diesem Modell somit die Rolle des

ökonomischen Versorgers, von dessen Erwerbseinkommen die klassische Hausfrau abhängig ist. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf die Erwerbsphase, sondern setzt sich aufgrund der engen Koppelung von Renten- und Erwerbssystem in der Ruhestandsphase fort. Da die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland vor dem Hintergrund der damals bestehenden strikten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern entstanden ist, schlägt sich dies beispielsweise bei Witwenrenten auch in der Ausgestaltung des Rentensystems nieder. Trotz der starken Koppelung zwischen Erwerbsbiographie und Rentenanwartschaften musste demnach stets auch die Absicherung der meist nichterwerbstätigen Frauen berücksichtigt werden.

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit seit dem zweiten Weltkrieg, so stützten sich die stabilen „Normalerwerbsbiographien“ der Nachkriegszeit in hohem Maße auf die Haushaltstätigkeit von Frauen, welche die „soziale Infrastruktur“ (vgl. Geissler 1998a, S. 551) aufrecht erhielten. Die strikte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wie sie vor allem in Westdeutschland zu beobachten war, war demnach Voraussetzung für die in hohem Maße kontinuierlichen Vollzeiterwerbsbiographien der Männer (vgl. auch Geissler 1998b).

Grundsätzlich hat sich die Erwerbsbeteiligung von Paaren in West- und Ostdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg sehr unterschiedlich entwickelt. Während in Ostdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen infolge der staatlichen Förderung bereits in den 1950er Jahren deutlich gestiegen ist, blieb die Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen weiter auf niedrigem Niveau, was sich entsprechend auch in den Erwerbsverläufen niederschlägt (vgl. Schmidt, Schmitt 2005; Trischler, Kistler 2010).

In den vergangenen Jahren zeigt sich in Westdeutschland eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Allerdings zeigt sich auch, dass dies insbesondere auf die zunehmende Teilzeitbeschäftigung von Frauen zurückzuführen ist, wohingegen die Zahl an vollzeitbeschäftigten Frauen in jüngster Vergangenheit sogar abgenommen hat (vgl. Kümmerling, Jansen, Lehndorff 2008). Gerade im Westen steht die Erwerbsbeteiligung von Frauen demnach nach wie vor in hohem Zusammenhang mit der familiären Situation. Das Modell des männlichen Alleinernährers wird nicht vollständig aufgegeben, sondern vielmehr durch das modernisierte Ernährermodell (Vollzeit/Teilzeit) abgelöst. Im Osten ist ausgehend von einem hohen Anteil an Haushalten mit zwei Vollzeiterwerbstätigen ebenfalls eine Zunahme dieses Modells zu beobachten. Die Gründe für die zunehmende Teilzeiterwerbstätigkeit von ostdeutschen Frauen sind im Gegensatz zum Westen jedoch weniger familiär, sondern insbesondere arbeitsmarktspezifisch (vgl. Riedmüller, Schmalreck 2011).

Die Ursache für die niedrige Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Betreuung von Kindern, sondern ist auch auf sozialen Normen und rechtlichen Regelungen zurückzuführen, die erst im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zumindest teilweise aufgehoben wurden. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, steuerliche Nachteile und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktungleichheiten führen aber auch heute noch zu einer niedrigeren Erwerbsbeteiligung von westdeutschen Frauen. Gleichzeitig wird dem Bildungsstand unabhängig von sonstigen Faktoren eine übergeordnete Bedeutung für die weibliche Erwerbsbeteiligung zugeschrieben (vgl. Busse 2007). Wie Allmendinger (1990) zeigt, gibt es darüber hinaus Hinweise auf einen starken Zusammenhang zwischen dem Familienlebensverlauf und der Ruhestandsentscheidung von Ehepartnern. Demnach orientieren sich erwerbstätige Frauen beim Erwerbsausstieg am Erwerbsstatus des Partners. Ebenso wie die Erwerbsphase wird demnach auch der Ruhestand von Paaren gemeinsam geplant. Auch Drobnic und Schneider (2000) zeigen, dass bei Frauen – im Gegensatz zu Männern – die Fami-

liengröße und der Rentenstatus des Ehepartners eine entscheidende Rolle bei der Ruhestandsentscheidung spielt. Vor allem in internationalen Studien wird dieses als „joint retirement“ bezeichnete Modell vielfach untersucht (vgl. z. B. Hurd 1990, Michaud 2003).

Unter Umständen kann dies jedoch auch entgegengesetzt wirken: So zeigen beispielsweise Johnson und Favreault (2001), dass Beschäftigte länger erwerbstätig sind, wenn der Partner aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand eintreten muss. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Untersuchungen, welche in eine entgegengesetzte Richtung weisen. Demnach kommt Wagner (1996) zu dem Schluss, dass ein gemeinsamer zeitnaher Rentenzugang zumindest für ältere Geburtskohorten bis 1916 Geborene eine eher untergeordnete Rolle spielte. Dabei ist jedoch wohl auch der insgesamt niedrigere Anteil an Paaren zu berücksichtigen, bei denen beide Partner erwerbstätig sind. Bäcker et al. (2009a) stellen auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels im Gegensatz zu den vorgenannten Studien lediglich für einen kleinen Teil der Männer einen früheren Renteneintritt fest, wenn die Partnerin sich bereits im Ruhestand befindet.

Für die folgenden Analysen steht demnach die Frage im Vordergrund, inwiefern sich der bereits auf individueller Ebene beschriebene Wandel der Erwerbsbiographien in Paar-Erwerbsverläufen wieder spiegelt bzw. wie sich individuelle Erwerbsverläufe zu Paarverläufen zusammenfügen. Dies kann aus den individuellen Biographien allenfalls indirekt abgeleitet werden, da beispielsweise unklar ist, inwiefern sich die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen auch im Paarkontext widerspiegelt oder nur auf eine steigende Zahl von Alleinstehenden zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist für die Alterssicherung von entscheidender Bedeutung welche individuellen Erwerbsverläufe sich im Paarkontext zusammenfügen. Aufgrund der engen Koppelung von Erwerbsbiographien und Alterseinkünften ist anzunehmen, dass die Erwerbsbeteiligung im Paarkontext von entscheidender Bedeutung für die Höhe der Alterseinkünfte ist.

2.2 Alterseinkünfte und Altersarmut

Mit Blick auf die Alterssicherung ergeben sich aus der vor allem in Westdeutschland sehr unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen auch starke Unterschiede in der Höhe der individuellen Renten- und Pensionsansparungen. Insbesondere die Geburt und Erziehung von Kindern steht demnach in engem Zusammenhang mit niedrigen Alterssicherungsansprüchen von westdeutschen Frauen. Aber auch in Ostdeutschland sind durchaus Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Verteilung der Rentenzahlbeträge festzustellen (vgl. Rasner 2006). Gerade für Frauen, die häufig geringe individuelle Alterseinkünfte haben, kann das tatsächliche Niveau der Alterssicherung somit erst im Paar- und Haushaltskontext beurteilt werden.

Trotz der niedrigen Erwerbsbeteiligung nimmt die gesetzliche Rentenversicherung hinsichtlich der Alterssicherung von Frauen eine herausragende Rolle ein. Denn nur in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Zeiten der Kindererziehung und Pflege gesondert berücksichtigt. Diese Leistungen sind in der Vergangenheit zunehmend ausgebaut worden, so dass es für Frauen leichter ist, die erforderlichen Wartezeiten zu erreichen um eine eigene Rente in Anspruch nehmen zu können. Darüber hinaus ist im Rahmen der Witwenrente die Absicherung von Ehegatten auch nach dem Tod des Partners gesichert. Vor allem für viele westdeutsche Rentnerinnen machen diese Leistungen einen hohen Teil des Alters-

einkommens aus (vgl. Stegmann, Bieber 2011). Es ist jedoch auch anzunehmen, dass die Zunahme von Trennungen und Scheidungen zukünftig zu erheblichen Problemen führen wird. So wirken sich Trennungen insbesondere für Frauen häufig negativ auf das Einkommen und damit auch die zu erwartenden Rentenansprüche aus (vgl. Andreß 2004).

Grundsätzlich sind bei der Betrachtung der materiellen Lage im Alter unterschiedliche Formen von Alterseinkünften zu unterscheiden. Hinsichtlich der Alterssicherung in Deutschland können nach Bäcker et al. (2010) vier Säulen bzw. Ebenen unterschieden werden: die Regelsysteme (gesetzliche Rentenversicherung, Beamtenversorgung und Alterssicherung für bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern), die betriebliche Altersvorsorge, die private Altersvorsorge sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Neben den Einkünften aus den Alterssicherungssystemen sind für die Betrachtung der materiellen Lage im Alter darüber hinaus auch Geld- und Sachvermögen (insbesondere Wohneigentum), Einkommen aus Erwerbstätigkeit sowie weitere Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen.

Die bereits im vierten Arbeitspapier thematisierten Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung stellen den größten Teil der Alterseinkünfte in Deutschland dar. Aktuell stammen rund 65 Prozent aller Einkommen von Senioren (inklusive ehemaligen Beamten und Selbständigen) aus der gesetzlichen Rentenversicherung, für 44 Prozent der Älteren stellt die gesetzliche Rente das einzige Alterseinkommen dar (bei ostdeutschen Männern: 83 %). Andere Formen von Alterseinkünften sind somit sowohl in Umfang als auch in Verbreitung weit weniger bedeutend (vgl. Bieber, Münch, Weinhardt 2009). Ebenfalls zur ersten Ebene der Alterssicherung ist die Beamtenversorgung zu zählen, welche sich jedoch in ihrer Verbreitung und auch der Höhe der Absicherung deutlich von der gesetzlichen Rentenversicherung unterscheidet. Im Allgemeinen kann beobachtet werden, dass die Absicherung von Pensionären in Deutschland auf weit überdurchschnittlichem Niveau liegt (vgl. Noll, Weick 2008).

Betrachtet man die Daten der Deutschen Rentenversicherung, so zeigen die Rentenzugänge der vergangenen Jahre deutlich sinkende Anwartschaften. Insbesondere in Ostdeutschland, aber auch im Westen ist demnach sowohl ein Rückgang als auch eine zunehmende Spreizung in der Verteilung der persönlichen Entgeltpunkte zu beobachten (vgl. Frommert, Himmelreicher 2010; Himmelreicher 2011). Seit dem Jahr 2000 sind die durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten im Osten von 778 auf 721 Euro, im Westen von 694 auf 657 Euro gesunken, die Altersrenten im Osten von 802 auf 766, im Westen von 691 auf 673 Euro. Für die zukünftigen Rentenzahlbeträge der kommenden Geburtskohorten ist anzunehmen, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen wird. Wie bereits im vorangegangenen Arbeitspapier gezeigt, weisen Daten aus der Versichertenkontenstichprobe hinsichtlich der bereits generierten Anwartschaften der aktuell Versicherten ebenfalls auf einen deutlichen Rückgang bei einer weiter zunehmende Differenzierung hin (vgl. Kistler, Trischler 2011).

Bei der betrieblichen Altersvorsorge ist in den vergangenen Jahren eine zunehmende Verbreitung festzustellen. Trotz dieser Zunahme hat insgesamt jedoch immer noch ein vergleichsweise geringer Anteil der Versicherten Ansprüche auf eine Betriebsrente, gleichzeitig zeigen sich hohe (v. a. geschlechtsspezifische) Unterschiede. In Ostdeutschland spielte die betriebliche Altersvorsorge in der Vergangenheit (und somit auch für den größten Teil der aktuellen Rentnerinnen und Rentner) praktisch keine Rolle. Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge auch im Osten deutlich zugenommen hat, wobei bisher jedoch keine Aussagen über das erreichte Versorgungsniveau ge-

troffen werden können. Darüber hinaus zeigen sich deutliche Unterschiede beispielsweise nach der Größe des Betriebs. Auch ist zu befürchten, dass nur ein Teil der Beschäftigten die verfügbaren Angebote überhaupt nutzt (vgl. Leiber 2005). Nach Daten der ASID hat zwar der durchschnittliche Zahlbetrag der betrieblichen Altersvorsorge zugenommen, der Anteil der Bezieher/-innen ist jedoch seit 1992 nahezu unverändert auf niedrigem Niveau. Demnach beziehen aktuell rund 31 Prozent aller Männer und nur 7 Prozent aller Frauen eine betriebliche Altersvorsorge (vgl. Kortmann 2010).

Hinsichtlich der privaten Alterssicherung ist deren zukünftiges Versorgungsniveau bisher schwer einzuschätzen. Seit Einführung der Riesterförderung ist eine deutliche Ausweitung der privaten Altersvorsorge zu beobachten. Die Höhe der tatsächlichen Absicherung ist jedoch neben den Aufwendungen der Versicherten auch in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig (vgl. Zwiener 2011). Es wird demnach abzuwarten bleiben, wie sich die private Altersvorsorge zukünftig entwickelt.

Bereits heute ist allerdings festzustellen, dass gerade ohnehin schlecht abgesicherte Geringverdiener nur selten in private Alterssicherungssysteme einbezahlen (vgl. Geyer, Steiner 2009). Himmelreicher und Viebrok (2003) weisen darauf hin, dass durch die Einführung der Riester-Rente insbesondere jene Personen gewinnen, die ohnehin gut abgesichert sind bzw. in der gesetzlichen Altersvorsorge (zugunsten der besseren Absicherung benachteiligter Gruppen) eher benachteiligt waren. Entsprechend ist für die private Altersvorsorge eine deutlich höhere Ungleichheit zu erwarten als in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Darüber hinaus weist Schmähl (2010) darauf hin, dass eine Betrachtung der Situation zum Rentenzugang allein die Entwicklung der Alterseinkünfte während der Bezugsdauer vernachlässigt. Insbesondere vor dem Hintergrund des angestrebten Ausbaus der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung ist demnach die Dynamisierung von Alterseinkünften bzw. deren Fehlen in Teilen der betrieblichen und vor allem privaten Altersvorsorge nicht zu vernachlässigen.

Hinsichtlich der materiellen Situation der aktuellen Rentnerinnen und Rentner zeigen zahlreiche Studien, dass die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner deutlich besser abgesichert sind als dies in der Vergangenheit der Fall war (vgl. z. B. Noll, Weick 2008; Goebel, Grabka 2011). Analysen aus der EVS bestätigen, dass sich die Absicherung der Älteren in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verbessert hat. Für das Jahr 2003 ist festzustellen, dass sich vor allem bei westdeutschen Männern im Alter sowohl Einkommen als auch Konsumausgaben und Vermögen auf einem hohen Niveau befinden (vgl. Noll, Weick 2008).

Der Hauptgrund für die aktuell meist gute Absicherung der derzeitigen Rentnerinnen und Rentner lässt sich insbesondere in den Erwerbsbiographien der Versicherten finden. Viele der derzeitigen Rentner können demnach in hohem Maße auf lange und kontinuierliche Erwerbsbiographien zurückblicken. Insbesondere die positive wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat dazu beigetragen, dass ein hohes Niveau der Altersabsicherung erreicht werden konnte. So war es den derzeitigen Rentnern möglich, ausreichende Rentenanwartschaften zu erwerben und gleichzeitig in hohem Maße Vermögen (auch in Form von Wohneigentum) aufzubauen. Dies gilt in Westdeutschland jedoch fast ausschließlich für Männer, während Frauen in erster Linie über ihren Partner abgesichert sind.

Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass auch aktuell deutliche Unterschiede im Niveau der Absicherung zu beobachten sind. Deutliche Unterschiede zeigen sich beispielsweise regional, wobei neben den Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland auch ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten ist (vgl. Frommert 2009; Ebert et al. 2007). Noll und Weick (2008) weisen insbesondere auch auf die –

unabhängig vom Bildungsniveau – deutlich bessere Absicherung von Pensionären hin. Im Zeitverlauf ist demnach zu beobachten, dass die Unterschiede zwischen Rentnern und Pensionären seit den 1980er Jahren sogar deutlich zugenommen haben. Naheliegend ist demnach, „dass die derzeitige vergleichsweise gute materielle Lage der Altenbevölkerung zu einem beachtlichen Teil durch die besonders privilegierte Situation der Pensionäre bestimmt wird [...]“ (vgl. ebd. S. 9).

Dementsprechend kommen Goebel und Grabka (2011) zu dem Ergebnis, dass „Altersarmut bei Pensionärshaushalten (also Beamten im Ruhestand) faktisch nicht auftritt“. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Beamte und Pensionäre über die mit Abstand höchsten Alterssicherungsvermögen verfügen, was somit auch für die kommenden Pensionäre ein weit überdurchschnittliches Sicherungsniveau bedeutet (vgl. Frick, Grabka 2010).

Für die übrigen Älteren zeigt sich demnach in den vergangenen Jahren ein – bei Berücksichtigung selbstgenutzten Wohneigentums – ungefähr gleichbleibendes Armutsrisiko. Als Grund für das niedrige Armutsrisiko führen Goebel und Grabka (ebd.) aber auch den derzeit zunehmenden Anteil an Älteren in Paarhaushalten und die damit einhergehende haushaltsinterne Umverteilung an, wodurch sich die sinkenden Rentenzahlbeträge noch nicht in einem steigenden Armutsrisiko niederschlagen. Für ältere Alleinstehende ist dagegen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko festzustellen.

Als besonders gefährdete Gruppe wird immer wieder auf die oft unzureichende Absicherung von (alleinstehenden) Frauen hingewiesen (vgl. Riedmüller, Schmalreck 2011). Einerseits spiegelt sich die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen auch in den Rentenansprüchen wider: Im Zeitverlauf ist eine Zunahme der Frauen mit auf eigenen Beiträgen beruhenden Renten gegenüber reinen Kindererziehungsleistungen zu beobachten (vgl. Kortmann 2010). Andererseits sind vor allem westdeutsche Frauen aufgrund niedriger eigener Rentenansprüche in hohem Maße auf die Alterseinkünfte des Mannes angewiesen. Beim Tod des Mannes sind Witwen erneut vorrangig über die abgeleiteten Rentenansprüche des Mannes abgesichert (vgl. Himmelreicher, Frommert 2006).

2.3 Sinkende Renten und Altersarmut – komplexe Zusammenhänge

Wie zahlreiche Analysen nahelegen, ist anzunehmen, dass sich die materielle Situation der Rentnerinnen und Rentner zukünftig verschlechtern wird. Als Ursache hierfür gelten die – insbesondere in Ostdeutschland, aber auch im Westen – durch steigende Arbeitslosigkeit zunehmend brüchigen Erwerbsbiographien, die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Niedriglohn und diskontinuierliche Verläufe beim Erwerbsein- und Erwerbsausstieg, sowie die Folgen der Rentenreformen (Heien et al. 2007; Steiner, Geyer 2010; Schmähl 2011a). Inwiefern sich aus diesen Untersuchungen ein zukünftig höheres Ausmaß an Altersarmut ableiten lässt, ist durchaus umstritten (vgl. Hauser 2007; Riedmüller, Willert 2008). Dass bisher nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Älteren – insbesondere alleinstehende Frauen – von Altersarmut betroffen ist, bedeutet allerdings nicht, dass die Thematik unzureichender Altersabsicherung gänzlich zu vernachlässigen ist. Wir sehen erst die „Spitze des Eisbergs“ (Schmähl 2011b, S. 240). Insbesondere deutet vieles darauf hin, dass die Altersabsicherung zukünftig deutlich niedriger ausfallen wird und damit auch mit einer Zunahme des Armutsrisikos im Alter zu rechnen ist (vgl. Bäcker et al. 2009b).

Niedrige bzw. sinkende Rentenzahlbeträge (und vorgängig geringe persönliche Entgeltpunkte) bedeuten nicht unbedingt geringe bzw. sinkende Alterseinkommen und niedrige Alterseinkommen bedeuten

noch nicht in jedem Fall Armut. Im Gegenteil ist festzustellen, dass sich unter den Beziehern von sehr geringen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein erheblicher Anteil von Personen befindet, die durchaus hohe Alterseinkommen haben. Der nur mittelbare Zusammenhang lässt sich mit folgenden Beispielen und Hinweisen auf zu beachtende Aspekte zwar nicht in jedem Detail, aber verständlich erläutern:

- Viele Bezieher niedriger bis sehr niedriger Renten haben nur einen Teil ihres Erwerbslebens als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer/-innen verbracht und die berufliche Stellung gewechselt (sie sind z. B. Beamte geworden oder haben sich selbständig gemacht). Sie beziehen dann z. B. aus Beamtenpensionen oder Versorgungswerken z. T. erhebliche andere Alterseinkünfte und die sehr kleine gesetzliche Rente ist dann nur ein Zubrot.
- Neben der gesetzlichen Rente bezieht ein Teil der Älteren – wiewohl bei weitem nicht alle – zusätzlichen Leistungen aus einer betrieblichen und/oder privaten Altersvorsorge. Die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung wird von Seiten der Politik mit einer zunehmender Förderung des Ausbaus in diesem Bereich gerechtfertigt – Stichwort: Riester-Rente. Daneben spielt der Mehrfachbezug von gesetzlichen Altersrenten (eigene Versichertenrente plus Hinterbliebenenrente) eine wichtige Rolle. Auch aus Erwerbstätigkeit werden (zunehmend) Alterseinkünfte aufgestockt. Andere Einkommen, z. B. aus Vermögen und im Prinzip auch der Wert des eventuellen selbstgenutzten Wohnraums, sind zu berücksichtigen.
- Besonders relevant ist die Beachtung der Bezugsebene Haushalt. Wegen der gegenseitigen Unterhaltsverpflichtung von Paaren kann eine Diskussion über Armut nicht an den individuellen Alterseinkünften, sondern muss am gesamten Haushaltseinkommen ansetzen. Auch bei der Frage nach dem im Falle der Bedürftigkeit heranzuziehenden eventuellen Vermögen ist der Haushalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die richtige Bezugsebene.
- Schließlich ist bei der Analyse von Einkommenslagen im Alter zu beachten, dass die Ursachen für geringe Alterseinkommen nur zum Teil unmittelbar in den Erwerbsbiographien liegen. Von den verschiedenen exogenen und endogenen (d. h. im Rentenrecht bzw. der Rentenpolitik begründeten) Ursachen lassen sich zwar viele an den Erwerbsbiographien ablesen – die Kausalitäten können aber auch in veränderten privaten Lebensformen wurzeln (z. B. Scheidungen).

Begibt man sich auf das Diskussionsfeld Altersarmut, so kommen in der Debatte weitere zu beachtende Punkte hinzu. Armut ist zunächst – zumindest in „reicheren Gesellschaften“ – immer ein relativer Begriff. Dabei sind zwei Meßkonzepte gängig: Einerseits die durch Grundsicherungssysteme nach dem Fürsorgeprinzip definierten Bedürftigkeitsschwellen (Sozialhilfeniveau), andererseits die in Wissenschaft und Politik etablierte Indikatorik zu Armutsrisikoschwellen. (Bei letzteren wird das unter Beachtung der Haushaltsgröße und der altersspezifischen Haushaltszusammensetzung ermittelte sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen ins Verhältnis zu einem mittleren – medianen – Nettoäquivalenzeinkommen aller Haushalte der jeweiligen Bezugsgruppe (z. B. eines Bundeslandes) gesetzt. Als Armutsrisikoschwelle hat sich – auch international – inzwischen ein Wert von 60 % durchgesetzt.)

Bevor im Folgenden empirische Befunde zur Entwicklung der Erwerbsbiographien und Zusammensetzung von Renten- und Alterseinkommen insgesamt dargestellt werden, soll an dieser Stelle auf einen Punkt ausdrücklich hingewiesen werden. Die Sorge vor – gerade wegen schlechter Erwerbsbiographien – sinkenden Renten und einer wachsenden Altersarmut und der Hinweis auf einen schon heute hohen Anteil von Älteren im Armutsrisiko negiert nicht, dass die Lebenslage der heutigen Rentner wesentlich besser ist als noch vor 50 oder gar 100 Jahren (Die Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung ist eine Erfolgsgeschichte; insbesondere die dynamisierte bruttolohnbezogene Rente der großen Rentenreform von 1957 hatte die Situation der Rentnerinnen und Rentner entscheidend verbessert und die Altersarmut abgebaut). Allerdings zeigt sich in den letzten Jahren, wie nachfolgend deutlich wird, dass es inzwischen eine gegenläufige Tendenz sinkender und zunehmend ungleicher Alterseinkünfte gibt und auch das Risiko der Altersarmut wieder steigt.

Darüber hinaus ist der Fokus nicht ausschließlich auf Altersarmut zu legen. Vielmehr ist es durchaus auch als problematisch einzuschätzen, wenn aus langjährigen Beitragszeiten nur niedrige (und womöglich durch erzwungene Abschläge zusätzlich gekürzte) Renten, hervorgehen, auch wenn diese heute noch oberhalb des Grundsicherungsniveaus und der Armutsrisikoschwelle liegen. Wie Schmähl (2011a) darlegt, ist aufgrund der Niveauabsenkung der Altersrente zu erwarten, dass ein Durchschnittsverdiener künftig im Jahr 2030 (bei einem Renteneintritt mit 67 Jahren) mindestens 35 Beitragsjahre benötigt, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen. Je niedriger die Einkünfte sind (wie beispielsweise bei teilzeitbeschäftigten Frauen), umso mehr Beitragsjahre sind notwendig, um das Niveau der Grundsicherung zu erreichen; bei 80 Prozent der Durchschnittseinkommenshöhe ca. 43 Jahre. Für diese Personengruppen sind lebenslange Beiträge zur Rentenversicherung im Verhältnis zur beitragsunabhängigen Grundsicherung im Alter kaum zu rechtfertigen.

3. Erwerbsverläufe im Paarkontext

Bereits im ersten Arbeitspapier konnte auf Basis von Biographiedaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel gezeigt werden, dass sich die Erwerbsbiographien der Beschäftigten in den vergangenen Jahren deutlich verändert haben (vgl. Trischler, Kistler 2010). Unberücksichtigt blieben in dieser Betrachtung der individuellen Verläufe jedoch, wie sich die Erwerbsverläufe im Paar- und Haushaltskontext entwickelt haben. Es ist anzunehmen, dass vor allem westdeutsche Frauen ihre Erwerbsbeteiligung in der Vergangenheit stark an der familiären Situation ausgerichtet haben (vgl. Kapitel 2.1). An dieser Stelle werden deshalb erneut die Daten des Sozio-oekonomischen Panels herangezogen, jedoch erweitert um den Haushaltskontext.

3.1 Jahresgenaue Erwerbsverläufe bis zum 50. Lebensjahr

Betrachtet werden zunächst jahresgenaue Erwerbsverläufe vom 15. bis zum 50. Lebensjahr. Es werden alle Wellen des Sozio-oekonomischen Panels von 1984 bis 2009 (SOEP26) berücksichtigt. Die Daten zur Erwerbsbiographie werden dabei von jeder Befragungsperson einmalig retrospektiv erhoben und in der Folge fortgeschrieben (vgl. Frick, Lohmann 2010; Ernicke 1997). Diese Begrenzung auf das 50. Lebensjahr ist damit begründet, dass dadurch auch relativ jüngere Kohorten in die Betrachtung einbezogen werden können. Berücksichtigt werden somit alle Geburtskohorten zwischen 1925 und 1954. Die älteste Kohorte war somit 1984 bereits 59 Jahre alt, die jüngste Kohorte befindet sich im Jahr 2009 im 55. Lebensjahr. Unberücksichtigt bleiben in dieser Betrachtungsweise allerdings Entwicklungen im Altersübergang (vgl. Ebert, Trischler 2011). Voraussetzung ist darüber hinaus, dass beide Partner bereits im letzten Befragungsjahr 2009 mindestens das 50. Lebensjahr erreicht haben. Paare mit starken Altersunterschieden werden demnach vor allem in der jüngsten (ebenso wie in der ältesten) Kohorte nicht berücksichtigt.

Im Folgenden werden nur Paare im Haushalt bzw. Personen berücksichtigt, für die ein Partner im Haushalt identifiziert werden kann. Da sich der jeweilige Partner im Zeitverlauf ändern kann, wird jeweils der letzte bekannte Partner herangezogen. Darüber hinaus wird nicht berücksichtigt, ob sich Paare im weiteren Verlauf getrennt haben. Die Zahl der Singles wird in dieser leicht vereinfachten Sichtweise somit etwas unterschätzt, im Vordergrund steht der Paarerwerbsverlauf mit dem letzten bekannten Partner im Haushalt.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die Paare jeweils zum gleichen Lebensalter zusammengespield wurden. In der Darstellung werden die Paare also im jeweiligen Lebensalter gemeinsam betrachtet werden, auch wenn beide Partner nicht gleich alt sind. Dieses Vorgehen dient ausschließlich der Vereinfachung, da tatsächlich natürlich nicht alle Paare zum gleichen Zeitpunkt in einem bestimmten Lebensalter sind. Das ausgewiesene tatsächliche Geburtsjahr bezieht sich dabei jeweils auf den Mann. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, die in den Daten nur vereinzelt identifizierbar sind, werden nicht berücksichtigt. Alle Paare werden anhand ihres letzten bekannten Wohnorts nach West- und Ostdeutschland unterschieden.

Im Folgenden werden die Erwerbsverläufe zunächst in einer Übersicht dargestellt. Dabei wurden die verfügbaren Informationen zum jeweiligen Erwerbsstatus zu sieben Ausprägungen zusammengefasst.

Analog zu Kapitel 2 werden zunächst drei klassische Formen der Paarerwerbstätigkeit unterschieden:

- Doppelverdienermodell (beide Partner sind in Vollzeit erwerbstätig)
- Modernisiertes Ernährermodell (beide Partner sind erwerbstätig, davon aber mindestens einer in Teilzeit)
- Traditionelles Ernährermodell (ein Partner ist erwerbstätig, der andere nicht erwerbstätig, aber nicht arbeitslos oder im Ruhestand)

Darüber hinaus werden folgende Kategorien berücksichtigt:

- Beide Partner sind nicht erwerbstätig (auch Ausbildung, Wehrdienst, Ruhestand usw., aber nicht arbeitslos)
- Beide Partner sind nicht erwerbstätig, davon mindestens ein Partner arbeitslos
- Ein Partner ist erwerbstätig (Voll-/Teilzeit), der andere im Ruhestand
- Ein Partner ist erwerbstätig (Voll-/Teilzeit), der andere arbeitslos

Die Kategorisierung wurde demzufolge in erster Linie an der Unterscheidung von Voll- und Teilzeitbeschäftigung gegenüber Nichterwerbstätigkeit vorgenommen. Nichterwerbstätigkeit wurde darüber hinaus unterschieden in Arbeitslosigkeit, Ruhestand und sonstige Formen von Nichterwerbstätigkeit wozu auch Phasen eingeschränkter Erwerbsbeteiligung (Ausbildung, Wehrdienst usw.) zählen.

3.1.1 Entwicklung der Erwerbsverläufe in Westdeutschland

Die folgende Darstellung 1 zeigt zunächst die Entwicklung der Paarerwerbsverläufe in Westdeutschland. Für die älteste betrachtete Kohorte (Geburtsjahr des Mannes 1925 bis 1929) ist dabei festzustellen, dass in der Kernerwerbsphase überwiegend nur ein Partner erwerbstätig war. Der Anteil der Paare, bei denen dies zutrifft schwankt zwischen dem 25. und dem 50. Lebensjahr zwischen 49 und 59 Prozent. Darüber hinaus gab es auch schon damals einen nicht unerheblichen Anteil an Paaren, bei denen beide erwerbstätig waren. Am häufigsten ist dies allerdings in der Berufseinstiegsphase zu beobachten, im 23. Lebensjahr waren demnach bei 41 Prozent aller Paarhaushalte dieser Kohorte beide Partner in Vollzeit erwerbstätig. Im weiteren Erwerbsverlauf sinkt dieser Anteil erheblich. Ab dem 30. Lebensjahr trifft dies nur noch für durchweg weniger als 30 Prozent zu. Im Gegenzug steigt ab diesem Alter der Anteil der Paare an, bei denen zwar beide Partner erwerbstätig sind, mindestens ein Partner (in den überwiegenden Fällen sind dies die Frauen) aber nur Teilzeit erwerbstätig ist. Dieser Anteil nimmt von rund 6 Prozent im 25. Lebensjahr bis zum 50. Lebensjahr auf 17 Prozent zu.

Betrachtet man den Erwerbseinstieg dieser ältesten Geburtskohorte, so ist festzustellen, dass dieser noch starke Spuren der späten Kriegsjahre bzw. der ersten Nachkriegsjahrgänge aufweist. Der Anteil an Paaren bei denen beide in jüngeren Jahren nicht erwerbstätig waren (auch Wehrdienst) liegt mit 40 Prozent im 18. Lebensjahr deutlich höher als in den folgenden Kohorten. Darüber hinaus ist zwischen dem 17. und dem 26. Lebensjahr ein kleiner Anteil von 2 bis 4 Prozent zu beobachten bei denen mindestens ein Partner arbeitslos war.

Sonstige Kombinationen sind in der Kohorte der 1925 bis 1929 Geborenen ab dem 30. Lebensjahr kaum zu beobachten. Erst gegen Ende des Beobachtungszeitraums (zum 50. Lebensjahr) ist eine leich-

te Zunahme des Anteils an Paaren zu beobachten, bei denen zwar ein Partner erwerbstätig, der andere aber arbeitslos oder in Rente (je 3 %) ist. Bei weiteren 3 Prozent aller Paare sind im 50. Lebensjahr beide Partner nicht erwerbstätig.

Zusammenfassend ist diese Geburtskohorte deutlich vom traditionellen Ernährermodell geprägt, welches sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik etablierte. Insbesondere in der Kernerwerbsphase war demnach meist nur der Mann erwerbstätig, während Frauen sich überwiegend um den Haushalt kümmerten. Bei einem kleineren Teil der Paare waren aber auch damals schon beide Partner dauerhaft Vollzeit erwerbstätig. Insbesondere der Anteil an Frauen in Teilzeitbeschäftigung war in dieser Kohorte jedoch noch sehr gering.

Betrachtet man die Verläufe der folgenden Geburtskohorten so ist ein deutlicher Wandel der Haushalts-Erwerbskonstellationen zu beobachten:

Beim Erwerbseinstieg ist festzustellen, dass dieser in den folgenden Kohorten zunächst deutlich früher stattfindet. Dies ist damit zu erklären, dass Geburtskohorten ab 1930 im Erwerbseinstieg zunehmend weniger von den direkten Folgen des 2. Weltkriegs (Wehrdienst) und der wirtschaftlich unsicheren Lage der ersten Nachkriegsjahre betroffen waren. Bei einem zunehmenden Anteil an Paaren waren somit beide Partner im Erwerbseinstieg Vollzeit erwerbstätig. Den größten Anteil erreicht dies bei den 1935 bis 1939 Geborenen: Hier waren bei 57 Prozent aller Paare beide Partner im 20. Lebensjahr Vollzeit erwerbstätig.

Bei den nächstjüngeren Kohorten liegt der Anteil infolge der Bildungsexpansion wieder niedriger und der Höhepunkt verschiebt sich in spätere Altersjahre: Bei den 1940 bis 1944 Geborenen waren im 22. Lebensjahr maximal bei 50 Prozent aller Paare beide Partner Vollzeit erwerbstätig, bei den 1950 bis 1954 Geborenen erreicht dieser Anteil erst zwischen dem 23. und 25. Lebensjahr einen Wert von 50 Prozent.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Zeiten, in denen beide Partner im frühen Erwerbsleben nicht erwerbstätig sind, bei der Kohorte der 1930 bis 1934 Geborenen am niedrigsten liegen – deutlich niedriger insbesondere auch im Vergleich Kohorte der 1925 bis 1929 Geborenen. Bei den jüngeren Kohorten sind dagegen zunehmend die Folgen der Bildungsexpansion zu beobachten, wonach bei einem immer größeren Anteil der Paare beide Partner länger nicht erwerbstätig sind. Dieser Anteil stieg im 18. Lebensjahr von 25 Prozent (1930-1934) auf 48 Prozent (1950-1954). Phasen in denen ein oder beide Partner arbeitslos sind, sind dagegen ab den 1935 bis 1939 Geborenen zumindest bis zum 20. Lebensjahr praktisch nicht mehr zu beobachten, in der jüngsten Kohorte schwankt der Anteil in der Erwerbseinstiegsphase um die zwei Prozent.

In der Kernerwerbsphase zeigt sich darüber hinaus ein zunehmender Anteil an Paaren, bei denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind. Betrachtet man das 35. Lebensjahr, so stieg dieser Anteil von 27 Prozent in der ältesten Kohorte auf 38 Prozent in der jüngsten Kohorte. Auffällig ist allerdings, dass dieser Anstieg insbesondere in den mittleren Lebensjahren zu beobachten ist. Der Anteil an Paaren, bei denen beide Partner noch im 50. Lebensjahr in Vollzeit erwerbstätig sind, ist dagegen ungefähr gleich geblieben.

Die deutlichste Zunahme ist im Zeitverlauf für die Teilzeitbeschäftigung festzustellen: Es findet sich zunehmend die Erwerbskombination, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, davon mindestens ein

Partner (fast ausschließlich Frauen) jedoch in Teilzeit. In der Kohorte der 1925 bis 1929 Geborenen waren dies maximal 17 Prozent, insbesondere ab dem 35. Lebensjahr. In den jüngeren Kohorten ist dieser Wert kontinuierlich angestiegen und beträgt bis zu 41 Prozent. Innerhalb dieser jüngsten Kohorte, den 1950 bis 1954 Geborenen, ist dieser Wert insbesondere ab dem 30. Lebensjahr stark zunehmend und erreicht seine höchsten Werte gegen Ende des Beobachtungszeitraums.

Im Gegenzug hat der Anteil an Zeiten, bei denen nur ein Partner erwerbstätig ist, stark abgenommen. Für die älteste Kohorte nahm diese Gruppe ab dem 30. Lebensjahr den größten Anteil von zwischen 53 und 59 Prozent ein. Für die jüngste Kohorte erreicht diese Gruppe im 31. Lebensjahr den höchsten Anteil von 42 Prozent. Im weiteren Verlauf ist dieser Anteil deutlich sinkend und liegt im 50. Lebensjahr nur noch bei 34 Prozent.

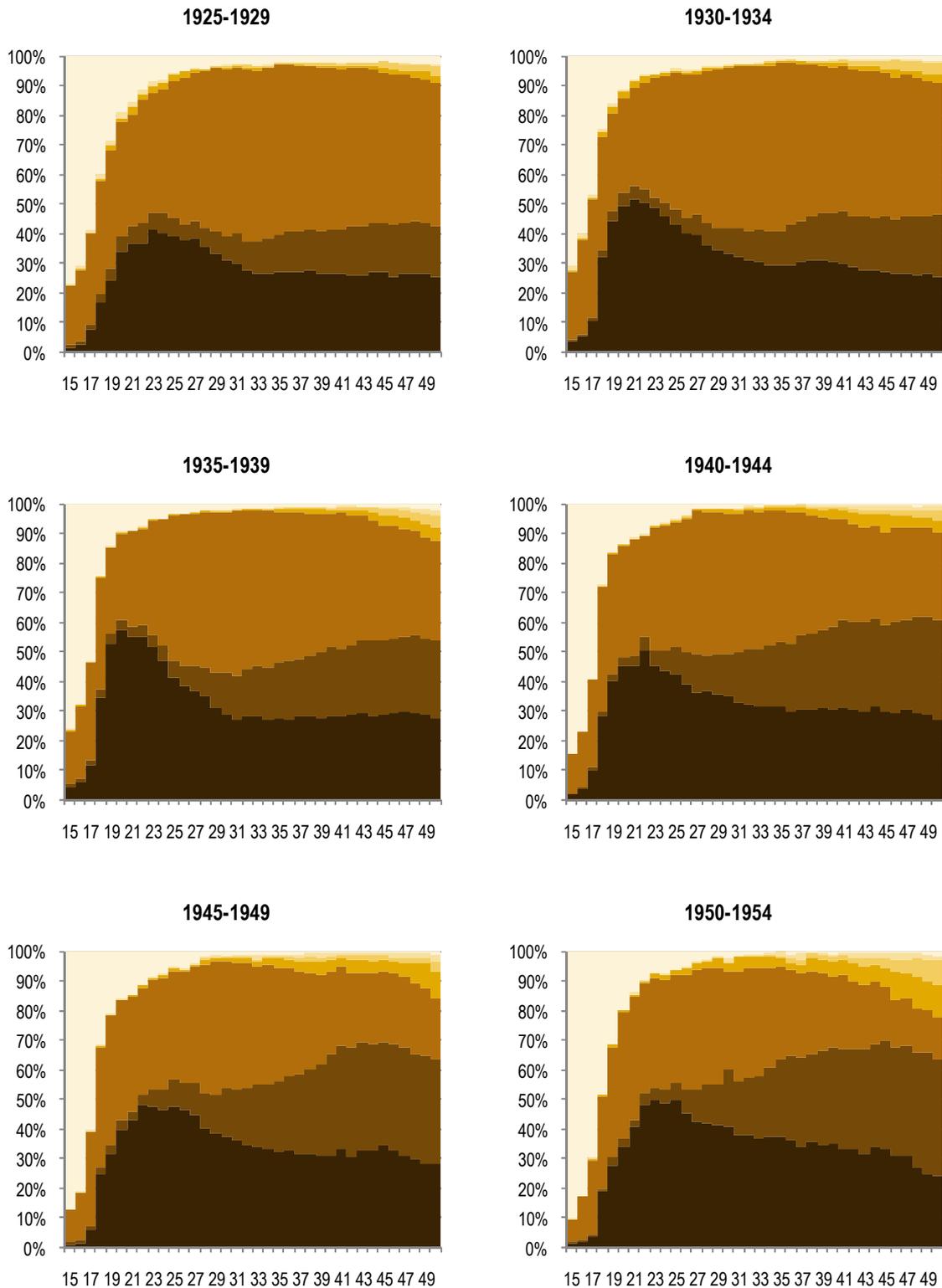
Eine weitere Entwicklung die beobachtet werden kann, ist der zunehmende Anteil an Paaren die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies betrifft insbesondere die Zeit gegen Ende der Kernerwerbsphase zwischen dem 40 und 50. Lebensjahr. Während dies in der ältesten Kohorte vereinzelt in jüngeren Erwerbsjahren beobachtet werden kann, sind die westdeutschen Paare im Folgenden in der späteren Kernerwerbsphase zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei den 1950 bis 1954 Geborenen beträgt der Anteil der Paare bei denen mindestens ein Partner im 30. Lebensjahr arbeitslos war bereits 5 Prozent. Eine starke Zunahme ist insbesondere ab Mitte des 40. Lebensjahres zu beobachten (45. Lebensjahr: 8 %). Bei 12 Prozent aller westdeutschen Paare war im 50. Lebensjahr mindestens ein Partner arbeitslos.

Hinzu kommt ein zunehmender Anteil an Paaren, bei denen ein Partner vorzeitig im Ruhestand ist. Für westdeutsche Paare trifft dies im 50. Lebensjahr bei 9 Prozent aller Paare für mindestens einen Partner zu.

Zusammenfassend lässt sich somit auf Paarebene zeigen, dass das traditionelle Ernährermodell in Westdeutschland zwar zunehmend an Bedeutung verloren hat, der Wechsel zum Doppelverdienermodell jedoch nur eingeschränkt vollzogen wurde. Der Anteil an Zeiten, in denen beide Partner erwerbstätig waren, hat demnach zwar deutlich zugenommen, allerdings bedeutet dies nur selten, dass beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Vielmehr hat das modernisierte Ernährermodell, d. h. die Kombination aus Vollzeit und Teilzeitbeschäftigung, in Westdeutschland zunehmende Verbreitung gefunden. Dabei zeigt sich allerdings, dass Teilzeitbeschäftigung bis zum Ende des 20. Lebensjahres kaum zu beobachten ist. Erst danach ist eine kontinuierliche Zunahme des Anteils an Teilzeitbeschäftigten zu beobachten, während der Anteil an Paaren, bei denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind, sinkt. Die Ursache hierfür sind insbesondere Phasen der Kindererziehung.

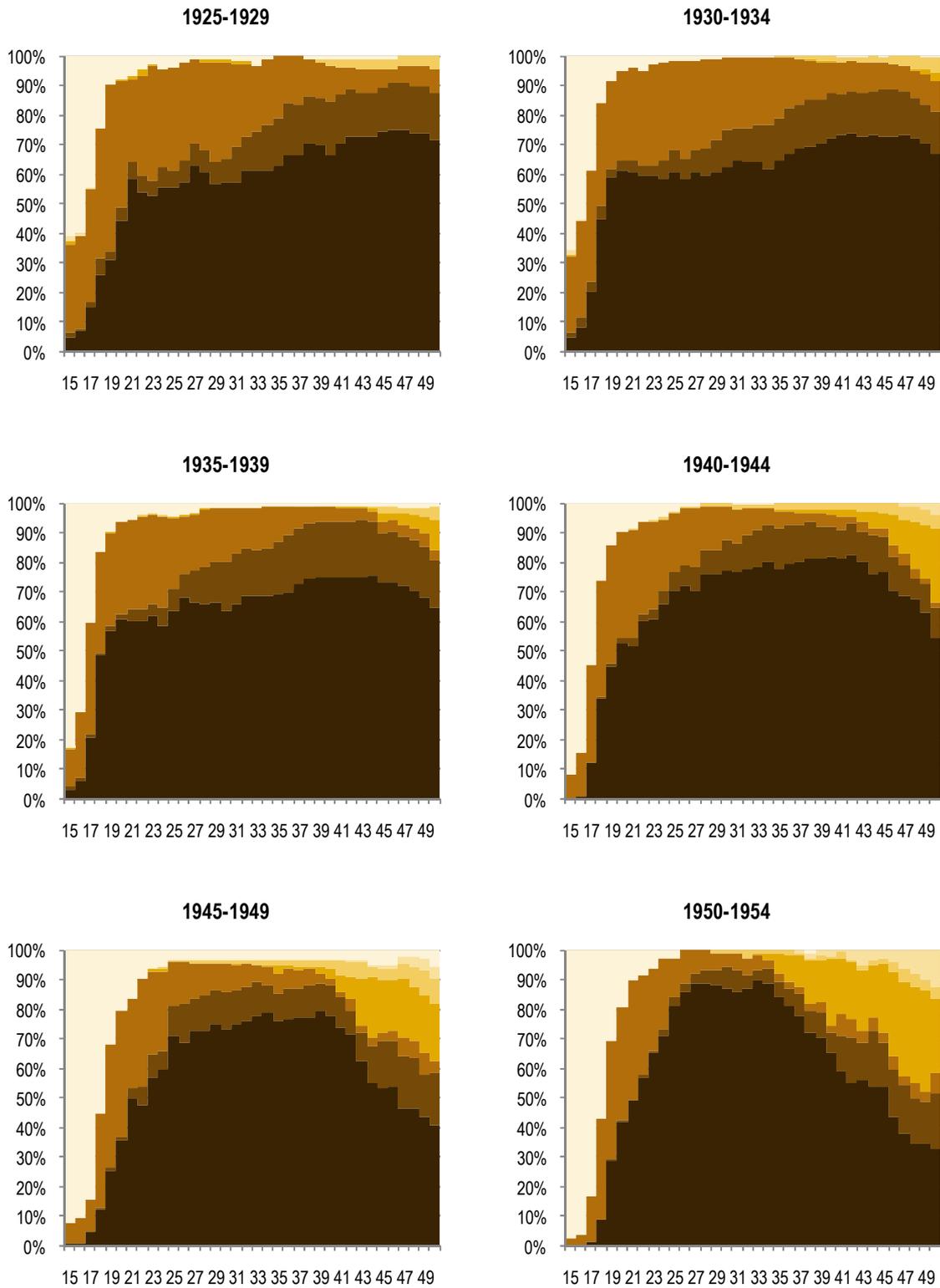
Auffällig ist aber auch, dass bei den 1950 bis 1954 Geborenen das traditionelle Ernährermodell vor allem in der frühen Erwerbsphase noch weite Verbreitung fand. Darüber hinaus ist bei den jüngeren Kohorten schon vor dem 50. Lebensjahr ein zunehmender Anteil an Paaren zu beobachten, bei denen ein Partner arbeitslos oder bereits im Ruhestand ist.

Darstellung 1: Paar-Erwerbsverläufe 15. bis 50. Lebensjahr in Westdeutschland



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=420.

Darstellung 2: Paar-Erwerbsverläufe 15. bis 50. Lebensjahr in Ostdeutschland



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=110.

3.1.2 Entwicklung der Erwerbsverläufe in Ostdeutschland

Betrachtet man die ostdeutschen Paar-Erwerbsverläufe, so lässt sich eine gänzlich andere Entwicklung beobachten (vgl. Darstellung 2). Im Gegensatz zur Bundesrepublik war das politische System der DDR bereits kurz nach Staatsgründung in hohem Maße auf das Doppelverdienermodell ausgerichtet. Entsprechend ist bereits für die älteren Kohorten jeweils ein hoher Anteil an Paaren zu beobachten, die im jeweiligen Lebensalter beide in Vollzeit erwerbstätig waren. Bei den 1925 bis 1929 Geborenen waren dies bis zu 75 Prozent aller beobachteten Paare. Dieser höchste Wert kann für diese ältere Kohorte im 46. Lebensjahr beobachtet werden. Aber auch im 30. Lebensjahr war dies für 57 Prozent aller Paare dieser Geburtskohorte zutreffend. Paare mit nur einem Erwerbstätigen sind insbesondere vor dem 35. Lebensjahr zu beobachten, in dieser ältesten Kohorte lag ihr Anteil im 30. Lebensjahr immerhin bei 33 Prozent. Wie im Westen ist darüber hinaus ab ca. dem 30. Lebensjahr ein steigender Anteil an Paaren zu beobachten, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, davon aber mindestens ein Partner in Teilzeit. Der Anteil beträgt in der ältesten Kohorte bis zu 18 Prozent.

Bis zur Kohorte der 1940 bis 1944 Geborenen ist bei ostdeutschen Paaren ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils an Paaren zu beobachten, bei denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind. Bei den 1940 bis 1944 Geborenen trifft dies auf bis zu 82 Prozent aller Paare zu (im 42. Lebensjahr). Gleichzeitig ist jedoch bei dieser Kohorte in den späten Erwerbsjahren eine massive Zunahme an Paaren zu beobachten, bei denen ein Partner arbeitslos oder bereits im Ruhestand war. In den späten Erwerbsjahren der 1940 bis 1944 Geborenen schlagen sich damit die negativen Folgen der Wiedervereinigung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt nieder. Dennoch ist bei diesen Paaren in jungen Jahren – den Jahren die noch in der DDR verbracht wurden – ein weiter zunehmender Anteil an Paaren zu beobachten, die im jeweiligen Lebensjahr beide in Vollzeit erwerbstätig waren. Bei den 1950 bis 1954 Geborenen beträgt dieser Anteil bis zu 90 Prozent aller Paare (im 33. Lebensjahr).

Besonders deutlich ist jedoch, dass ab dem jeweiligen Alter zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ein stark zunehmender Anteil der ostdeutschen Paare von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Betrachtet man die jüngste Kohorte, die 1950 bis 1954 Geborenen, so ist dies ab Mitte des 30. Lebensjahres zu beobachten. Der Anteil an Paaren bei denen ein Partner erwerbstätig, der andere arbeitslos ist, nimmt danach deutlich zu und erreicht bis zu 34 Prozent (im 49. Lebensjahr). Daneben ist gegen Ende des Beobachtungszeitraums zusätzlich ein deutlich steigender Anteil aller Paare zu beobachten, bei denen beide Partner im jeweiligen Lebensjahr arbeitslos waren – insbesondere ab dem 47. Lebensjahr, im 50. Lebensjahr sind 13 Prozent aller ostdeutschen Paare betroffen. Insgesamt war in Ostdeutschland demnach bei 38 Prozent aller Paare dieser Geburtskohorte mindestens ein Partner im 50. Lebensjahr arbeitslos.

Zusätzlich hat sich auch in Ostdeutschland der Erwerbseinstieg zunehmend nach hinten verschoben. Die Phase in der beide Partner erwerbstätig sind, ist somit insbesondere bei der jüngsten Kohorte von beiden Seiten her drastisch verkürzt worden.

Zusammenfassend zeigt sich für Ostdeutschland auch im Haushaltskontext für die vergangenen Jahre eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung beider Partner. Ostdeutsche Paar-Erwerbsverläufe zeichnen sich demnach durch den hohen Anteil an Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, aus. In den jüngeren Kohorten sind demgegenüber die Auswirkungen der verschlechterten Arbeits-

marktsituation zu beobachten. Ein hoher Anteil der ostdeutschen Paare ist demnach von Arbeitslosigkeit betroffen.

3.1.3 Beschäftigungszeiten in West- und Ostdeutschland

Für die Alterssicherung ist von besonderem Interesse, wie sich die Zeiten in Erwerbstätigkeit auf Paarebene in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Um die „Bilanz“ der beschriebenen Verläufe näher bestimmen zu können zeigt Darstellung 3 die durchschnittlichen Zeiten, die in einem Status verbracht wurden. Dabei wurden in Anlehnung an Klammer und Klenner (2004) vier Arten von Paarerwerbstätigkeit unterschieden:

- Doppelversorgermodell (beide Partner Vollzeit erwerbstätig; VZ/VZ)
- Modernisiertes Ernährermodell (beide Partner erwerbstätig, aber mindestens ein Partner nur in Teilzeit; VZ/TZ bzw. TZ/TZ)
- Traditionelles Ernährermodell (ein Partner erwerbstätig, ein Partner nicht erwerbstätig [hier: auch Ausbildung, Arbeitslosigkeit, ...]; VZ/NET bzw. TZ/NET)
- Beide Partner nicht erwerbstätig (auch Ausbildung, Arbeitslosigkeit, ...; NET/NET)

Vom 15. bis zum 50. Lebensjahr werden insgesamt 36 Jahre beobachtet. Für Westdeutschland zeigt sich dabei ein – zumindest ab der Kohorte der 1930 bis 1934 Geborenen – relativ konstanter Anteil an Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Demnach ist allenfalls ein leichter Anstieg dieser Zeiten von durchschnittlich 11,5 auf 12,2 Jahre festzustellen.

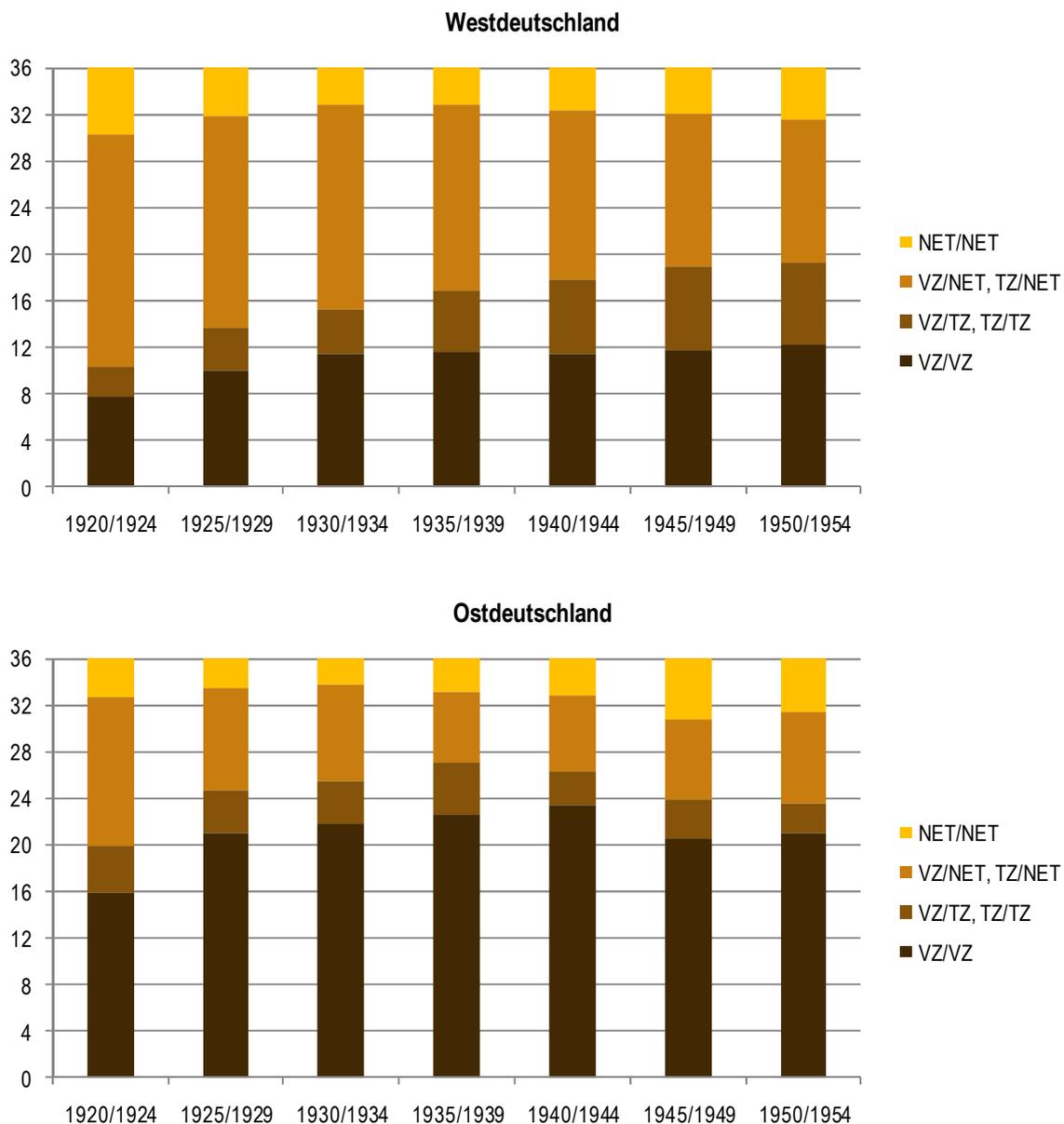
Ein deutlicher Anstieg ist dagegen für Zeiten festzustellen, in denen beide Partner erwerbstätig waren, aber mindestens ein Partner nur in Teilzeit. Über die Kohorten hinweg haben diese Zeiten von Durchschnittlich 2,5 Jahren auf 7,1 Jahre in der jüngsten Kohorte zugenommen. Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig war, haben in Westdeutschland demgegenüber deutlich abgenommen, von durchschnittlich 20,0 Jahren in der ältesten auf 12,3 Jahre in der jüngsten Kohorte. Besonders interessant ist die Entwicklung der Zeiten, in denen beide Partner nicht erwerbstätig waren. Diese haben zunächst von 5,7 auf 3,2 Jahre (1930-1934 Geborene) abgenommen. Bis zur jüngsten Kohorte ist dieser Wert dagegen wieder bis auf durchschnittlich 4,4 Jahre angestiegen. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass diese Nichterwerbstätigkeit bei den älteren Kohorten insbesondere auf Wehrdienst und frühe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, bei den jüngeren Kohorten dagegen in erster Linie auf längere Ausbildungszeiten, aber auch auf zunehmende Lücken gegen Ende der Kernarbeitsphase, durch Arbeitslosigkeit und Frühverrentung (vgl. Kapitel 3.1.1).

Für Ostdeutschland lässt sich zunächst feststellen, dass die durchschnittlichen Zeiten in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren in allen beobachteten Kohorten deutlich höher liegen als im Westen. Die durchschnittliche Zahl an Jahren in diesem Status ist darüber hinaus bis zur Kohorte der 1940 bis 1944 Geborenen von 15,9 auf 23,4 Jahre kontinuierlich angestiegen. In den beiden jüngeren Kohorten liegt der Wert dagegen etwas niedriger bei 20,6 bis 21,0 Jahren.

Tendenziell gesunken ist der Anteil an Jahren in denen beide Partner erwerbstätig waren, ein Partner aber Teilzeit beschäftigt war. Diese Zeiten haben von 4,0 Jahren mit in der ältesten Kohorte mit einigen zwischenzeitlichen Schwankungen, bis auf 2,6 Jahre in der jüngsten Kohorte abgenommen. Für Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig war, ist dagegen ein U-förmiger Verlauf zu beobachten. Bei den

1925 bis 1929 Geborenen waren dies demnach 8,7 Jahre, bei den 1935 bis 1939 Geborenen 6,1 Jahre, bei den 1950 bis 1954 Geborenen wieder 7,7 Jahre. Zeiten, bei denen beide Partner nicht erwerbstätig waren, haben dagegen deutlich zugenommen, von 2,6 (1925-1929) auf 5,2 Jahre (1945 bis 1949). Bei der jüngsten Kohorte ist hier wieder ein leichter Rückgang auf durchschnittlich 4,7 Jahre zu beobachten.

Darstellung 3: Durchschnittliche Zeiten in einem Status (Paarerwerbsbiographien bis zum 50. Lebensjahr, Angaben in Jahren)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=60.

Diese Darstellungen zeigen nochmals deutlich, wie sehr sich die Paar-Erwerbsverläufe zwischen West- und Ostdeutschland unterscheiden. Demnach liegen Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, im Westen auch bei den jüngeren Kohorten auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Weite Teile des Paarerwerbsverlaufs werden dagegen – trotz des Anstiegs an Teilzeitbeschäftigung – auch bei den jüngeren Kohorten von Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist, in Anspruch genom-

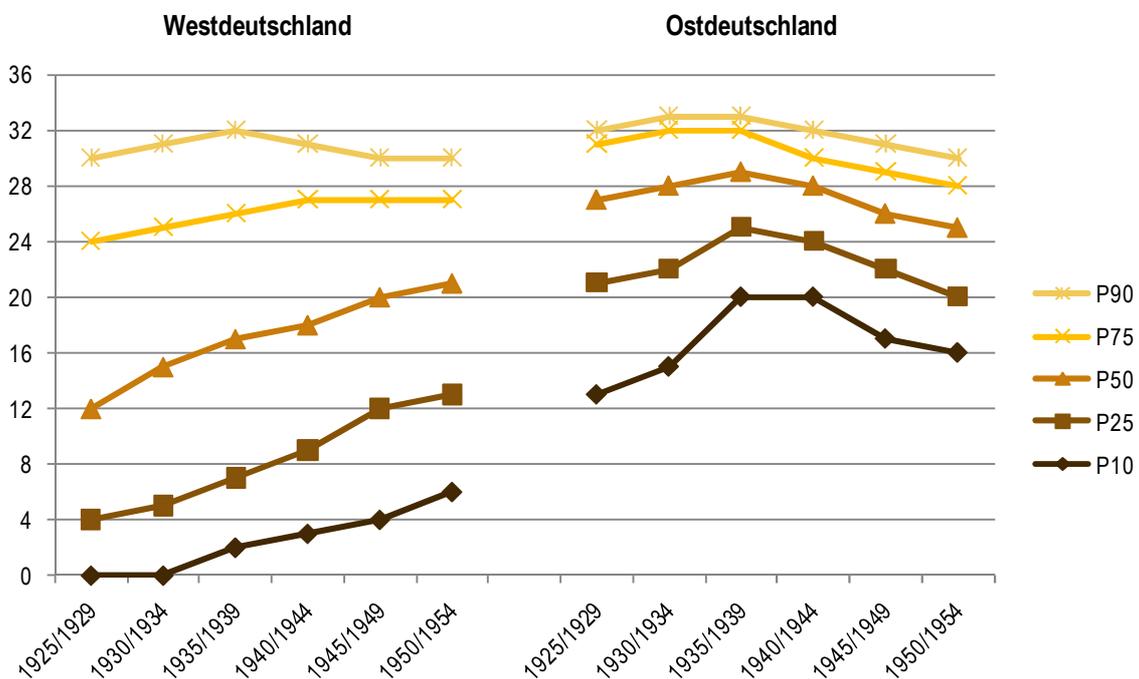
men. Vollzeitbeschäftigung beider Partner ist für die beobachteten Kohorten deutlich seltener zu beobachten als im Osten.

Bisher unberücksichtigt blieb, inwieweit sich neben den Durchschnittswerten auch die Verteilung innerhalb der Kohorten verändert hat. Darstellung 4 zeigt die Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner (Voll- und Teilzeit) erwerbstätig sind für West und Ostdeutschland in verschiedenen Geburtskohorten (Perzentile).

Dabei zeigt sich, dass in Westdeutschland im Median zwar ein Anstieg von 12 auf 21 Jahre zu beobachten ist (auch wenn dies in erster Linie auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist). Bei 25 Prozent aller westdeutschen Paare sind sogar nur in 13 oder weniger Jahren beide Partner erwerbstätig. Auffällig ist auch die in Westdeutschland nach wie vor breite Spreizung: Während bei den oberen 10 Prozent in 30 Jahren beide Partner erwerbstätig waren, liegt dieser Wert bei den unteren 10 Prozent bei gerade einmal 6 Jahren. Nach wie vor zeigen sich in Westdeutschland demnach deutliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung im Paarkontext.

Betrachtet man die ostdeutschen Paare, so ist festzustellen, dass die Verteilung deutlich homogener ist. Insgesamt liegt die Erwerbsbeteiligung beider Partner in allen betrachteten Kohorten deutlich höher als im Westen. Für die Kohorte der 1935 bis 1939 Geborenen ist im Median mit 29 Jahren der höchste Anteil an Paaren, bei denen beide Partner erwerbstätig waren, festzustellen. Auffällig ist allerdings, dass dieser Wert in den folgenden Kohorten deutlich sinkt, bei der jüngsten Kohorte auf nur noch 25 Jahre – damit aber immer noch höher liegt als in Westdeutschland. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass der Rückgang der Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig waren fast gleichmäßig verläuft. D. h. Sowohl bei den Paaren mit hoher, als auch bei den Paaren mit niedriger Erwerbsbeteiligung ist jeweils ein Rückgang zwischen 4 und 5 Jahren festzustellen. Bei den 25 Prozent der Paare mit der höchsten Erwerbsbeteiligung beider Partner liegen die Werte ungefähr auf dem Niveau von Westdeutschland. Die insgesamt höhere Erwerbsbeteiligung im Osten ist demnach in erster Linie darauf zurückzuführen, dass selbst die unteren 10 Prozent in der jüngsten Kohorte noch 16 Jahre aufweisen in denen beide Partner erwerbstätig sind. Mehr als im Westen für die unteren 25 Prozent zu beobachten ist.

Darstellung 4: Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner erwerbstätig sind (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=110.

Zusammenfassend kann auf Basis dieser jahresgenauen Betrachtung der Paarerwerbsverläufe gezeigt werden, dass sich die Erwerbsverläufe in der Paar- bzw. Haushaltsbetrachtung deutlich gewandelt haben. Besonders auffällig ist allerdings, dass das Ein-Verdiener-Modell im Westen offensichtlich immer noch eine große Verbreitung findet. Demnach haben Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind zwar deutlich zugenommen, liegen aber bei großen Teilen der westdeutschen Paare nach wie vor auf niedrigem Niveau. Außerdem hat insbesondere die Kombination aus Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit im Paarkontext zugenommen. Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, liegen in Westdeutschland spätestens seit den 1930 bis 1934 Geborenen auf nahezu unverändert niedrigem Niveau.

Ostdeutsche Paarerwerbsverläufe sind dagegen in frühen Jahren insbesondere von der hohen Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland geprägt, wodurch vielfach beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Besonders in den jüngeren Kohorten schlagen sich jedoch die Folgen der hohen Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Erwerbsbiographien nieder: Der Anteil an Paaren die von Arbeitslosigkeit betroffen steigt deutlich an. In der jüngsten Kohorte ist bei bis zu 38 Prozent aller ostdeutschen Paare mindestens ein Partner von Arbeitslosigkeit betroffen.

Hinsichtlich der Alterssicherung ist auf Basis dieser Darstellungen anzunehmen, dass viele westdeutsche Paare auf Haushaltsebene zumindest für die kommenden Rentnerjahrgänge sogar leicht höhere Einkünfte haben werden. Entwicklungen des Altersübergangs bleiben dabei zwar unberücksichtigt, dennoch ist anzunehmen, dass durch die gestiegene Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen häufiger beide Partner – auch wenn „nur“ aus Teilzeitbeschäftigung – Rentenansprüche erwerben. Selbst bei

sinkenden Rentenzahlbeträgen wäre demnach für einen Teil der Älteren im Haushaltskontext sogar eine positive Entwicklung der Altersabsicherung zu erwarten.¹

Dennoch darf nicht vernachlässigt werden, dass die Rentenansprüche westdeutscher Frauen aufgrund der häufigen Teilzeiterwerbstätigkeit oft sehr niedrig ausfallen werden. Gerade bei Paaren mit geringer Erwerbsbeteiligung oder geringeren Anwartschaften des Mannes kann dies durchaus problematisch werden. Dies gilt insbesondere, da die zusätzlichen Ansprüche der Frauen häufig ausreichen müssen, um das – aufgrund von zunehmender Arbeitslosigkeit, Rentenabschlägen im Altersübergang usw. – sinkende Rentenniveau der männlichen Partner auszugleichen. Darüber hinaus ist für jüngere Kohorten zu befürchten, dass sich längere Ausbildungszeiten, spätere Erwerbseinstiege und atypische Beschäftigung zusätzlich negativ auf das Alterseinkommen auswirken werden (vgl. Trischler, Kistler 2011).

Mit Blick auf Ostdeutschland kann auf Basis dieser beobachteten Verläufe davon ausgegangen werden, dass künftige Rentnerhaushalte deutlich niedrigere Ansprüche haben werden. Dass die Auswirkungen der schlechten Arbeitsmarktlage seit der Wiedervereinigung sich bisher noch nicht in vollem Ausmaß in den Zahlbeträgen ostdeutscher Renten niedergeschlagen haben, liegt ausschließlich an den stabilen Erwerbsbiographien dieser Kohorten in den Zeiten vor der Wiedervereinigung. Zukünftige ostdeutsche Rentnerhaushalte werden dagegen deutlich schlechter abgesichert sein.

An dieser Stelle ist nochmals darauf hinzuweisen, dass in der bisherigen Darstellungsweise nur Paare berücksichtigt waren. Analysen des DIW zeigen, dass der Anteil an Älteren, die in Paarhaushalten leben in den vergangenen Jahren – aus demographischen Gründen – angestiegen ist und viele Ältere dadurch besser abgesichert sind. Besonders hoch ist das Armutsrisiko dagegen für alleinstehende Ältere (vgl. Goebel, Grabka in DIW-Wochenbericht 25/2011). Aufgrund des steigenden Anteils an Singles und Alleinlebenden in jüngeren Kohorten ist allerdings zu erwarten, dass diese zukünftig ein höheres Altersarmutsrisiko haben werden. Gerade für westdeutsche Frauen, die lange Zeit nicht oder nur Teilzeit beschäftigt waren, können auch Trennung bzw. Scheidung häufig zur Armutsfalle werden (vgl. Andreß 2004).

3.2 Monatsgenaue Fünf-Jahres-Erwerbsverläufe

Anhand der im vorherigen Kapitel beschriebenen Entwicklung der Erwerbsverläufe auf Basis der jahresgenauen Daten des Sozio-oekonomischen Panels lassen sich Veränderungen der Paarerwerbsverläufe über den kompletten Zeitraum zwischen dem 15. und 50. Lebensjahr nachzeichnen. Gerade jüngere Kohorten, die das 50. Lebensalter zum letzten Befragungszeitpunkt noch nicht erreicht haben, werden durch diese Betrachtungsweise allerdings vernachlässigt. Im Folgenden wird nun – in Anlehnung an das 1. Arbeitspapier des Projekts – die jüngere Entwicklung in Fünf-Jahres-Erwerbsverläufen dargestellt.

¹ Aber eben nur die durch zusätzliche Erwerbsintegration von Frauen (bzw. zusätzlich noch durch Kindererziehungszeit), aber bei Verzicht auf nicht-marktförmige, subsistenzwirtschaftliche Wohlfahrtsproduktion.

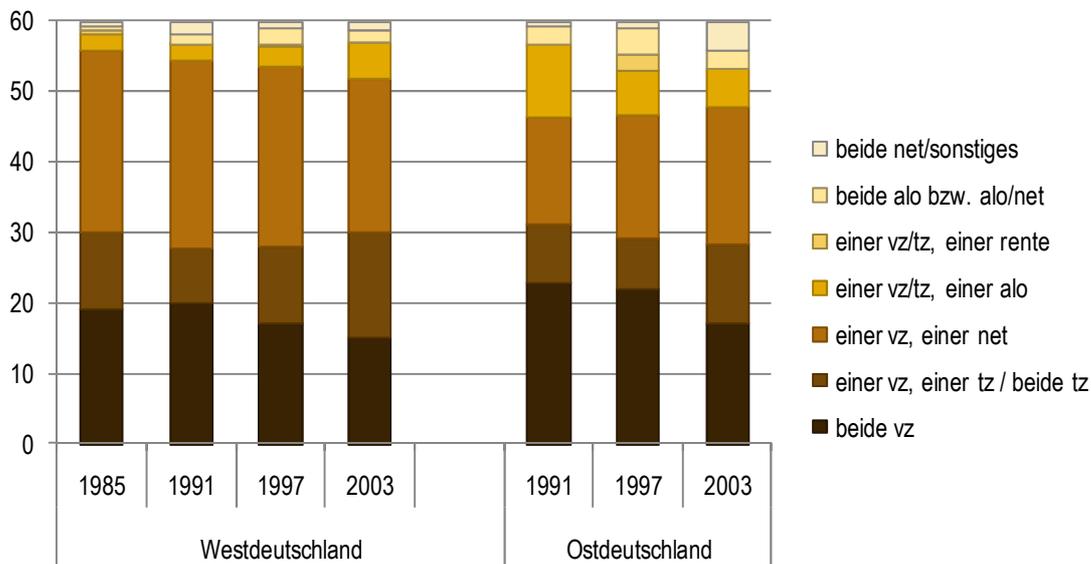
Ebenso wie im 1. Arbeitspapier wird in Anlehnung an Alda (2004) eine Stichtagsbetrachtung der Phasen gewählt. Betrachtet werden die Erwerbsverläufe in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren. Die Altersabgrenzungen wurden entsprechend dem Dreiphasenmodell in Einstiegsphase, Kernphase und Erwerbsausstiegsphase unterteilt (vgl. u. a. Kohli 1985; Schmidt, Schmitt 2005; Sacher 2005). Aufgrund der Betrachtung in Zeiträumen sind dabei die Altersjahre allerdings nicht eindeutig abzugrenzen. Stattdessen werden jeweils mehrere Geburtsjahrgänge berücksichtigt, die sich im Beobachtungszeitraum in unterschiedlichen Altersjahren befinden (vgl. Tabelle A 1 im Anhang). Dabei soll an dieser Stelle also nicht der Erwerbsverlauf innerhalb einzelner Lebensphasen beobachtet werden, sondern die Situation in einzelnen Abschnitten für gleiche Altersgruppen über die Zeit hinweg verglichen werden. Die Kategorisierung wurde übereinstimmend mit der jahresgenauen Betrachtung vorgenommen (vgl. Frick, Lohmann 2010).

3.2.1 Erwerbseinstieg

Betrachtet man den Erwerbseinstieg, definiert als den Fünf-Jahreszeitraum für Personen die im Startjahr zwischen 20 und 30 Jahre alt waren, so ist in West- wie in Ostdeutschland eine Abnahme der Zeiten in Erwerbstätigkeit zu beobachten (vgl. Trischler, Kistler 2011). Grund dafür sind in erster Linie längere Ausbildungszeiten, aber auch Jugendarbeitslosigkeit. Betrachtet man die westdeutschen Verläufe, so zeigt sich, dass im Zeitraum 1985 bis 1989 durchschnittlich in rund 19 Monaten beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Im Zeitraum 2003 bis 2007 sind dies nur noch 15 Monate. Die Kombination aus Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung hat dagegen leicht zugenommen, von 11 auf 15 Monate. Zugenommen haben aber auch Zeiten mit Arbeitslosigkeit eines Partners (von 2 auf 5 Monate) oder beider Partner (von 1 auf 2 Monate; vgl. Darstellung 5).

In Ostdeutschland ist ebenfalls eine Abnahme der Zeiten in Erwerbstätigkeit festzustellen. Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit beschäftigt waren liegen demnach rund 6 Monate niedriger bei 17 Monaten. Im Vergleich zum Westen spielen insbesondere Zeiten mit einem Vollzeitbeschäftigten und einem Partner in Teilzeit eine geringere, wenn auch leicht zunehmende Rolle (von 8 auf 11 Monate). Daneben ist festzustellen, dass in Ostdeutschland insbesondere im Zeitraum 1991 bis 1996 die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sehr groß ist: Durchschnittlich war in 10 Monate ein Partner und in weiteren 3 Monaten beide Partner arbeitslos. Im Zeitraum 2003 bis 2007 liegen diese Werte mit 6 bzw. 3 Monaten etwas niedriger (aber immer noch höher als im Westen). Auffällig ist allerdings, dass im Gegenzug verschiedene Formen von Nichterwerbstätigkeit deutlich zugenommen haben: In der jüngsten Kohorte waren durchschnittlich in 4 Monaten beide Partner nicht erwerbstätig (z. B. auch in Ausbildung; West: 1 Monat).

Darstellung 5: Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen im Erwerbseinstieg (Darstellung in Monaten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=83.

Weitere Schlüsse können aus der Betrachtung der Betroffenenengruppen, also dem Anteil der Paare, die mindestens einen Monat bzw. mehr als 30 Monate in einem Status waren, hergeleitet werden (vgl. Trischler, Kistler 2010). Um diese Darstellung zu vereinfachen werden hier analog zur jahresgenauen Darstellung vier Kategorien unterschieden (vgl. Kapitel 3.1.3).

Für die Erwerbseinstiegsphase zeigt sich, dass der Anteil an Paaren bei denen mindestens in einem Monat beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren in Westdeutschland leicht gesunken ist, von 59 auf 54 Prozent (vgl. Tabelle 1). Insbesondere trifft dies im jüngsten Zeitraum für einen kleineren Anteil an Paaren über einen längeren Zeitraum zu: Nur 21 Prozent geben dies für mehr als 30 Monate an (1985-1989: 31 %). Zugenommen hat dagegen in Westdeutschland der Anteil derjenigen, die mindestens in einem Monat Vollzeit/Teilzeit teilten. Bei 18 Prozent trifft dies sogar auf mehr als 30 Monate zu. Auch Kombinationen von Vollzeit- und Nichterwerbstätigkeit (93 %) finden zunehmend Verbreitung, sind jedoch in Westdeutschland seltener für längere Zeiträume zutreffend.

Im Osten hat insbesondere der Anteil an Paaren, bei denen mindestens in einem Monat beide Partner Vollzeit beschäftigt waren deutlich abgenommen, von 81 auf 67 Prozent. Für nur noch 29 Prozent trifft dies 2003 bis 2007 auf mehr als 30 Monate des beobachteten Zeitraums zu (1991-1995: 38 %). Zugenommen hat dagegen insbesondere der Anteil an Paaren, die mindestens einen Monat beide nicht erwerbstätig (auch Ausbildung, Arbeitslosigkeit, ...) waren (45 %). Für 12 Prozent trifft dies sogar auf mehr als 30 der beobachteten 60 Monate zu. Aber auch die Kombination aus Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung ist häufiger zu beobachten, bei 11 Prozent mehr als 30 Monate (1991-1995: 7 %).

Tabelle 1: Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status im Erwerbseinstieg (Angaben in Prozent)

| | | Mindestens einen Monat | | | | Mehr als 30 Monate | | | |
|----------------------|------|------------------------|-------|--------|---------|--------------------|-------|--------|---------|
| | | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET |
| West- deutschland | 1985 | 59 | 43 | 86 | 18 | 31 | 14 | 47 | 1 |
| | 1991 | 59 | 36 | 89 | 25 | 33 | 9 | 47 | 4 |
| | 1997 | 57 | 54 | 86 | 24 | 27 | 12 | 45 | 3 |
| | 2003 | 54 | 68 | 93 | 22 | 21 | 18 | 37 | 3 |
| Ost- deutschland | 1991 | 81 | 40 | 88 | 32 | 38 | 7 | 37 | 4 |
| | 1997 | 74 | 34 | 91 | 31 | 33 | 8 | 39 | 5 |
| | 2003 | 67 | 51 | 89 | 45 | 29 | 11 | 30 | 12 |

VZ=Vollzeitbeschäftigung, TZ=Teilzeitbeschäftigung, NET=Nichterwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Rente, sonstiges...

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=83.

Zusammenfassend sind für die Erwerbseinstiegsphase der jüngeren Geburtskohorten vor allem abnehmende Zeiten in sozialversicherungspflichtiger – und damit für den Erwerb von Rentenanwartschaften relevanter – Beschäftigung zu beobachten. Analog zur Darstellung auf Individualebene im 1. Arbeitspapier haben insbesondere Zeiten in Vollzeitbeschäftigung in Ostdeutschland deutlich abgenommen. Auf Paarebene ist in Ostdeutschland darüber hinaus die Zunahme an Paaren, bei denen beide Partner nicht erwerbstätig waren auffällig, welche sich in erster Linie durch längere Ausbildungszeiten erklären lassen. Insgesamt waren ostdeutsche Paare in den jüngeren Kohorten weniger Zeiten sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Westen.

3.2.2 Kernerwerbsphase

Betrachtet man die Kernerwerbsphase, also Personen welche im Startjahr zwischen 31 und 50 Jahren alt sind, so ist festzustellen, dass sich der Trend aus der jahresgenauen Betrachtung fortsetzt: In Westdeutschland sind demnach Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren weiterhin auf niedrigem Niveau (vgl. Darstellung 6). Sowohl 1985 bis 1989 als auch 2003 bis 2007 waren es durchschnittlich 12 Monaten. Dennoch zeigt sich eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen, die jedoch vorwiegend in Teilzeitbeschäftigung realisiert wird: Zeiten, in denen beide erwerbstätig waren, davon ein Partner in Teilzeit, haben um 10 Monate zugenommen auf durchschnittlich 27 Monate. Analog dazu sind Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig war zwar um 12 Monate gesunken, mit durchschnittlich 14 Monaten aber nach wie vor weit verbreitet.

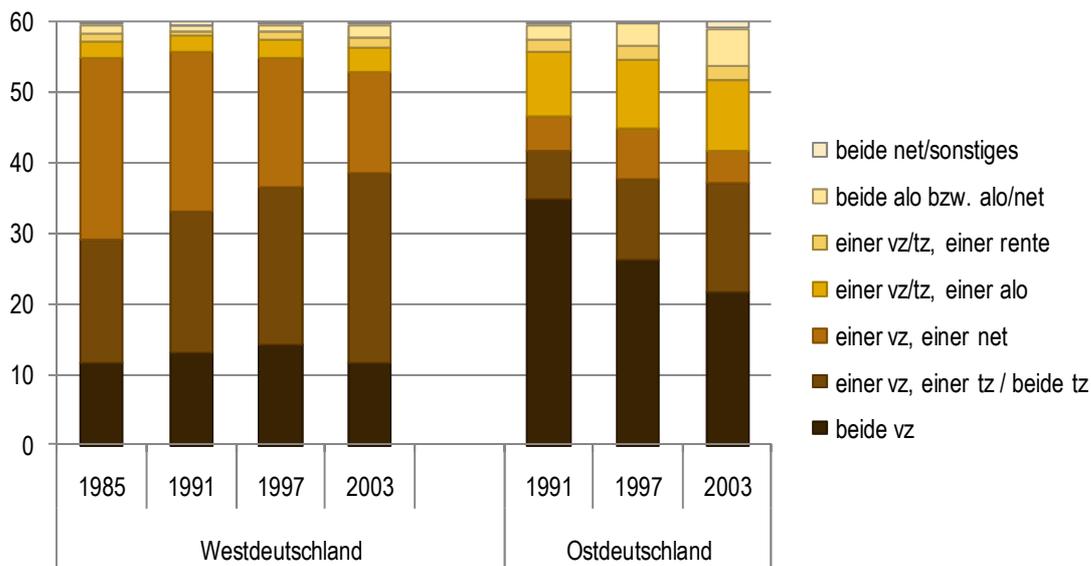
In jüngster Vergangenheit zeigt sich darüber hinaus eine Zunahme von Arbeitslosigkeit: Zeiten, in denen ein Partner oder beide Partner arbeitslos waren sind in der Kernerwerbsphase in Westdeutschland zwar noch vergleichsweise gering verbreitet, machen 2003 bis 2007 zusammen aber immerhin 5 der 60 beobachteten Monate aus.

Im Osten sind seit der Wiedervereinigung insbesondere Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, deutlich gesunken, von 35 auf 22 Monate. Dieser Rückgang konnte durch das im Westen verbreitete Modell der Kombination aus Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung nur teilweise aufgefangen werden: Durchschnittlich ist dies für 16 Monate zu beobachten (gegenüber 7 Monaten 1991 bis 1995). Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist, der andere nichterwerbstätig, sind im Osten mit 5 Monaten kaum verbreitet. Dagegen geben ostdeutsche Paare an, dass in durchschnittlich 10 Monaten ein

Partner arbeitslos war, in weiteren 5 Monaten sogar beide Partner. Das bedeutet, dass ostdeutsche Paare in den fünf Jahren zwischen 2003 und 2007 durchschnittlich(!) in 15 Monaten von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Grundsätzlich muss dabei selbstverständlich berücksichtigt werden, dass anhand der zur Verfügung stehenden Daten nicht festgestellt werden kann, ob in Westdeutschland verdeckte Arbeitslosigkeit weiter verbreitet ist bzw. viele Frauen vielleicht gerne erwerbstätig wären, aber aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten nicht erwerbstätig bleiben statt arbeitslos gemeldet zu sein.

Darstellung 6: Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen in der Kernerwerbsphase (Darstellung in Monaten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=444.

Hinsichtlich der Verbreitung unterschiedlicher Kombinationen fällt auf, dass in Westdeutschland der Anteil an Paaren mit einem hohen Anteil von Vollzeitbeschäftigung beider Partner (mehr als 30 Monate) kaum zugenommen hat, im Zeitraum von 2003 bis 2007 ungefähr auf dem gleichen Niveau liegt wie 1985 bis 1989. Dagegen war für 67 Prozent aller Paare mindestens in einem Monat Teilzeitbeschäftigung eines Partners zutreffend, für 44 Prozent sogar mehr als 30 Monate. Der Anteil an Paaren, bei denen über längere Zeit nur ein Partner erwerbstätig ist, ist rückläufig: 2003 bis 2007 war dies nur noch bei 30 Prozent aller Paare mehr als 30 Monate der Fall (1985-1989: 48 %). Aber für immerhin zwei Drittel der westdeutschen Paare trifft dies in mindestens einem Monat zu (vgl. Tabelle 2).

In Ostdeutschland hat der Anteil an Paaren, die in mindestens einem Monat beide Vollzeit beschäftigt sind, deutlich abgenommen. 2003 bis 2007 trifft dies nur noch auf 62 Prozent in mindestens einem Monat zu (1991-1995: 87 %), nur bei 37 Prozent war dies mehr als 30 Monate der Fall (1991-1995: 59 %). Zugenommen hat der Anteil an Paaren, bei denen in mehr als 30 Monate eine Kombination von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung zutreffend war (von 10 auf 23 %). Auffällig ist, dass bei immerhin 9 Prozent aller ostdeutschen Paare, in mehr als 30 Monaten beide Partner nicht erwerbstätig waren, bei 21 Prozent ist dies mindestens in einem Monat festzustellen.

Tabelle 2: Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status in der Kernerwerbsphase (Angaben in Prozent)

| | | Mindestens einen Monat | | | | Mehr als 30 Monate | | | |
|----------------------|------|------------------------|-------|--------|---------|--------------------|-------|--------|---------|
| | | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET |
| West- deutschland | 1985 | 33 | 47 | 74 | 9 | 19 | 28 | 48 | 2 |
| | 1991 | 36 | 54 | 74 | 10 | 22 | 32 | 41 | 1 |
| | 1997 | 40 | 60 | 68 | 10 | 23 | 35 | 34 | 1 |
| | 2003 | 36 | 67 | 63 | 9 | 18 | 44 | 30 | 3 |
| Ost- deutschland | 1991 | 87 | 30 | 70 | 18 | 59 | 10 | 21 | 2 |
| | 1997 | 73 | 36 | 69 | 18 | 42 | 18 | 29 | 4 |
| | 2003 | 62 | 49 | 66 | 21 | 37 | 23 | 24 | 9 |

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=444.

Analog zur Betrachtung auf Jahresebene ist auch für jüngere Kohorten in Westdeutschland zu beobachten, dass bei Paaren Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind, nicht zunehmen. Die steigende Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen in Paarhaushalten führt in erster Linie zur Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, nicht aber von Vollzeitbeschäftigung. Gleichzeitig ist in Ostdeutschland für die Kernerwerbsphase eine deutliche Abnahme der Zeiten zu beobachten, in denen beide Partner Vollzeit beschäftigt waren. Auch wenn diese immer noch deutlich höher liegen als im Westen, findet somit die Kombination Vollzeit/Teilzeit auch im Osten zunehmende Verbreitung. Darüber hinaus sind im Osten auch im Paarkontext für jüngere Kohorten zunehmende Zeiten in Arbeitslosigkeit (teils beider Partner) zu beobachten.

3.2.3 Altersübergang

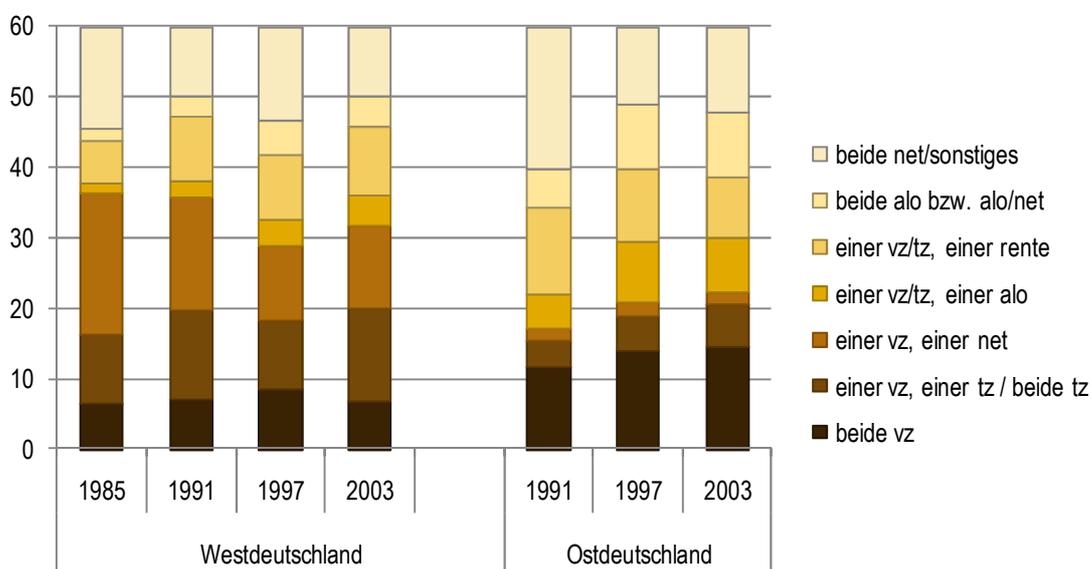
Im Altersübergang, also dem Fünf-Jahres-Zeitraum ausgehend von Personen die zwischen 51 und 61 Jahre alt sind, zeigt sich in Westdeutschland für jüngere Kohorten ein deutlicher Rückgang der Erwerbsbeteiligung, der sich auch im Paarkontext wiederfinden lässt. Dies gilt, obwohl Zeiten in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind, bei westdeutschen Paaren konstant bei 7 Monaten liegen; Zeiten, in denen ein Partner Teilzeit erwerbstätig ist, haben sogar leicht zugenommen, von 10 auf 13 Monate. Demgegenüber sind Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist allerdings von 20 auf 12 Monate stark gesunken. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in jüngster Vergangenheit (für 2003 bis 2007) ein leichter Wiederanstieg der Erwerbsbeteiligung im Altersübergang zu beobachten ist, die jedoch nach wie vor deutlich unterhalb des Niveaus vom Anfang der 1990er Jahre liegt.

Gegenüber 1985 bis 1989 hat insbesondere die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit deutlich zugenommen. Zeiten, in denen ein oder beide Partner arbeitslos sind, sind demnach von 3 auf 9 Monate angestiegen. Zeiten, in denen beide Partner dem Status sonstiges/nicht erwerbstätig zuzuordnen sind, haben um 5 Monate abgenommen, liegen mit 10 Monaten aber nach wie vor auf hohem Niveau. Darüber hinaus ist für durchschnittlich 10 Monate ein Partner im Ruhestand (der andere erwerbstätig), deutlich mehr als 1985 bis 1989 (6 Monate; vgl. Darstellung 7).

Betrachtet man die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland, so ist diese insgesamt nochmals deutlich geringer als im Westen. Dies trifft allerdings nicht auf Zeiten zu, in denen beide Partner Vollzeit erwerbs-

tätig sind. Diese liegen im Altersübergang der Jahre 2003 bis 2007 mit durchschnittlich 14 Monaten sogar höher als 1991 bis 1995 (12 Monate). Zeiten mit einem Erwerbstätigen liegen dagegen im Osten auf fast unverändert niedrigem Niveau. Auffällig ist dagegen insbesondere die hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit: 2003 bis 2007 war bei ostdeutschen Paaren demnach durchschnittlich 8 Monate ein Partner arbeitslos, weitere 9 Monate sogar beide Partner. Gegenüber dem Zeitraum von 1991 bis 1995 entspricht dies einer deutlichen Zunahme. Darüber hinaus war in 9 Monaten mindestens ein Partner im Ruhestand, in 12 Monaten waren beide Partner nicht erwerbstätig. Im Vergleich mit 1991 bis 1995 ist jedoch zu berücksichtigen, dass insbesondere diese Zeiten, in denen beide Partner nicht erwerbstätig waren deutlich (um 8 Monate) abgenommen haben.

Darstellung 7: Durchschnittliche Verteilung der Paarerwerbsphasen in der Altersübergangsphase (Darstellung in Monaten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=245.

Betrachtet man die Verteilung, so ist in Westdeutschland festzustellen, dass der Anteil an Paaren, bei denen mindestens in einem Monat beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren leicht zugenommen hat (von 17 auf 20 %). Bei nur 11 Prozent ist dies jedoch in mehr als 30 Monaten der Fall. Weitere 20 Prozent geben an, dass in mindestens 30 Monaten beide Partner erwerbstätig sind, davon einer nur in Teilzeit. Deutlich verbreitet sind dagegen auch in jüngster Vergangenheit Zeiten, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist. Dies trifft auf 72 Prozent aller Paare in mindestens einem Monat zu, 40 Prozent geben an, dass dies sogar mehr als 30 Monate zutreffend ist (1985-1989: 45 %). Bei 24 Prozent aller westdeutschen Paare sind in den betrachteten fünf Jahren in mindestens 30 Monaten beide Partner nicht erwerbstätig (vgl. Tabelle 3).

Im Osten kann beobachtet werden, dass immerhin bei 23 Prozent aller Paare in mehr als 30 Monaten beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind. Nur 8 Prozent berichten dagegen in mehr als 30 Monaten von der Kombination Vollzeit/Teilzeit. Rückläufig ist insbesondere die Nichterwerbstätigkeit im Altersübergang. Traf dies 1991-1995 noch auf 67 Prozent aller ostdeutschen Paare mindestens in einem Monat zu, lag dieser Wert 2003 bis 2007 nur noch bei 48 Prozent. Nach wie vor geben aber immer noch 36

Prozent aller ostdeutschen Paare an, dass in mindestens 30 Monaten beide Partner nicht erwerbstätig waren (1991-1995: 46 %).

Tabelle 3: Anteil an Paaren mit mindestens einem Monat bzw. mehr als 30 Monaten in einem Status in der Altersübergangsphase

| | | Mindestens einen Monat | | | | Mehr als 30 Monate | | | |
|----------------------|------|------------------------|-------|--------|---------|--------------------|-------|--------|---------|
| | | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET | VZ/VZ | VZ/TZ | VZ/NET | NET/NET |
| West- deutschland | 1985 | 17 | 27 | 72 | 45 | 11 | 15 | 45 | 26 |
| | 1991 | 20 | 35 | 79 | 41 | 11 | 22 | 44 | 20 |
| | 1997 | 23 | 29 | 67 | 49 | 14 | 15 | 37 | 30 |
| | 2003 | 20 | 35 | 72 | 38 | 11 | 20 | 40 | 24 |
| Ost- deutschland | 1991 | 50 | 21 | 82 | 67 | 15 | 5 | 27 | 46 |
| | 1997 | 45 | 17 | 74 | 54 | 21 | 6 | 30 | 32 |
| | 2003 | 40 | 18 | 55 | 48 | 23 | 8 | 27 | 36 |

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=245.

Im Altersübergang zeigt sich im Westen gegenüber den 1980er Jahren eine leichte Abnahme der Erwerbsbeteiligung. Insbesondere Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit beschäftigt sind, liegen nach wie vor auf niedrigem Niveau. Im Osten ist – ausgehend von einem geringen Niveau – seit Anfang der 1990er Jahre eine leicht zunehmende Erwerbsbeteiligung festzustellen. Aber auch 2003 bis 2007 waren bei nur 23 Prozent aller ostdeutschen Paare in mehr als 30 Monaten beide Partner Vollzeit erwerbstätig. Weit verbreitet ist dagegen Arbeitslosigkeit und Frühverrentung, von der die Mehrheit der ostdeutschen Paare betroffen ist.

3.2.4 Zwischenfazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die in den vorherigen Arbeitspapieren des Projektes dargestellten Entwicklungen der Erwerbsbiographien auch in der Paar- bzw. Haushaltsbetrachtung wiederfinden lassen. Deutlich zu unterscheiden sind dabei die unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland:

In Westdeutschland sind demnach selten beide Partner Vollzeit erwerbstätig. Nach wie vor zunehmende Verbreitung findet dagegen das modernisierte Ernährermodell (Vollzeit/Teilzeit). Dabei darf allerdings nicht vernachlässigt werden, dass das traditionelle Ein-Verdiener-Modell auch in jüngerer Vergangenheit für einen großen Teil der westdeutschen Paare (zumindest zeitweise) zutreffend ist. Problematisch sind insbesondere die in den vergangenen Jahren leicht sinkende Erwerbsbeteiligung in der Erwerbseinstiegsphase und die insgesamt geringe Erwerbsbeteiligung in der Erwerbsausstiegsphase. Letztere hat sich zwar in jüngster Vergangenheit leicht verbessert, gegenüber den 1980er Jahren sind aber nach wie vor niedrigere Werte festzustellen.

Für Westdeutschland ist somit auf der Paarebene zwar eine leicht steigende Erwerbsbeteiligung zu beobachten, die sich jedoch fast ausschließlich auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung der Frauen beschränkt und gleichzeitig von sinkender Erwerbsbeteiligung im Altersübergang und im Erwerbseinstieg sowie – wenn auch deutlich weniger als im Osten – zunehmender Arbeitslosigkeit überlagert wird.

Für einen Teil der westdeutschen Paare sind aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen im Alter somit höhere Alterseinkünfte zu erwarten. Wie die Auswertungen zeigen, gilt dies jedoch längst nicht für alle Paare. Darüber hinaus müssen rentenrechtliche Änderungen (vor allem beim Altersübergang) und das Lohnniveau (v. a. bei Teilzeitbeschäftigung) berücksichtigt werden. Zusätzlich ist aufgrund der Zunahme von Singles bzw. Alleinstehenden zu erwarten, dass ein steigender Anteil an Rentnern auf die eigene Alterssicherung angewiesen sein wird. Gerade für viele westdeutsche Frauen, die wenn dann meist teilzeitbeschäftigt sind, dürfte dies zukünftig zum Problem werden.

In Ostdeutschland ist dagegen eine deutlich andere Entwicklung zu beobachten. Auf der einen Seite liegt der Anteil an Paaren, die beide Vollzeit erwerbstätig sind, deutlich höher als im Westen. Zwar ist ihr Anteil in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, liegt aber immer noch auf vergleichsweise hohem Niveau. Auf der anderen Seite ist jedoch ein großer Teil der ostdeutschen Paare von Arbeitslosigkeit betroffen. Gerade in der Erwerbseinstiegsphase und insbesondere in der Erwerbsausstiegsphase ist die Erwerbsbeteiligung im Osten auf sehr niedrigem Niveau. Demnach ist anzunehmen, dass ein Teil der ostdeutschen Paare durch die hohe Erwerbsneigung (der Frauen) auch zukünftig hohe Rentenansprüche erzielen wird. Auf der anderen Seite ist aber ein nicht unerheblicher Teil der ostdeutschen Paare durch die Kombination von lückenhaften Erwerbsbiographien in hohem Maße von geringen Alterseinkünften bedroht.

Grundsätzlich ist für ostdeutsche Paare anzunehmen, dass die Kohorten bis 1949, also die aktuellen ostdeutschen Rentnerinnen (zumindest bis zum 50. Lebensjahr) noch relativ stabile Paarerwerbsverläufe aufweisen, die aber durch die geringe Erwerbstätigkeit im Altersübergang beeinträchtigt werden. Deutliche Einbrüche zeigen sich dagegen bei den 1945 bis 1954 Geborenen, den Rentnergenerationen der kommenden Jahre. Hier sind schon in der Kernenerwerbsphase deutliche Brüche zu beobachten, die geringe Erwerbsbeteiligung im Altersübergang wird dazu führen, dass diese Kohorten deutlich niedrigere Alterseinkünfte haben werden.

4. Renten- und Pensionseinkünfte im Kontext von Paarhaushalten und Erwerbsverlauf

Ebenso wie Erwerbsbiographien werden in diesem Kapitel auch Renten- und Pensionseinkünfte im Haushaltskontext betrachtet. Dabei sollen an dieser Stelle nicht nur Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch anderweitige Alterseinkünfte berücksichtigt werden. Der Fokus wird zunächst jedoch auf Renten- und Pensionseinkünfte gelegt. Sonstige Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Vermietung sowie Vermögen und (selbstgenutztes) Wohneigentum werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt (vgl. Kapitel 5).

Für Analysen der Alterssicherung wird häufig die Studie „Alterssicherung in Deutschland“ herangezogen. Aber auch die Daten des Sozio-oekonomischen Panels erlauben eine detaillierte Analyse von Renten- und Pensionseinkünften auf Haushaltsebene. Darüber hinaus erlauben diese Daten, im Gegensatz zur ASID die Alterseinkünfte auch im Zusammenhang mit dem Erwerbsverlauf zu beobachten. Weil die Rentenzahlbeträge unterschiedlicher Befragungsjahre aufgrund von Rentenerhöhungen, Inflation usw. nur bedingt vergleichbar sind, werden dabei ausschließlich zum Befragungszeitpunkt 2009 über 65-Jährige einbezogen. Voraussetzung für die Paarhaushalte ist dabei der aktuelle Partnerschaftsstatus und dass beide Partner über 65 Jahre alt sind. Dies ist damit begründet, dass nur bei diesen Paaren für beide Partner von einer (im Sinne des regulären Renteneintrittsalters der gesetzlichen Rentenversicherung) abgeschlossenen Erwerbsbiographie ausgegangen werden kann. Alterseinkünfte bei Paaren mit einem Partner unter 65 Jahren werden nicht berücksichtigt, da hier die Frage nach der Absicherung im Alter nicht endgültig geklärt werden kann. Ein-Personenhaushalte über 65 Jahre (z. B. Witwen und Witwer) werden in Kapitel 4.3 gesondert betrachtet.

4.1 Renten- und Pensionseinkünfte im Paarkontext

Renten- und Pensionseinkünfte können aus unterschiedlichen Quellen bezogen werden. Im Fragebogen des Sozio-oekonomischen Panels des Jahres 2009 wird dabei nicht nur nach den drei Säulen der Alterssicherung unterschieden (vgl. Kapitel 2), sondern es werden insgesamt sieben unterschiedliche Einkunftsarten abgefragt, die jeweils als abgeleitete oder eigene Rente bzw. Pension erfasst werden. Tabelle 4 zeigt welche Renten- und Pensionseinkünfte in deutschen Paarhaushalten laut SOEP bezogen werden. In Westdeutschland sind demnach in rund 76 Prozent aller Paarhaushalte beide Partner Bezieher einer gesetzlichen Rente, in weiteren 17 Prozent aller Paarhaushalte trifft dies zumindest auf einen Partner zu. Darüber hinaus bezieht in rund 10 Prozent aller Haushalte zumindest ein Partner eine Pension aus der Beamtenversorgung, in einem Prozent aller Haushalte sogar beide Partner. Darüber hinaus bezieht bei rund 22 Prozent aller Haushalte ein Partner eine betriebliche Altersrente, bei 4 Prozent sogar beide Partner. Zusätzlich bezieht in 13 Prozent aller Haushalte ein Partner eine Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Der Bezug von Leistungen einer privaten Altersvorsorge ist dagegen aktuell nur in vier Prozent aller Haushalte zu beobachten. Renteneinkünfte der Kriegssopferversorgung, Unfallversicherung und sonstige Träger spielen bei den älteren Paarhaushalten des Jahres 2009 in ihrer Verbreitung dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Osten sind Alterseinkünfte der Paarhaushalte dagegen in erster Linie Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. In 97 Prozent der Paarhaushalte über 65 Jahren beziehen beide Partner eine gesetzliche Rente. Insbesondere die betriebliche Altersvorsorge ist dagegen weit weniger verbreitet und wird nur in 7 Prozent aller ostdeutschen Haushalte von mindestens einem Partner bezogen. In weiteren 6 Prozent bezieht ein Partner eine Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Renten aus einer privaten Rentenversicherung oder Beamtenversorgung gibt es in Ostdeutschland kaum. Etwas weiter verbreitet als im Westen sind dagegen Renten aus den Unfallversicherungen (4 %) sowie der Kriegsopferversorgung (2 %).

Tabelle 4: Art der bezogenen Renten und Pensionen in älteren Paarhaushalten im Jahr 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Prozent)

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|----------------------------------|-----------------|-------------|---------------|----------------|-------------|---------------|
| | keiner | ein Partner | beide Partner | keiner | ein Partner | beide Partner |
| Gesetzliche Rentenversicherung | 6 | 17 | 76 | 0 | 3 | 97 |
| Beamtenversorgung | 89 | 10 | 1 | 100 | | |
| Kriegsopferversorgung | 99 | 1 | | 98 | 2 | |
| Unfallversicherung | 98 | 2 | | 96 | 4 | |
| Zusatzversorgung öffentl. Dienst | 86 | 13 | 1 | 94 | 6 | |
| betriebl. Altersvorsorge | 74 | 22 | 4 | 93 | 6 | 1 |
| priv. Altersrente | 96 | 4 | 1 | 99 | | 1 |
| sonstige Träger | 93 | 5 | 1 | 99 | 1 | |

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.262.

Darstellung 8 zeigt die Summe aller durchschnittlich bezogenen Renten und Pensionen der Paarhaushalte in West- und Ostdeutschland.² Durchschnittlich beziehen westdeutsche Haushalte demnach 2.150 Euro Renten und Pensionen. Im Osten liegt das Niveau der Renten- und Pensionseinkünfte mit durchschnittlich 1.996 Euro deutlich niedriger.

Es zeigt sich, dass die gesetzliche Rente den größten Teil der Renten- und Pensionseinkünfte ausmacht. Die Summe der aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogenen Alterseinkünfte fällt in westdeutschen Paarhaushalten durchschnittlich jedoch niedriger aus als in Ostdeutschland. Demnach liegt die Höhe der durchschnittlich bezogenen gesetzlichen Rente nach Daten des SOEP im Jahr 2009 bei westdeutschen Paarhaushalten bei rund 1.540 Euro, im Osten bei 1.938 Euro. Ostdeutsche Renten basieren demnach fast ausschließlich auf Einkünften aus der Gesetzlichen Rentenversicherung.

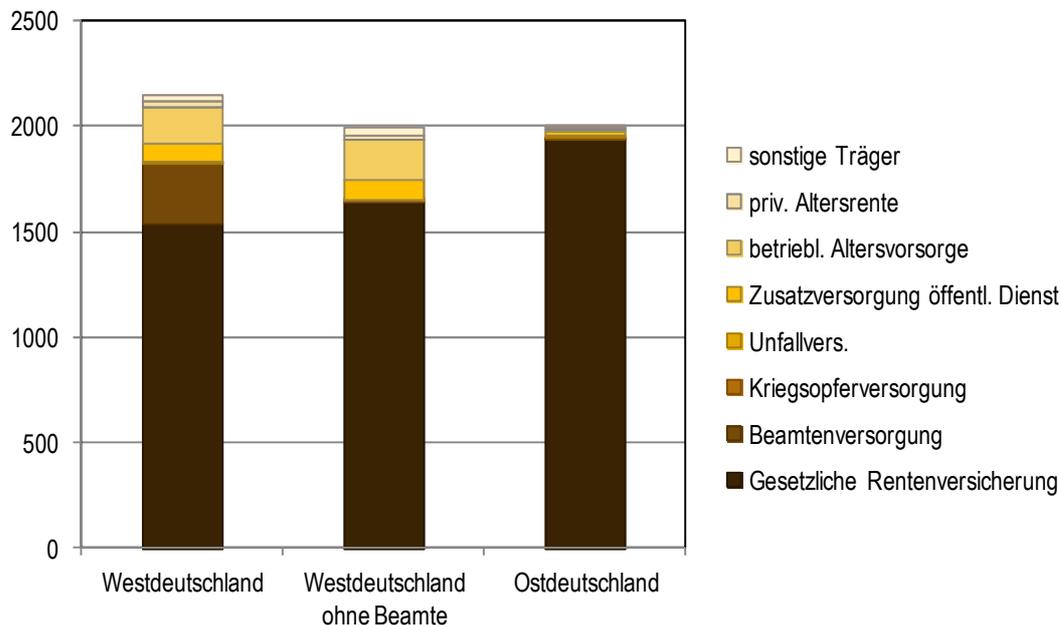
² Um Verzerrungen bei Mittelwertsdarstellungen zu reduzieren, wurde in diesen Berechnungen jeweils das oberste 1 Prozent mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften ausgeschlossen.

Bei diesen Zahlen ist allerdings zu beachten, dass auch Haushalte berücksichtigt werden, die gleichzeitig Pensionen aus der Beamtenversicherung beziehen, also nicht primär über die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert sind. Dies sind – bezogen auf alle westdeutschen Paare – durchschnittlich fast 300 Euro, die aber nur von einem kleinen Teil der (vorwiegend westdeutschen) Haushalte bezogen wurden (vgl. Tabelle 4). Berücksichtigt man nur Haushalte ohne Bezug von Beamtenpensionen, so beträgt die durchschnittliche aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogene Rente in westdeutschen Haushalten 1.648 Euro.

Insgesamt liegt die Summe der durchschnittlich je Haushalt bezogenen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung damit aber immer noch deutlich niedriger als in Ostdeutschland. Des Weiteren ist allerdings zu beachten, dass sonstige Alterseinkünfte im Osten praktisch kaum verbreitet sind. Berücksichtigt man auch weitere Einkünfte, beispielsweise aus der betrieblichen Altersvorsorge, so liegen die Alterseinkünfte bei westdeutschen Haushalten (ohne Beamte) mit 1.996 Euro auf dem Niveau von Ostdeutschland.

Trotz der im Paarkontext deutlich höheren Erwerbsbeteiligung liegen die Alterseinkünfte in Ostdeutschland nur auf ähnlich hohem Niveau wie in Westdeutschland. Dies ist einerseits mit einem niedrigeren Rentenzahlbetrag der gesetzlichen Rentenversicherung zu erklären, wodurch die sich aus den Erwerbsbiographien ergebenden höheren Ansprüche der Ostrentner niedriger bewertet werden als im Westen. Darüber hinaus verfügen Rentner/-innen im Westen zusätzlich über Ansprüche aus der betrieblichen Altersvorsorge, wodurch die Niveauunterschiede im Mittel nahezu ausgeglichen werden. Unbenommen dessen sind ehemalige Beamte in Westdeutschland besonders gut abgesichert und Paarhaushalte mit Pensionen aus der Beamtenversorgung verfügen über deutlich höhere Alterseinkünfte (vgl. Noll, Weick 2008).

Darstellung 8: Durchschnittliche Höhe der Renten- und Pensionen in älteren Paarhaushalten 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Euro)*

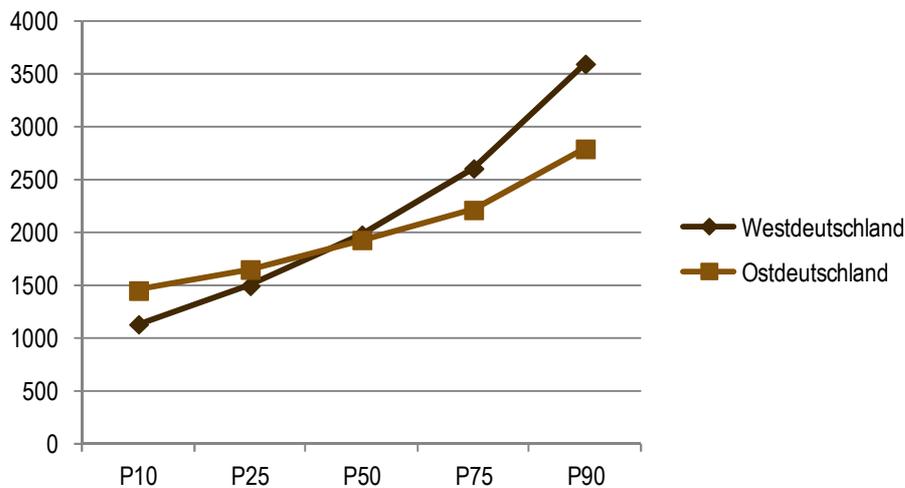


(*) Das oberste 1% aller Paare mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1164.

Insgesamt zeigen diese Auswertungen somit, dass Paar-Haushalte in beiden Teilen Deutschlands aktuell Renten- und Pensionseinkünfte im Durchschnitt auf ähnlich hohem Niveau beziehen. Unterschiede bestehen insbesondere in der Zusammensetzung dieser Alterseinkünfte. Neben der durchschnittlichen Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte ist jedoch besonders die Schichtung der Renteneinkünfte von besonderer Bedeutung. Wie Darstellung 9 zeigt, sind dabei deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland festzustellen, wonach die Alterseinkünfte der älteren Paarhaushalte in Westdeutschland deutlich heterogener verteilt sind als in Ostdeutschland. Berücksichtigt wird erneut die Summe aller erfassten Renten- und Pensionseinkünfte. Insbesondere die unteren 10 Prozent aller Haushalte beziehen im Westen mit 1.130 Euro und weniger ein deutlich niedrigeres Alterseinkommen als im Osten mit 1.450 Euro. Die oberen 10 Prozent beziehen demgegenüber im Westen rund 3.600 Euro und mehr, im Osten dagegen „nur“ 2.795 Euro.

Darstellung 9: Perzentile der Renten- und Pensionseinkünfte bei älteren Paarhaushalten im Jahr 2009 (beide Partner über 65; Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.240.

Die Alterseinkünfte aus Renten und Pensionen sind somit in Westdeutschland wesentlich ungleicher verteilt als im Osten. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass ostdeutsche Paare sehr ähnliche Erwerbsbiographien mit geringen Lohnunterschieden aufweisen. Im Westen sind dagegen im Paarkontext sehr heterogene Erwerbsbiographien mit unterschiedlich hoher Erwerbsbeteiligung der Partner zu beobachten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Westen einerseits deutliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung im Haushaltskontext gibt, andererseits aber auch deutlich stärkere Lohnunterschiede als in der DDR üblich waren. Insbesondere sind im Westen auch Einkünfte außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung weiter verbreitet als im Osten. Demnach bestehen im Westen nicht nur große Unterschiede zwischen ehemaligen Beamten und Nicht-Beamten, sondern z. B. auch zwischen Rentnern mit und Rentnern ohne Betriebsrente. Wie auch Auswertungen aus der ASID zeigen, sind zusätzliche Alterseinkommen neben denen der deutschen Rentenversicherung insbesondere bei Personen mit ohnehin hoher Absicherung zu finden. Dies ist beispielsweise damit zu erklären, dass Personen mit Betriebsrenten meist lange Jahre in Großbetrieben tätig waren und somit einerseits hohe Betriebsrentenansprüche erwerben konnten, andererseits meist kontinuierliche Erwerbsbiographien hatten (und häufig auch besser entlohnt wurden).

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die Einkünfte aus den Alterssicherungssystemen abgesehen von den ehemaligen Beamten in West- und Ostdeutschland im Durchschnitt zwar auf ähnlich hohem Niveau liegen, sich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und ihrer Verteilung jedoch deutlich unterscheiden. Ältere Paarhaushalte sind somit im Osten seltener von geringer Absicherung betroffen, wohingegen im Westen 7 Prozent aller Paare Renten- und Pensionseinkünfte zusammengenommen weniger als 1.000 Euro beziehen, im Osten sind das nur 2 Prozent. Auf der anderen Seite sind insbesondere Beamte im Westen sehr gut abgesichert und beziehen hohe Alterseinkünfte weit über dem Durchschnitt.

4.2 Renten- und Pensionseinkünfte älterer Alleinstehender

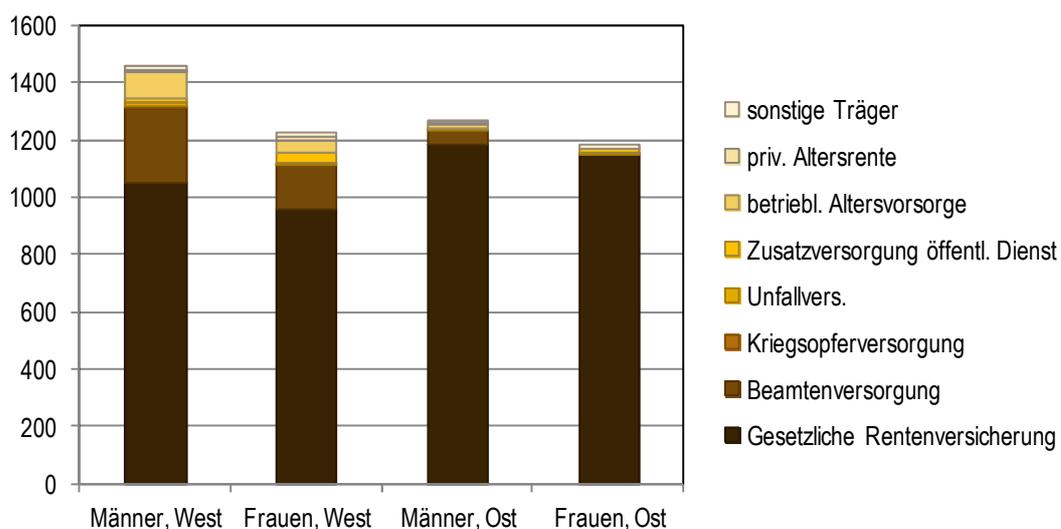
Neben den Paarhaushalten wird in diesem Abschnitt auch ein Blick auf die Absicherung der Gruppe der Alleinstehenden geworfen. Gegenwärtig ist, wie auch Analysen des DIW belegen, zu beobachten, dass die Gruppe der Alleinstehenden relativ gesehen kleiner wird. Aufgrund der sinkenden Anzahl an Witwen (Krieg) und einer insgesamt höheren Lebenserwartung, wodurch bei jüngeren Paaren ein größerer Anteil an Paaren gemeinsam alt wird, ist demgegenüber die Zahl an Paaren im Rentenalter aktuell steigend.

Auf der anderen Seite ist in Anbetracht die zunehmende Zahl von Single-Haushalten und Scheidungen in den jüngeren Geburtskohorten davon auszugehen, dass auch in Zukunft ein großer Anteil der Älteren alleine leben wird. Auch die Alterssicherung von Alleinstehenden bleibt dementsprechend von hoher Bedeutung.

Betrachtet man Single-Haushalte in West- und Ostdeutschland, so zeigt sich, dass hier westdeutsche Männer deutlich die höchsten Renten- und Pensionseinkünfte beziehen. Dies ist vor allem damit zu erklären, dass alleinstehende westdeutsche Männer die höchsten Pensionseinkünfte aus der Beamtenversorgung und die höchsten Renten aus betrieblicher Altersvorsorge beziehen. Insgesamt beziehen alleinstehende westdeutsche Männer nach Daten des SOEP Renten- und Pensionseinkünfte in der Höhe von durchschnittlich 1.461 Euro. Die Einkünfte alleinstehender ostdeutscher Männer liegen dagegen deutlich niedriger bei 1.263 Euro.

Bei alleinstehenden Frauen liegen die Renten- und Pensionseinkünfte in West- und Ostdeutschland im Jahr 2009 auf gleichem Niveau von durchschnittlich 1.226 Euro (West) bzw. 1.184 Euro (Ost). Dabei beziehen westdeutsche Frauen jedoch einen größeren Teil der Pensionen aus Beamtenversorgung, während die Alterseinkünfte ostdeutscher Frauen fast ausschließlich der gesetzlichen Rentenversicherung zuzuordnen sind.

Darstellung 10: Durchschnittliche Rentenbezüge alleinstehender Frauen und Männer 2009* (Angaben in Euro)

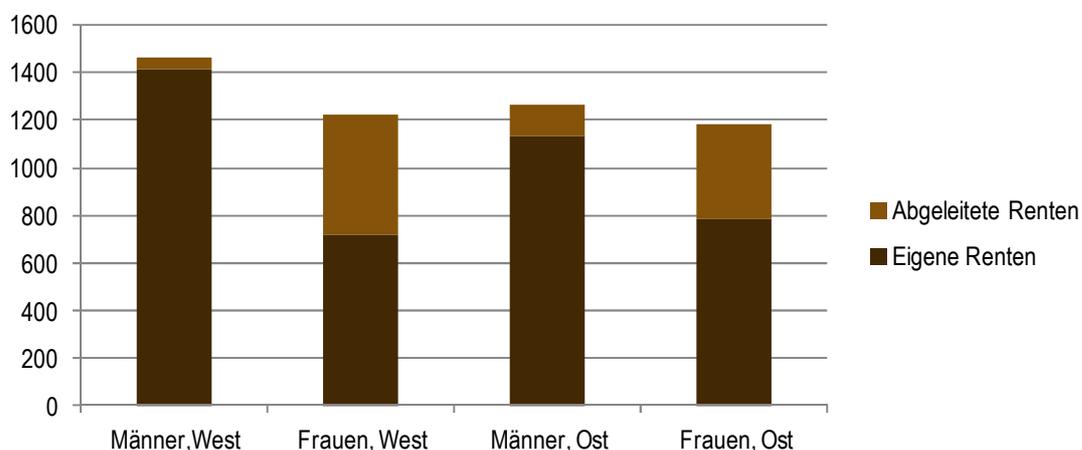


(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.240.

Entscheidend für die Betrachtung der Renten Alleinstehender ist insbesondere, ob es sich um eigene oder abgeleitete Renten bzw. Pensionen handelt. Darstellung 11 zeigt die Zusammensetzung der Renten- und Pensionseinkünfte von alleinlebenden Älteren. Dabei zeigt sich, dass westdeutsche Männer fast ausschließlich eigene Renten- bzw. Pensionseinkünfte beziehen, abgeleitete Ansprüche machen dagegen nur durchschnittlich 3 Prozent aus. Auch bei ostdeutschen Männern nehmen eigene Ansprüche den größten Anteil der Alterseinkünfte ein, wobei immerhin 11 Prozent auf abgeleitete Ansprüche entfallen. Bei alleinlebenden westdeutschen Frauen bestehen die Renten- und Pensionseinkünfte dagegen zu 41 Prozent aus abgeleiteten Ansprüchen; im Osten immerhin zu 29 Prozent. Bei den aktuellen Älteren sind demnach auch alleinstehende Frauen in hohem Maße auf die Anwartschaften des (meist verstorbenen) Partners angewiesen.

Darstellung 11: Zusammensetzung der Renten- und Pensionseinkünfte alleinlebender Männer und Frauen 2009* (Angaben in Euro)

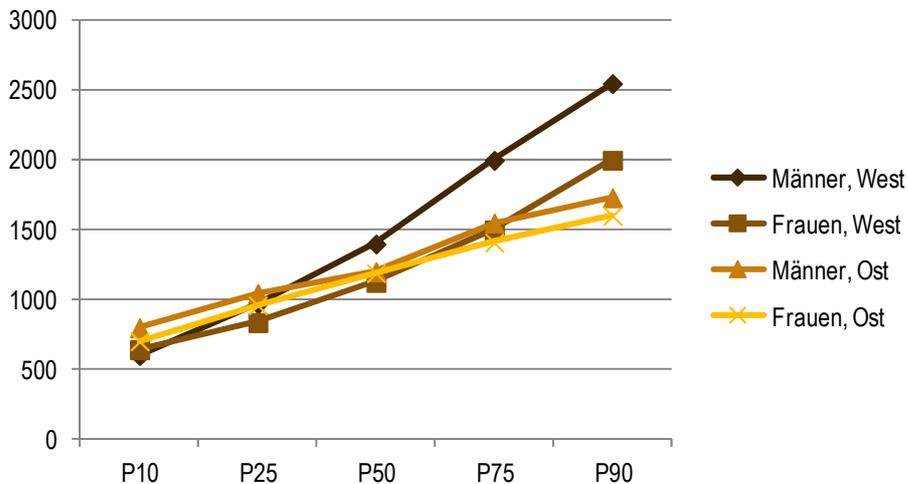


(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.240.

Hinsichtlich der Schichtung zeigt sich auch hier, dass auch die Renten- und Pensionseinkünfte von Alleinstehenden im Westen deutlich ungleicher ausfallen. Am oberen Rand liegen demnach insbesondere die Alterseinkünfte westdeutscher Männer deutlich höher als bei den anderen Gruppen. 25 Prozent aller alleinstehenden westdeutschen Männer haben demnach Renten- und Pensionseinkünfte von 2.000 Euro und mehr. Bei ostdeutschen Männern und Frauen liegen der Wert des oberen 25-Prozent-Perzentils dagegen zwischen 1.410 und 1.550 Euro. Als problematisch einzuschätzen ist, dass in Westdeutschland ein Viertel aller alleinstehenden Männer weniger als 970 und Frauen nach eigenen Angaben weniger als 837 Euro Renten- und Pensionseinkünfte haben. Im Osten fallen die Alterseinkünfte der alleinlebenden Männer und Frauen in den unteren 25 Prozent dagegen derzeit noch deutlich höher aus (Männer: 1.046 Euro; Frauen: 960 Euro).

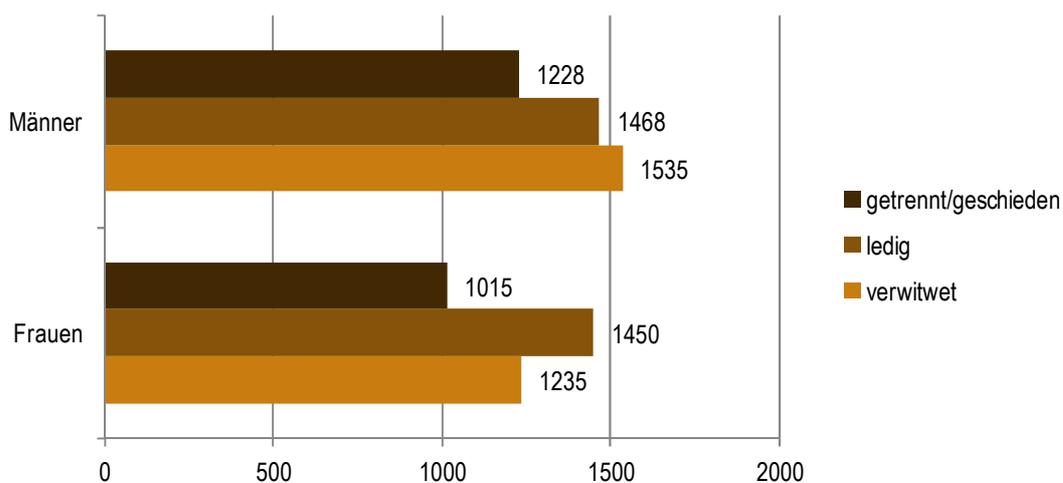
Darstellung 12: Perzentile der Renteneinkünfte bei alleinstehenden Rentnern im Jahr 2009 (Angaben in Euro)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.259.

Deutliche Unterschiede sind darüber hinaus nach dem Familienstand der älteren Alleinstehenden festzustellen. Demnach haben getrennt lebende oder geschiedene Befragte sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich niedrigere Renten- und Pensionseinkünfte. Insbesondere bei getrennt oder geschiedenen Frauen liegen die Einkünfte mit durchschnittlich 1.015 Euro sehr niedrig. Getrennt lebende oder geschiedene Männer beziehen dagegen Renten- und Pensionseinkünfte von durchschnittlich 1.228 Euro. Auch Witwen haben mit 1.235 Euro deutlich niedrigere Renten als Witwer mit 1.535 Euro. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellen dagegen ledige Männer und Frauen dar. Demnach beziehen ledige Männer mit 1.468 Euro im Mittel eine ähnlich hohe Rente wie ledige Frauen mit 1.450 Euro.

Darstellung 13: Renten- und Pensionseinkünfte älterer Alleinstehender im Jahr 2009 nach Familienstand (Angaben in Euro)*



(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.240.

Insgesamt ist aus diesen Auswertungen zu schließen, dass (vor allem westdeutsche) Frauen bisher in hohem Maße von den Renten- und Pensionsansprüchen der Partner abhängig sind. Dies trifft sowohl in Paarhaushalten zu, als auch für alleinstehende Frauen, deren Alterseinkünfte zu großen Teilen Witwenrenten sind. Fallen die Ansprüche des Partners aufgrund des beschriebenen Wandels zukünftig niedriger aus, so bedeutet dies, dass alleinstehende Frauen zukünftig in höherem Maße auf eigene Rentenansprüche angewiesen sind.

In Anbetracht der zunehmenden Zahl an Singles und unverheirateten Paaren ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen zunehmend zum Problem werden könnten. Scheidung und Trennung kann so aufgrund fehlender oder unzureichender eigener Renten- bzw. Pensionsansprüche zur Armutsfalle werden (vgl. Andreß 2004). Eine Ausnahme bilden dagegen ledige Frauen, die in hohem Maß eigene Renten- und Pensionseinkünfte beziehen.

4.3 Renten-/Pensionseinkünfte und Erwerbsbiographie

4.3.1 Auf Personenebene

Wie im vierten Arbeitspapier gezeigt, führt der Wandel der Erwerbsbiographien für die aktuell Beschäftigten in West- wie in Ostdeutschland zu niedrigeren Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung und somit zukünftig auf Individualebene zu bereits – unabhängig von der beschlossenen Niveauabsenkung der gesetzlichen Rentenversicherung – niedrigeren Rentenzahlbeträgen.

Die Analysen der Paar-Erwerbsbiographien deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung auch auf Haushaltsebene vollziehen wird. Eine genaue Darstellung dieser Effekte ist allerdings für die aktuell Beschäftigten anhand der verfügbaren Daten nicht darstellbar: Einerseits sind in Haushaltsdatensätzen – wie dem Sozio-oekonomischen Panel – keine Informationen über Renten- und Pensionsansprüche der aktuell Beschäftigten enthalten, sowohl hinsichtlich der gesetzlichen als auch in sonstigen Versicherungs- bzw. Versorgungssystemen (Betriebsrente, Beamtenpension, ...). Auf der anderen Seite gibt es in den Daten der Deutschen Rentenversicherung keinerlei Möglichkeiten, Haushalte zu identifizieren. Auch sind keine Informationen über Ansprüche in anderen Versorgungssystemen verfügbar.³

Möglich ist es allerdings, auf Basis der Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel die Zusammenhänge zwischen Erwerbsbiographien und Alterseinkünften bei den aktuellen Rentnerinnen und Rentnern zu betrachten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Rentnerinnen und Rentner mit „noch“ vergleichsweise stabilen Erwerbsbiographien, da die Kohorten mit großen Lücken durch Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsformen und Niedriglohn zum großen Teil erst in den kommenden Jahren in den Ruhestand eintreten werden.

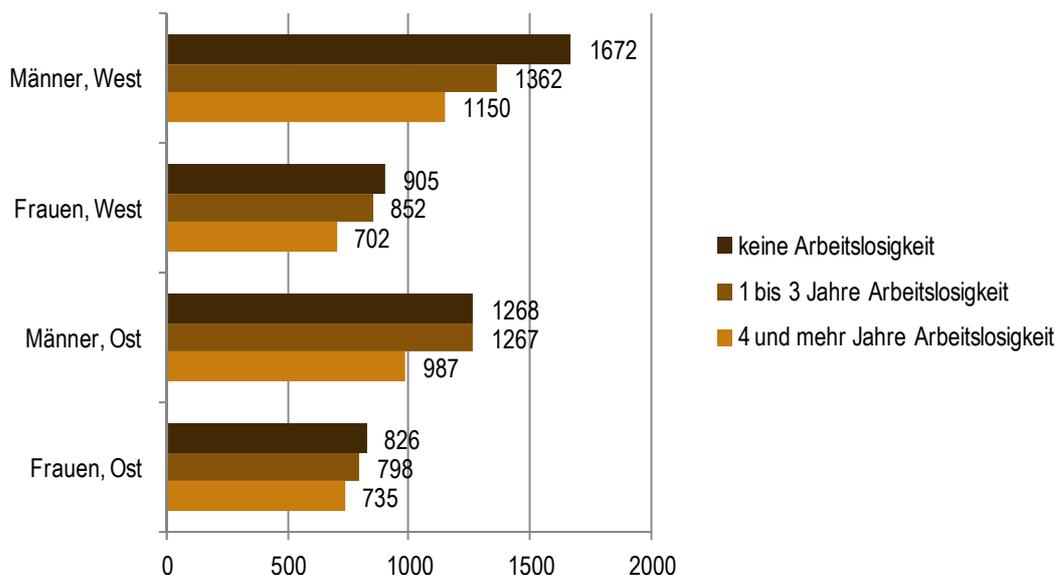
Aber bereits für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner ist auf Individualebene festzustellen, dass Lücken in der Erwerbsbiographie zu deutlichen Einbußen führen. Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich demnach zwischen Arbeitslosigkeit und Rentenzahlbetrag. In der folgenden Darstellung 14 wurden

³ Um dieses Problem zu überwinden können statistische Verfahren angewendet werden, um die zukünftigen Rentenansprüche ausgehend von verschiedenen Datenquellen zu simulieren (vgl. Heien et al. 2007; Steiner, Geyer 2010). Der Nachteil dieser Berechnungen ist allerdings, dass die Ergebnisse in hohem Maße von den methodischen Annahmen abhängig sind (vgl. Hauser 2007).

dabei nur Personen berücksichtigt, die in mindestens 20 Jahren voll- oder teilzeitbeschäftigt waren. Personen ohne eigene Rente oder Pension wurden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus wurde auch hier ein Prozent aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften ausgeschlossen. Es zeigt sich insbesondere bei westdeutschen Männern ein deutlicher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und den bezogenen Einkünfte (Korrelation: $-0,24^*$). Westdeutsche Männer ohne Arbeitslosigkeitserfahrung beziehen demnach durchschnittlich mehr als 500 Euro höhere Renten bzw. Pensionen als westdeutsche Männer mit drei und mehr Jahren Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie. Auch bei westdeutschen Frauen zeigt sich ein derartiger Zusammenhang, allerdings aufgrund der niedrigeren Renten auf deutlich geringerem Niveau, der Unterschied beträgt demnach ca. 200 Euro (Korrelation: $-0,10^*$).

Im Osten ist zu berücksichtigen, dass ältere Geburtskohorten praktisch keine Arbeitslosigkeit im Erwerbsverlauf hatten, während jüngere Kohorten insbesondere im Altersübergang in hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dennoch ist vor allem bei Männern bereits für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner ein deutlicher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Alterseinkünften zu erkennen (Korrelation: $-0,31^*$); bei Frauen beträgt die Korrelation $-0,12^*$.

Darstellung 14: Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie und eigenen Renten- bzw. Pensionseinkünften* (Angaben in Euro)



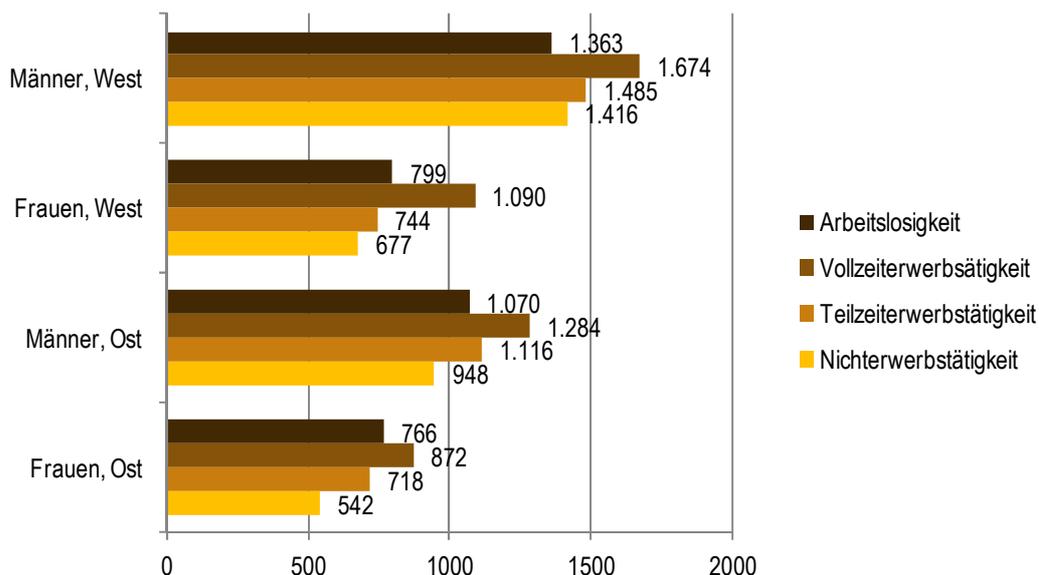
(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=3.484

Als weiterer Hinweis auf erwerbsbiographische Risiken die zu geringen Renteneinkünften führen, kann die Art des Renteneintritts herangezogen werden. Betrachtet wird der Erwerbsstatus im Jahr vor dem Renteneintritt. Wie erwartet zeigt sich, dass Personen die aus Vollzeitbeschäftigung in den Ruhestand eintreten deutlich höhere Renten- und Pensionseinkünfte haben. Westdeutsche Rentner des Jahres 2009, die vor dem Eintritt in den Ruhestand arbeitslos waren, beziehen demnach mit durchschnittlich 1.363 Euro deutlich niedrigere Einkünfte als Personen, die aus Vollzeiterwerbstätigkeit in den Ruhestand eingetreten sind (1.674 Euro). Ähnliche Zusammenhänge sind auch für Frauen festzustellen (799 gegenüber 1.090 Euro), ebenso in Ostdeutschland (vgl. Darstellung 15). Besonders bei Frauen zeigt

sich darüber hinaus, dass auch Personen die zuletzt nicht erwerbstätig waren, deutlich niedrigere Renten- und Pensionseinkünfte beziehen, im Westen rund 677 Euro (gegenüber 1.090 Euro bei Vollzeitbeschäftigten), im Osten 542 Euro (gegenüber 872 Euro).

Darstellung 15: Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte nach Erwerbsstatus im Jahr vor Renteneintritt* (Angaben in Euro)



(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=3.484.

Bei Frauen ist darüber hinaus ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zahl der Kinder und der Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte zu beobachten. Vor allem in Westdeutschland ist die Zahl der Kinder (bzw. die damit einhergehenden Zeiten niedrigerer Erwerbsbeteiligung) ein bestimmender Faktor für die Höhe der eigenen Renten bzw. Pensionen von Frauen. Demnach korreliert die Zahl der Kinder in Westdeutschland mit $-0,31^*$, im Osten immerhin mit $-0,12^*$ mit der Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte. Frauen ohne Kinder beziehen demnach in Westdeutschland durchschnittliche Einkünfte in der Höhe von 1.162 Euro. Bereits bei Frauen mit einem Kind liegen die durchschnittlichen Einkünfte nur noch bei 790 Euro, westdeutsche Frauen mit mehr als drei Kindern haben sogar nur 535 Euro eigene Renten- und Pensionseinkünfte. In Ostdeutschland haben Frauen ohne Kinder durchschnittliche Einkünfte von 884 Euro. Zwar reduzieren sich auch im Osten die Renten- und Pensionseinkünfte von Frauen mit steigender Kinderzahl, aber auch Frauen mit drei und mehr Kindern beziehen dort immerhin noch 742 Euro Renten- und Pensionseinkünfte (vgl. Darstellung A 1).

Insgesamt ist bei den bisherigen Darstellungen zu berücksichtigen, dass es sich bei den Rentnerinnen und Rentnern des Jahres 2009 um eine heterogene Gruppe handelt, welche sich aus verschiedenen Geburtskohorten zusammensetzt. Entsprechend ist es sinnvoll mittels einer Regressionsanalyse neben erwerbsbiographischen Einflussfaktoren auch das jeweilige Alter zu berücksichtigen. Berücksichtigt wurden dabei nur Personen mit Bezug einer eigenen Rente oder Pension. Darüber hinaus wurde auch hier ein Prozent aller Rentenbezieher mit den höchsten Renten ausgeschlossen, um eine zu starke

Verzerrung der Ergebnisse durch hohe Einkünfte zu vermeiden. Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Renten- und Pensionseinkünfte liegt in der so abgegrenzten Stichprobe bei 1.086 Euro.

Als unabhängige Variablen berücksichtigt werden jeweils die Zahl der Jahre in Arbeitslosigkeit, Vollzeit-erwerbstätigkeit, Ausbildung und Nichterwerbstätigkeit während der Erwerbsbiographie.⁴ Wie Tabelle 5 zeigt, sind die bezogenen Renten- und Pensionseinkünfte umso niedriger, je häufiger der Befragte in der Erwerbsbiographie von Arbeitslosigkeit betroffen war. Ausgehend von einer Konstante von 1.264 Euro reduziert sich das Alterseinkommen demnach mit jedem Jahr Arbeitslosigkeit um 27 Euro. Auch Zeiten in Nichterwerbstätigkeit wirken sich signifikant negativ auf den Rentenzahlbetrag aus (-11 Euro). Auf der anderen Seite gehen längere Ausbildungszeiten bei den aktuellen Rentnerinnen und Rentnern mit höheren Renteneinkünften einher. Je Jahr Ausbildung erhöht sich demnach das Renteneinkommen um ca. 43 Euro. Hinter längeren Ausbildungszeiten stehen selbstverständlich in erster Linie höhere Bildungsabschlüsse, welche im folgenden Erwerbsverlauf zu besseren Beschäftigungsaussichten (höheren Einkünften etc.) führen. Bestimmend für hohe Alterseinkünfte ist darüber hinaus insbesondere Vollzeitbeschäftigung, ausgehend vom Durchschnittswert erhöht sich das Alterseinkommen je Jahr Vollzeitbeschäftigung zusätzlich um 7 Euro.

Der Alterseffekt zeigt, dass ältere Geburtskohorten je Jahr späterer Geburt ca. 7 Euro höhere Alterseinkünfte haben. Darüber hinaus ist insbesondere das Geschlecht entscheidend, wonach Frauen um 252 Euro niedrigere Renten beziehen als Männer, was mit niedrigeren Erwerbseinkünften zu erklären ist. Zu berücksichtigen ist dabei auch ein Interaktionseffekt zwischen Alter und Geschlecht, wonach dies auf ältere Frauen in besonders hohem Maße zutrifft, die Ungleichheit bei jüngeren Jahrgängen also etwas abgenommen hat. Darüber hinaus werden im Osten – wie bereits gezeigt – niedrigere Renten- und Pensionseinkünfte erzielt als im Westen (ca. 110 Euro). Betrachtet man die beta-Koeffizienten, so zeigt sich, dass vor allem die Zahl der Jahre in Ausbildung und Vollzeiterwerbstätigkeit positiven Einfluss auf die Renten- und Pensionseinkünfte haben, während Zeiten in Nichterwerbstätigkeit ebenso wie das Geschlecht (weiblich) stark negativ auf die Renten- und Pensionseinkünfte wirken. Bemerkenswert ist erneut die hohe Bedeutung des Beamtenstatus für die Höhe der Renteneinkünfte ($\beta=0,36$).

⁴ Zeiten in Rentenbezug, Teilzeitbeschäftigung und Wehr-/Zivildienst tragen nur zu einer geringfügigen Verbesserung der Erklärung der Gesamtvarianz bei und wurden zugunsten einer leichteren Interpretierbarkeit der Ergebnisse ausgeschlossen.

Tabelle 5: Regression auf die Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte*

| | Koeffizient | Standardfehler | Beta | Sig |
|--------------------------------------|-------------|----------------|-------|-------|
| Arbeitslosigkeit (in Jahren) | -27 | 3 | -0,10 | 0,000 |
| Vollzeiterwerbstätigkeit (in Jahren) | 7 | 1 | 0,14 | 0,000 |
| Ausbildung (in Jahren) | 43 | 2 | 0,20 | 0,000 |
| Nichterwerbstätigkeit (in Jahren) | -11 | 1 | -0,18 | 0,000 |
| Geschlecht (1=männlich, 2=weiblich) | -252 | 28 | -0,17 | 0,000 |
| Alter (0=65 Jahre) | 7 | 2 | 0,06 | 0,000 |
| Alter*Geschlecht | -13,1 | 2 | -0,12 | 0,000 |
| Region (0=West, 1=Ost) | -110 | 20 | -0,06 | 0,000 |
| Beamtenstatus | 1116 | 34 | 0,36 | 0,000 |
| Konstante | 1264 | 71,2 | | 0,000 |

$R^2=0,567$; $\text{adj-}R^2=0,566$; $\text{sig}=0.000$

(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=3.995.

Insgesamt macht diese Auswertung erneut den Zusammenhang zwischen Erwerbsbiographie und Renten- und Pensionseinkünften deutlich. D. h. ohne Berücksichtigung des Einkommens während des Erwerbslebens können in diesem Modell rund 57 Prozent der Unterschiede in den Renten- und Pensionseinkünften erklärt werden ($\text{adj-}R^2=0,566$). Die bereits im 4. Arbeitspapier im Hinblick auf die gesetzliche Rentenversicherung getroffenen Aussagen sind demnach auch auf weitere Alterseinkünfte übertragbar. Negativ auf die Renten- und Pensionsansprüche wirken sich demnach insbesondere Zeiten in Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit aus, wohingegen gerade langjährig Vollzeitbeschäftigte und Personen mit langen Ausbildungszeiten (bzw. höherem Qualifikationsabschluss) überdurchschnittliche Alters-einkünfte erzielen.

4.3.2 Im Paar- und Haushaltskontext

Zunächst ist festzustellen, dass die im Personenkontext festgestellten Befunde auch auf den Paar- und Haushaltskontext zu übertragen sind. Die Summe der Beschäftigungszeiten und die Höhe des Einkommens beider Partner sind somit die entscheidenden Faktoren für die Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte. Lücken in der Erwerbsbiographie, die beispielsweise durch Arbeitslosigkeit verursacht werden, führen somit auch im Paarkontext zu niedrigeren Renten- und Pensionseinkünften.

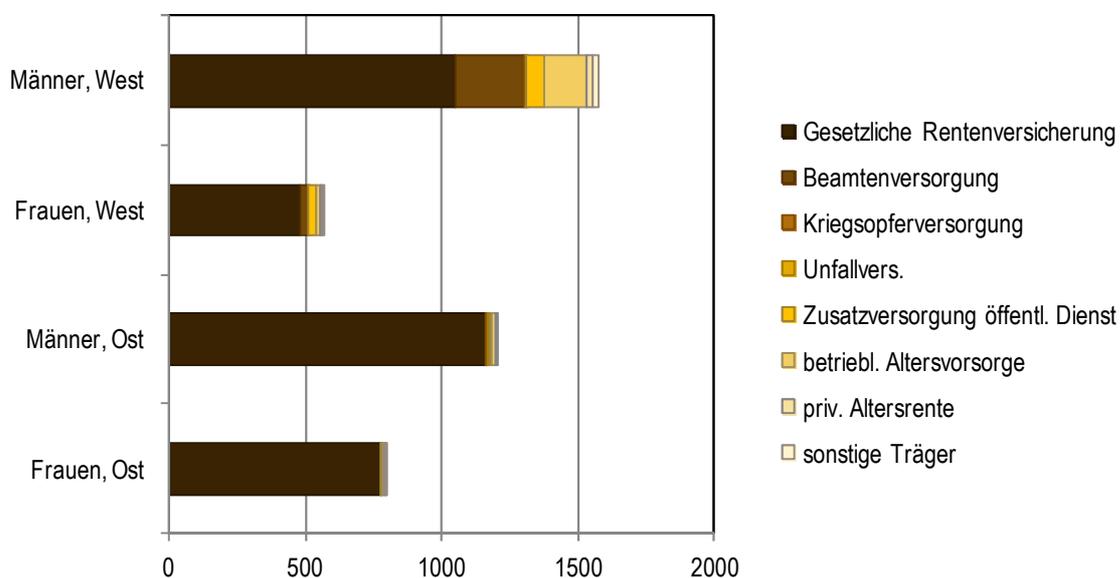
Betrachtet man die in Kapitel 3 dargestellten Erwerbsverlaufsanalysen, so ist hinsichtlich der Renten- und Pensionseinkünfte im Paarkontext jedoch anzunehmen, dass die Renten- und Pensionsansparungen in Westdeutschland in erheblich höherem Maße allein von nur einem Partner erworben wurden, während in Ostdeutschland zu großen Teilen beide Partner erwerbstätig waren.

Diese Annahme bestätigt sich, wenn man die durchschnittliche Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte von Paaren getrennt für die Partner ausweist (vgl. Darstellung 16). Danach beziehen westdeutsche Männer in Paarhaushalten durchschnittliche Renten- und Pensionseinkünfte in der Höhe von insgesamt 1.576 Euro, darunter unter anderem rund 1.053 Euro gesetzliche Rente, 255 Euro Beamtenpension und

157 Euro Betriebsrente. Bei Frauen beträgt die durchschnittliche Höhe der Einkünfte dagegen nur 574 Euro. Ostdeutsche Männer in Paarhaushalten beziehen im direkten Vergleich deutlich niedrigere Renten- und Pensionseinkünfte von insgesamt nur 1.201 Euro. Demgegenüber liegen die Renten der ostdeutschen Frauen in Paarhaushalten deutlich höher als im Westen bei durchschnittlich 794 Euro.

Die Darstellung zeigt somit, dass die Renten- und Pensionseinkünfte westdeutscher Frauen in Paarhaushalten nur 27 Prozent aller Renten- und Pensionseinkünfte im Haushaltskontext ausmachen. Demgegenüber werden die Renten- und Pensionseinkünfte der ostdeutschen Paarhaushalte durchschnittlich zu 40 Prozent von Frauen getragen.

Darstellung 16: Renteneinkünfte in Paarhaushalten getrennt nach Geschlecht* (Angaben in Euro)



(*) Das oberste 1% aller Paare mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.205.

Es ist anzunehmen, dass die Einkünfte im Haushaltskontext umso höher ausfallen, je höher die Zeiten waren, in denen beide Partner erwerbstätig waren. Für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner zeigen Analysen jedoch, dass kein direkter Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung der Partner und der Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte festgestellt werden kann. Vielmehr sind hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung kaum Unterschiede in den Alterseinkünften der Paare zu beobachten.

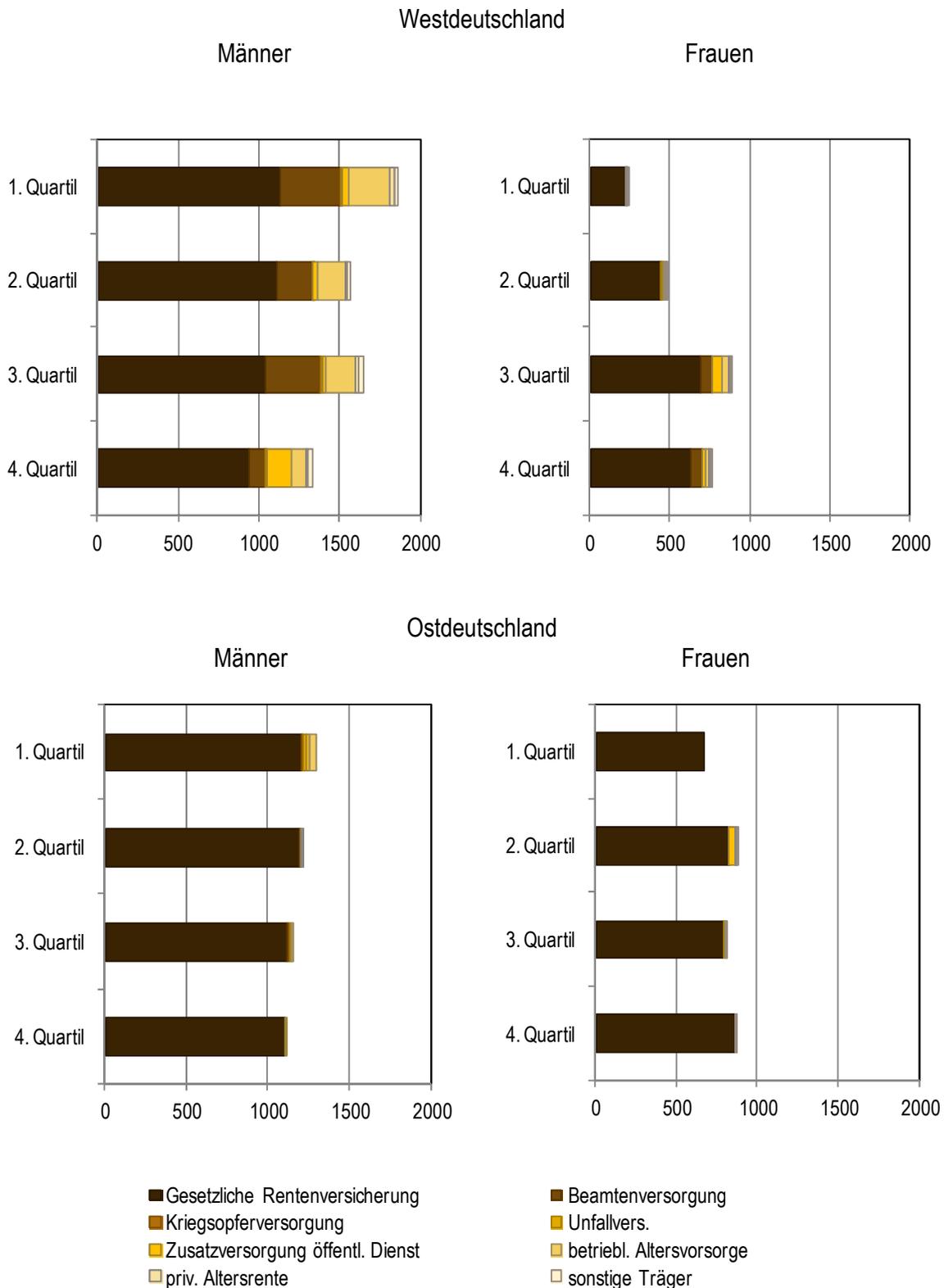
Nähere Zusammenhänge zeigen sich erst, wenn die Einkünfte getrennt für beide Partner dargestellt werden. Darstellung 17 zeigt die Renten- und Pensionseinkünfte von westdeutschen Männern und Frauen in Paarhaushalten differenziert nach Zeiten, in denen beide Partner erwerbstätig waren. Die Zeiten in Erwerbstätigkeit (Vollzeit und Teilzeit) werden dabei in Quartile eingeteilt, die aufgrund der starken Unterschiede getrennt für West- und Ostdeutschland berechnet wurden. Das erste Quartil bezeichnet somit die 25 Prozent aller Paare mit den wenigsten Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig waren (West: bis 8 Jahre; Ost: bis 28 Jahre).

Wie in Kapitel 2 gezeigt bezieht sich geringe Erwerbsbeteiligung im Paarkontext dabei in erster Linie auf die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen, wohingegen Männer meist stabile Erwerbsbiographien aufweisen.⁵ Wenig überraschend ist, dass die Einkünfte westdeutscher Frauen im 1. und 2. Quartil – also bei den Paaren mit der geringsten Erwerbsbeteiligung beider Partner – mit 235 bzw. 485 Euro nur sehr gering ausfallen. Im 3. und 4. Quartil, also bei denjenigen Paaren, bei denen lange Zeit beide Partner erwerbstätig waren, liegen die Renten- und Pensionseinkünfte dagegen mit 884 bzw. 761 Euro deutlich höher. Auffällig ist allerdings, dass die Rentenansprüche bei den Männern sich genau umgekehrt verhalten: Die Renten- und Pensionseinkünfte westdeutscher Männer liegen demnach im vierten Quartil, also bei den 25 Prozent mit den längsten Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig waren, mit 1.334 Euro am niedrigsten. Auf der anderen Seite liegt die Rente bei den Männern, deren Frauen die längste Zeit nicht erwerbstätig waren, bei durchschnittlich 1.863 Euro. Bei ostdeutschen Paaren zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang, jedoch sind die Unterschiede deutlich geringer ausgeprägt.

In der Summe bedeutet dies, dass sich die Renten- und Pensionseinkünfte im Haushaltskontext nur geringfügig nach der Erwerbsbeteiligung der Paare unterscheiden und somit nicht direkt davon abhängig sind, wie lange beide Partner erwerbstätig waren. Auf der anderen Seite ist daraus jedoch abzuleiten, dass je niedriger die Ansprüche der Männer (respektive das Einkommen während des Erwerbslebens), desto häufiger waren westdeutsche Frauen ebenfalls erwerbstätig.

⁵ Bei den aktuellen Rentnerinnen und Rentnern sind selbstverständlich auch Kriegsjahrgänge mit entsprechenden Lücken enthalten.

Darstellung 17: Durchschnittliche Renten- und Pensionseinkünfte von Männern und Frauen in Paarhaushalten nach Anzahl der Zeiten mit beiden Partnern in Erwerbstätigkeit* (Quartile; Angaben in Euro)



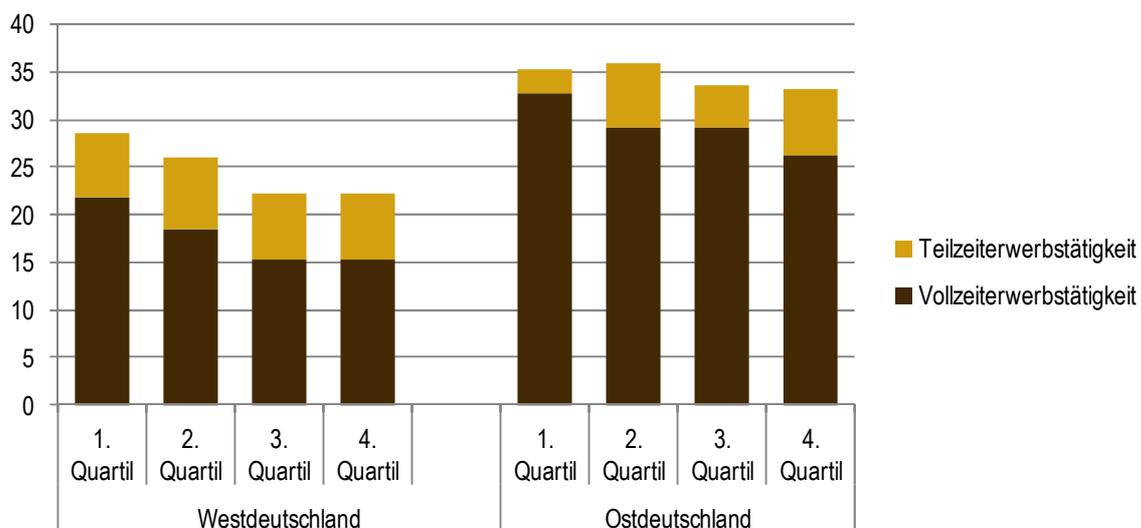
(*) Das oberste 1% aller Paare mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.
 Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.205.

Insgesamt zeigt sich ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen den Renten- und Pensionseinkünften der Männer in Paarhaushalten und der Zahl an Jahren, in denen beide Partner erwerbstätig waren (Korrelation: West $-0,18^*$; Ost $-0,13^*$); wohingegen die Erwerbsbeteiligung im Paarkontext positiv mit den Renten- und Pensionseinkünften von Frauen in Paarhaushalten korreliert (West: $0,47^*$; Ost: $0,26^*$). Dieser Zusammenhang ist bei insgesamt steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen für verschiedene Geburtskohorten in ungefähr gleicher Höhe zu beobachten.

Es ist also anzunehmen, dass Frauen umso eher erwerbstätig sind, je ungünstiger die Erwerbssituation des Mannes ist. Die Höhe der Einkünfte während der Erwerbsbiographie ist mit diesen Daten allerdings nicht darstellbar, kann jedoch über die Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte näherungsweise abgebildet werden. Darstellung 18 zeigt diesen Zusammenhang für West- und Ostdeutschland. Dabei zeigt sich, dass im 1. Quartil (den 25 Prozent mit den niedrigsten Renteneinkünften des Mannes) westdeutsche Frauen im Mittel 29 Jahre erwerbstätig waren, davon 22 Jahre in Vollzeit und 7 Jahre in Teilzeit. Beim 4. Quartil (den 25 Prozent mit den höchsten Renteneinkünften des Mannes), waren es gerade einmal 22 Jahre, wobei ebenfalls 7 Jahre in Teilzeit verbracht wurden, aber nur 15 Jahre in Vollzeitbeschäftigung. Insbesondere in Westdeutschland ist also die Entscheidung erwerbstätig zu sein auch von der Erwerbssituation des Partners abhängig.

Im Osten zeigt sich ein weniger starker Zusammenhang zur Erwerbsbeteiligung insgesamt. Allerdings ist festzustellen, dass im Quartil mit den niedrigsten Renten- und Pensionseinkünften des Mannes Frauen im Schnitt 36 Jahre erwerbstätig waren, davon 33 Jahre in Vollzeit. Im Quartil mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften des Mannes, liegt die Erwerbstätigkeit von Frauen insgesamt mit 33 Jahren zwar nur geringfügig niedriger, darunter sind jedoch nur noch 26 Jahre in Vollzeiterwerbstätigkeit. In Ostdeutschland wirkt die Erwerbssituation des Partners weniger auf die Erwerbsbeteiligung insgesamt, sehr wohl jedoch auf die Entscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung.

Darstellung 18: Erwerbsbeteiligung von Frauen (in Jahren) nach Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte des Mannes* (in Quartilen)



(*) Das oberste 1% aller Männer mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.187.

Problematisch bei den vorherigen Darstellungen ist, dass hierbei aufgrund der Datenstruktur keine Kohortenanalyse vorgenommen wird, sondern unterschiedliche Kohorten gleichzeitig betrachtet werden. Dabei überlagern sich zwei gegenläufige Trends: Einerseits die insgesamt sinkenden Renteneinkünfte, andererseits die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Es ist also plausibel anzunehmen, dass ein Teil des beschriebenen Zusammenhangs durch einen Kohorteneffekt verfälscht wird.

Um dies zu überprüfen wurde eine Regressionsanalyse auf die Summe der Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind, herangezogen. Einbezogen werden neben der Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte des Mannes auch weitere Faktoren, welche die Erwerbsbeteiligung der Frau beeinflussen: Der höchste Berufsbildungsabschluss und die Zahl der Kinder. Darüber hinaus wird das Alter sowie West- und Ostdeutschland berücksichtigt.

Wie erwartet zeigt sich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Osten deutlich höher war und somit beide Partner längere Zeit Vollzeit erwerbstätig waren (ca. 9 Jahre). Insgesamt ist dies der stärkste beobachtete Effekt (Beta=0,26). Bereits an zweiter Stelle zeigt sich jedoch die Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte des Mannes (Beta=0,22). Darüber führt ein höherer Berufsbildungsabschluss der Frau zu einer steigenden Erwerbsbeteiligung im Haushaltskontext. Die Anzahl der Kinder hat dagegen einen deutlich negativen Effekt auf die Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Für das Alter ist in dieser Konstellation kein signifikanter Effekt zu beobachten.

Tabelle 6: Regression auf die Länge der Vollzeiterwerbstätigkeit in der Erwerbsbiographie beider Partner in älteren Paarhaushalten*

| | Koeffizient | Standardfehler | Beta | Sig |
|----------------------------------------------------|-------------|----------------|-------|-------|
| Renten- und Pensionseinkünfte des Mannes (in Euro) | -0,003 | 0,0 | -0,22 | 0,000 |
| Ausbildung der Frau (Lehre) | 3,6 | 0,9 | 0,12 | 0,000 |
| Ausbildung der Frau (Hochschulreife) | 6,8 | 1,5 | 0,13 | 0,000 |
| Anzahl der Kinder der Frau | -1,2 | 0,3 | -0,11 | 0,000 |
| Alter (0=65 Jahre) | -0,1 | 0,1 | -0,03 | 0,222 |
| Region (0=West, 1=Ost) | -8,9 | 0,9 | 0,26 | 0,000 |
| Konstante | 12,4 | 1,8 | | 0,000 |

$R^2=0,176$; $\text{adj-}R^2=0,172$; $\text{sig}=0,000$

(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=1.197.

Je mehr Renten- und Pensionsansprüche der Mann erworben hat, desto seltener waren Frauen erwerbstätig. Dementsprechend ist anzunehmen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen vom Einkommen des Mannes mitbestimmt wurde. Zumindest bei den aktuellen Paaren im Ruhestand haben die Frauen ihre Erwerbsbeteiligung auch davon abhängig gemacht, wie hoch die Einkünfte des Mannes waren. Diese Aussage ist selbstverständlich nicht auf jüngere Kohorten zu verallgemeinern. Die Analysen legen jedoch nahe, dass vor allem in Westdeutschland für ältere Geburtskohorten ökonomische Gründe die Entscheidung über die Erwerbsbeteiligung mitbestimmt haben, wenngleich anzunehmen ist, dass dies für kommende Rentnergenerationen immer weniger der Fall sein wird. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der Anteil der erklärten Varianz in der beschriebenen Regression mit $R^2=0,17$ eher niedrig liegt.

Grundsätzlich ist an dieser Stelle nochmals zu betonen, dass der gefundene Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung der Frauen und Renten bzw. Pensionsansprüchen des Mannes nicht auf eine direkte Ausrichtung der Erwerbsorientierung von Frauen an der Alterssicherung zurückzuführen ist. Studien deuten darauf hin, dass die Alterssicherung im Hinblick auf die Erwerbsentscheidung von Frauen eher nachrangig ist. Der Wunsch nach einem höheren Haushaltseinkommen wurde dagegen bereits in anderen Studien als ein Hauptgrund für die Erwerbsbeteiligung von Frauen festgestellt (vgl. z. B. Vogel 2007; Berner, Romeu, Motel-Klingebiel 2010). Es ist also naheliegend, dass sich dieser Zusammenhang auf die konkrete Einkommenssituation während des Erwerbslebens zurückführen lässt. Diese Befunde decken sich weitgehend mit dem Ansatz der „new home economics“, wonach das Erwerbsangebot von Frauen steigt, „wenn ihr Reallohnsatz im Vergleich zu dem des Ehemannes und dem Wert ihrer Haushaltsproduktion steigt“ (vgl. Knapp 2004). Im Gender-Datenreport (BMFSFJ 2005) wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass bei Ehepaaren mit gut verdienenden Männern auch steuerliche Anreize (Ehegattensplitting) dazu führen, dass Frauen eher geringe Erwerbsbeteiligung aufweisen. Dies trifft überwiegend in Westdeutschland zu.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der beobachteten Gruppe der derzeitigen Rentnerinnen und Rentner um Personen handelt, die den größten Teil ihrer Erwerbsbiographie in der Nachkriegszeit verbracht haben. Der Umbruch zunehmender Frauen-Erwerbsbeteiligung hat diese Kohorten eher gegen Ende der Erwerbsbiographie betroffen (vgl. Kapitel 3). Es ist anzunehmen, dass derartige Zusammenhänge zukünftig weniger von Bedeutung sind. Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen seit 1970 ist demnach weniger mit dem Lohn des Mannes zu erklären, sondern auf zahlreiche soziale und politische Faktoren zurückzuführen (vgl. Busse 2007).

Mit Blick auf die Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte in Paarhaushalten bedeutet dies, dass niedriges Einkommen der Männer in der Erwerbsbiographie häufig durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen kompensiert wurde. Die Analysen zeigen, dass dies insbesondere auf Vollzeitbeschäftigung von Frauen zutrifft. Da die Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte in Deutschland im Wesentlichen die Erwerbsbiographie reflektieren, haben diese Frauen auch zusätzliche Renten- und Pensionseinkünfte erworben. Im Paarkontext bedeutet dies, dass das zusätzliche Einkommen von Frauen in Haushalten mit niedrigen Erwerbseinkünften des Mannes auch in der Ruhestandsphase fortgesetzt wird. Insbesondere in Westdeutschland ist somit festzustellen, dass niedrige Einkünfte des Mannes durch die zusätzliche Erwerbsbeteiligung der Frauen sowohl in der Erwerbs- als auch in der Ruhestandsphase zumindest teilweise kompensiert werden.

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass Frauen in Paaren mit niedrigen Ansprüchen des Mannes bereits bei den aktuellen Paaren im Ruhestand eine hohe Erwerbsbeteiligung aufgewiesen haben. Für schlecht abgesicherte Paare ist somit kaum eine weitere Steigerung der Erwerbsbeteiligung zu erwarten. Nehmen Lücken im Erwerbsverlauf – so wie in den vergangenen Arbeitspapieren gezeigt wurde – zukünftig zu, so ist es für diese ohnehin tendenziell schlecht abgesicherten Paare zukünftig kaum möglich, niedrige Ansprüche durch zusätzliche Erwerbsbeteiligung zu kompensieren. Dies gilt insbesondere, da in jüngeren Kohorten auch eine kontinuierliche Zunahme von Arbeitslosigkeit festgestellt werden kann. Gerade für Geringqualifizierte mit ohnehin niedrigen Einkünften bedeutet dies, dass eine zunehmende Erwerbsneigung häufig nicht realisiert werden kann.

5. Die materielle Lage am aktuellen Rand

Die bisherigen Analysen waren beschränkt auf die Darstellung von Renten- und Pensionseinkünften, ohne die Berücksichtigung sonstiger Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Darüber hinaus wurde auch die Entwicklung der Alterseinkünfte in jüngster Vergangenheit nicht berücksichtigt. In den folgenden Analysen wird dazu die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der amtlichen Statistik herangezogen. Gegenüber dem Sozio-oekonomischen Panel zeichnet sich diese Querschnittserhebung neben einer höheren Stichprobe (N ca. 54.000) durch die detaillierte Erfassung verschiedener Einkommensarten aus.

Für die EVS des Jahres 2003 liegen bereits detaillierte Auswertungen der materiellen Lage Älterer – auch im Vergleich zu vorherigen Erhebungen – vor (vgl. Noll, Weick 2008). Für die seit kurzem verfügbare EVS 2008 sind dagegen keine Analysen der materiellen Situation Älterer verfügbar. Um Veränderungen aufzeigen zu können, wird die EVS des Jahres 2003 als Vergleichsdatensatz herangezogen.

5.1 Haushaltsstruktur Älterer in der EVS

Betrachtet man die Haushalte mit Personen über 65 Jahren nach Daten der EVS, so zeigt sich, dass der Anteil der Haushalte mit Älteren 2003 und 2008 jeweils ca. 27 Prozent aller erfassten Haushalte beträgt. Abgenommen hat dabei der Anteil an Haushalten alleinstehender Älterer. Waren 2003 noch 49 Prozent aller Haushalte mit Älteren Alleinstehende, liegt dieser Wert 2008 nur noch bei 44 Prozent. Dies sind vorwiegend Frauen (2008: 75 %). Dabei ist jedoch zu beobachten, dass der Anteil an Frauen unter den Alleinstehenden 2003 mit 80 Prozent noch etwas höher lag. Des Weiteren ist eine leichte Zunahme des Anteils an Personen zu beobachten, die aufgrund von Scheidung alleinstehend sind. So sind alleinstehende Ältere in der EVS 2008 zu 46 Prozent verwitwet (2003: 50%), zu 33 Prozent geschieden (2003: 27 %) und zu 17 Prozent ledig (2003: 17 %).

Der Anteil an Haushalten mit zwei Personen über 65 Jahren an allen Haushalten mit Älteren hat demgegenüber deutlich zugenommen, von 28 auf 37 Prozent. Hinzu kommen 14 Prozent, bei denen ein Partner das 65. Lebensjahr noch nicht erreicht hat (2003: 17 %) und in beiden Erhebungsjahren weitere 5 Prozent Haushalte mit mehr als zwei Personen (vgl. Tabelle 7). Diese Gruppen werden – ebenso wie in den vorstehenden Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel – nicht berücksichtigt.

Unterschiede zeigen sich auch zwischen West- und Ostdeutschland. Demnach handelt es sich im Osten bei 48 Prozent aller Haushalte mit Älteren um Alleinstehende (West: 43 %). Auf der anderen Seite ist im Westen mit 6 Prozent ein etwas höherer Anteil an Haushalten mit mehr als zwei Personen festzustellen (Ost: 3 %).

Tabelle 7: Haushaltsstruktur von Haushalten mit Personen über 65 Jahren (Angaben in Prozent aller Haushalte mit Älteren)

| | | 2003 | | | 2008 | | |
|-----------------|---|---------------------------------------|----|------------|---------------------------------------|----|------------|
| | | Anzahl Personen im Haushalt insgesamt | | | Anzahl Personen im Haushalt insgesamt | | |
| | | 1 | 2 | 3 und mehr | 1 | 2 | 3 und mehr |
| Anzahl Personen | 1 | 49 | 17 | 4 | 44 | 14 | 3 |
| über 65 Jahren | 2 | | 28 | 1 | | 37 | 2 |
| im Haushalt | 3 | | | (0) | | | (0) |

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008.

Ältere leben demnach kaum in Haushalten mit mehr als zwei Personen. In den folgenden Analysen werden deshalb nur zwei Typen von Haushalten mit Älteren unterschieden:

1. Alleinstehende über 65 Jahre
2. Haushalte mit zwei Personen über 65 Jahren

Insgesamt werden damit 81 Prozent aller Älteren erfasst. Haushalte mit mehr als zwei Personen (5 %), sowie Haushalte in denen ein Partner (noch) im erwerbsfähigen Alter ist (14 %), werden hier nicht berücksichtigt. Letztere sind meist „jüngere“ Ältere.

5.2 Alterseinkünfte

Im Gegensatz zur vorherigen Auswertung aus dem Sozio-oekonomischen Panel werden an dieser Stelle nicht nur Renten- und Pensionseinkünfte berücksichtigt, sondern stattdessen alle Einkünfte des Haushalts (ohne kalkulatorische Mieten) betrachtet. Analog zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird für den Vergleich des Einkommens der Haushalte das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen herangezogen. Nach der neuen OECD-Skala wird demnach der ersten Person im Haushalt das Gewicht 1,0 zugewiesen, weitere Haushaltsmitglieder ab 15 Jahren das Gewicht 0,5 und Haushaltsmitgliedern unter 15 Jahren das Gewicht 0,3 (vgl. Deutscher Bundestag 2001).

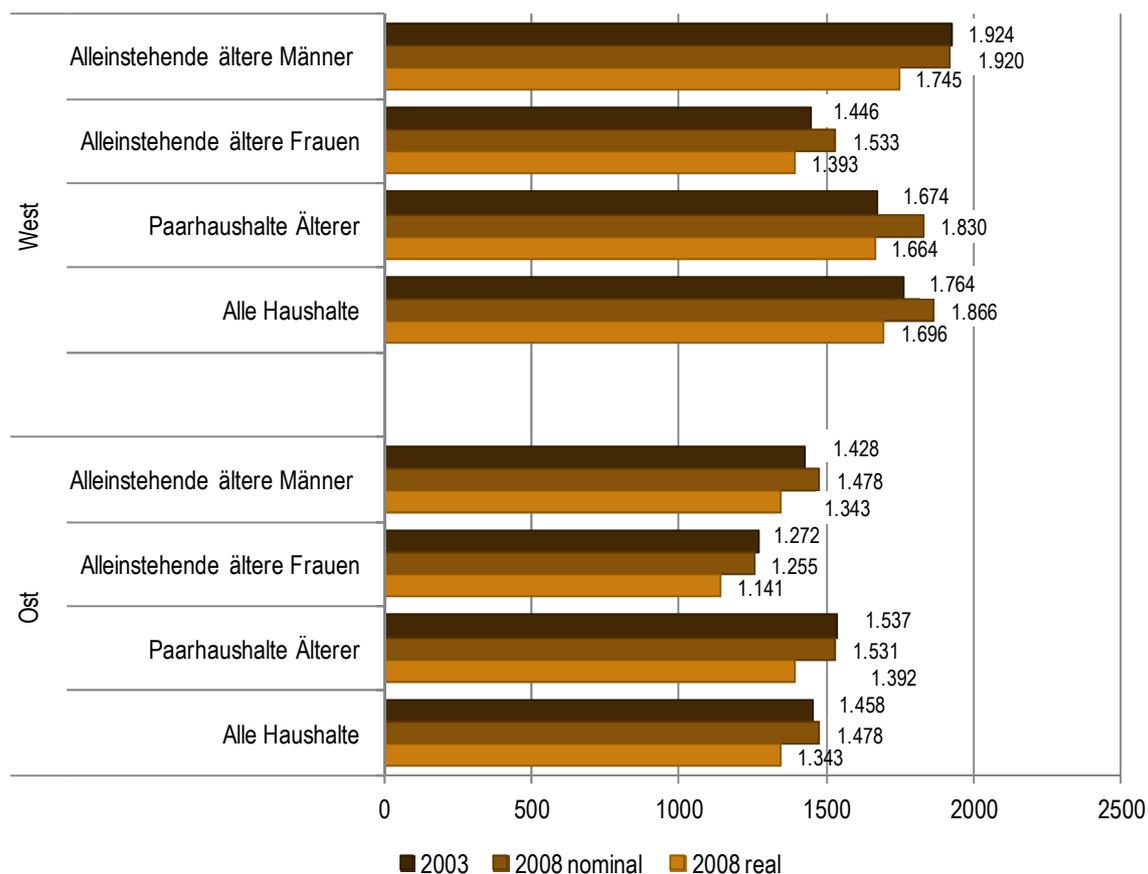
Betrachtet man das Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte, so zeigt sich in Westdeutschland für alleinstehende Männer das höchste Einkommen von durchschnittlich 1.920 Euro, welches damit allerdings nur ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2003 liegt. Das Nettoäquivalenzeinkommen alleinstehender Frauen liegt mit 1.533 Euro deutlich niedriger, nominal jedoch höher als im Jahr 2003 (1.446 Euro). Westdeutsche Paarhaushalte in denen beide Partner über 65 Jahre alt sind hatten 2008 ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von 1.830 Euro, deutlich mehr als im Jahr 2003 (1.674 Euro). Damit hat sich das Einkommen der Paarhaushalte stärker an den Durchschnitt aller westdeutschen Haushalte von 1.866 Euro im Jahr 2008 angenähert.

Im Osten zeigt sich ein deutlich niedrigeres gesamtes Einkommen im Alter. Alleinstehende Männer hatten 2008 ein Einkommen von 1.478 Euro (2003: 1.428 Euro), alleinstehende Frauen sogar nur 1.255 Euro (2003: 1.272 Euro). Für ostdeutsche Paarhaushalte ist ebenfalls ein deutlich niedrigerer Wert von nur 1.531 Euro zu beobachten (2003: 1.537 Euro). Entgegen der westdeutschen Werte sind die Einkommen in Ostdeutschland dabei zwischen 2003 und 2008 nicht gestiegen. Die Einkünfte von älteren Paarhaushalten liegen im Gegensatz zum Westen über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Haushalte (2008: 1.478 Euro).

Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Angaben nicht inflationsbereinigt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat der Verbraucherpreisindex zwischen 2003 und 2008 um 10,0 Prozent zugenommen, wonach entsprechend auch die Alterseinkünfte um 10,0 Prozent zugenommen haben müssten um der gleichen Kaufkraft zu entsprechen. Berücksichtigt man diese Preissteigerung so zeigt sich jedoch, dass die realen Alterseinkünfte jedoch mit Ausnahme von älteren Paarhaushalten in Westdeutschland teils gesunken sind (wie auch die Durchschnittseinkommen aller Haushalte).

Im Folgenden wird insbesondere die Verteilung des Einkommens dargestellt. Die Preissteigerung wird dabei nicht berücksichtigt und jeweils nur das nominale Einkommen ausgewiesen. Das reale Einkommen liegt also jeweils rund 10 Prozent unter den im Folgenden für 2008 ausgewiesenen nominalen Angaben.

Darstellung 19: Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008. N=52.363.

Differenziert nach Perzentilen kann gezeigt werden, wie sich die Alterseinkünfte gruppenspezifisch verändert haben (vgl. Darstellung 20). Allgemein ist dabei festzustellen, dass im Westen insbesondere die Einkommen der ober, gut abgesicherten Gruppen im 75- und 90-Prozent-Perzentil deutlich höher liegen als im Osten, wohingegen sich bei den Geringverdienern nur geringe Differenzen zeigen, die älteren Geringverdiener stehen dort im Westen tendenziell sogar etwas schlechter da als im Osten.

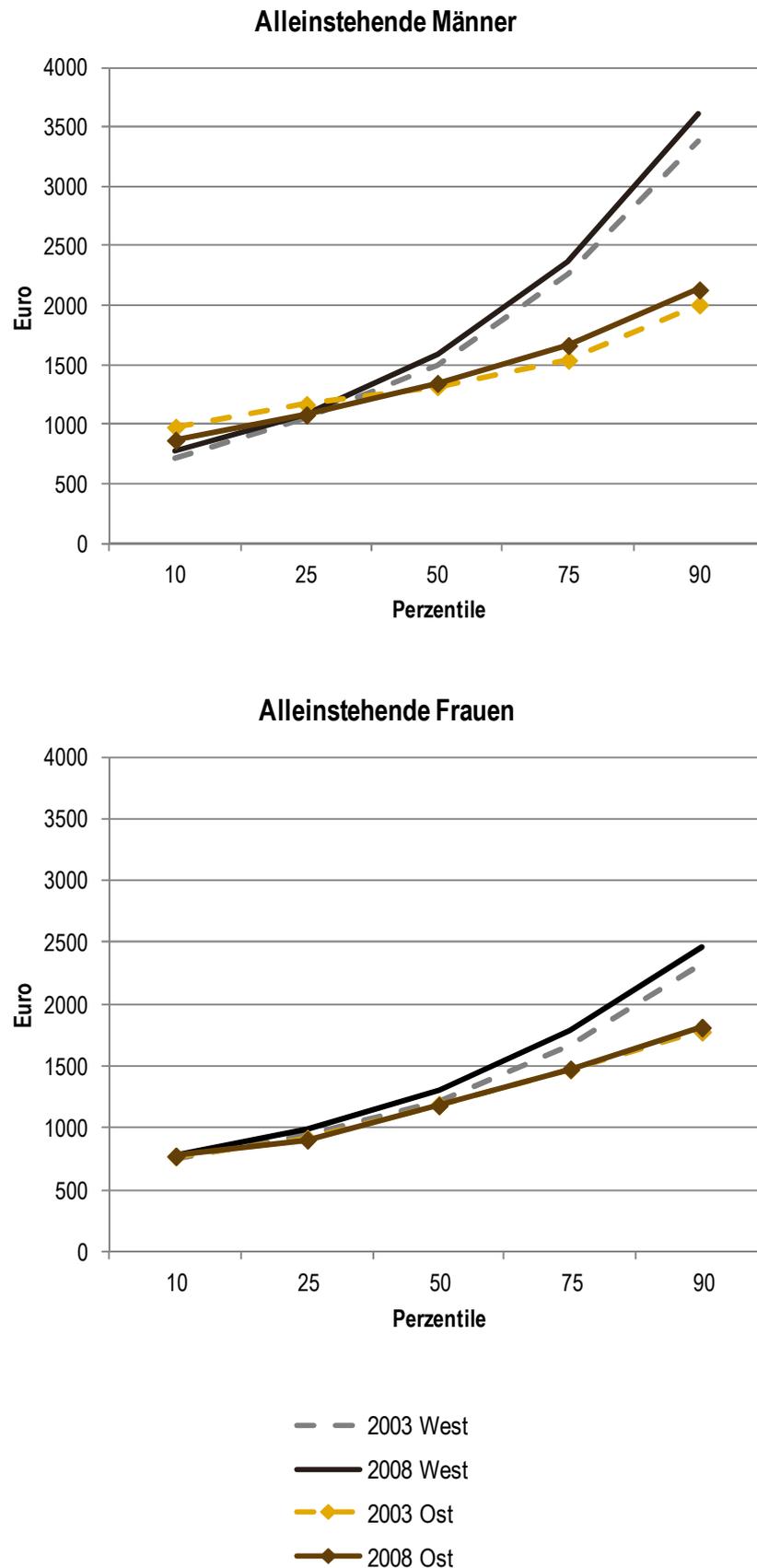
Für alleinstehende Männer in Westdeutschland ist in allen Gruppen ein leichter Anstieg der nominalen Einkünfte zu beobachten. Demnach haben die oberen zehn Prozent im Jahr 2008 mit 3.613 Euro im Westen deutlich höhere Einkünfte als 2003 (3.378 Euro). Bei den unteren Einkommensgruppen sind die Einkünfte nominal von 713 auf 776 Euro gestiegen. Im Osten zeigt sich dagegen eine deutliche zunehmende Differenzierung der Einkünfte von alleinstehenden Männern. Dabei liegen insbesondere die

Einkünfte der oberen 25 Prozent allerdings deutlich niedriger als im Westen. Zwischen 2003 und 2008 zugenommen haben allerdings die oberen 10 Prozent deutlich höhere nominale Einkünfte bezogen (2.131 gegenüber 2.007 Euro), die unteren 10 Prozent dagegen deutlich niedrigere nominale Einkommen als 2003 (867 gegenüber 978 Euro).

Bei alleinstehenden Frauen zeigen sich im Osten nominal praktisch keine Veränderungen in der Höhe und der Verteilung der Alterseinkünfte zwischen 2003 und 2008. Die Einkünfte der unteren Gruppen liegen dabei ungefähr auf westdeutschem Niveau, bei den oberen Gruppen liegen die Einkünfte im Westen wie bei den alleinstehenden Männern höher. Darüber hinaus ist im Westen bei allen Perzentilen ein leichter bis deutlicher Anstieg der Alterseinkünfte zu beobachten, insbesondere bei den höheren Gruppen. Die oberen 10 Prozent der alleinstehenden Frauen haben im Jahr 2008 mit 2.467 Euro ein um nominal mehr als 100 Euro höheres durchschnittliches Einkommen als im Jahr 2003 (2.325 Euro) bezogen.

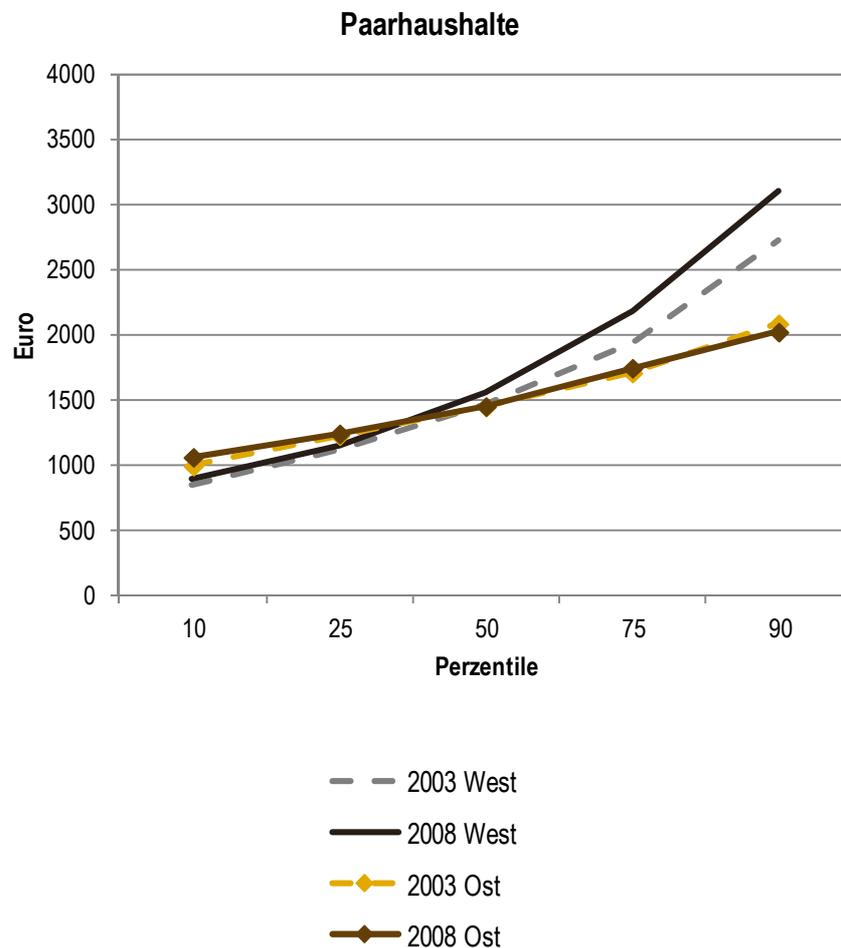
Bei Paarhaushalten zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei den Alleinstehenden-Haushalten: Im Osten ist demnach wenig Veränderung zwischen 2003 und 2008 zu beobachten. Besonders auffällig ist, dass die Einkünfte der unteren Gruppen im Osten mit 1.057 Euro (P10) höher liegen als im Westen (888 Euro), die der höheren Gruppen mit 2.081 Euro (P90) dagegen deutlich niedriger ausfallen als im Westen (West: 3.099 Euro). Gegenüber 2003 haben die Alterseinkünfte im Westen bei den oberen Gruppen nominal deutlich zugenommen (von 2.713 auf 3.099 Euro). Bei den unteren Gruppen ist dagegen nur ein leichter Anstieg zu beobachten (vgl. Darstellung 21).

Darstellung 20: Nettoäquivalenzeinkommen von älteren Alleinstehenden 2003 und 2008 (Perzentile, nominal)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008. N>=3.217.

Darstellung 21: Nettoäquivalenzeinkommen von älteren Paarhaushalten 2003 und 2008 (Perzentile, nominal)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008. N>=3.946.

Insgesamt zeigt sich somit, dass die Alterseinkünfte zwischen 2003 und 2008 im Westen nominal leicht zugenommen haben. Berücksichtigt man die Inflationsrate, zeigen sich hingegen insbesondere im Osten deutlich niedrigere Alterseinkünfte. Schlecht abgesichert sind nach wie vor insbesondere alleinstehende Frauen, wohingegen Paarhaushalte und alleinstehende Männer zu großen Teilen vergleichsweise gut abgesichert sind. Auffällig ist die starke Differenzierung der Alterseinkünfte in Westdeutschland. Speziell bei westdeutschen Männern, aber auch bei Paarhaushalten gibt es eine starke Spreizung in der Höhe der Alterseinkünfte. Im Vergleich mit der Befragung von 2003 ist dabei insgesamt eine zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte zu beobachten. Letztendlich wird darin auch die zunehmende Spreizung der Erwerbseinkünfte widerspiegelt (vgl. Grabka, Frick 2008).

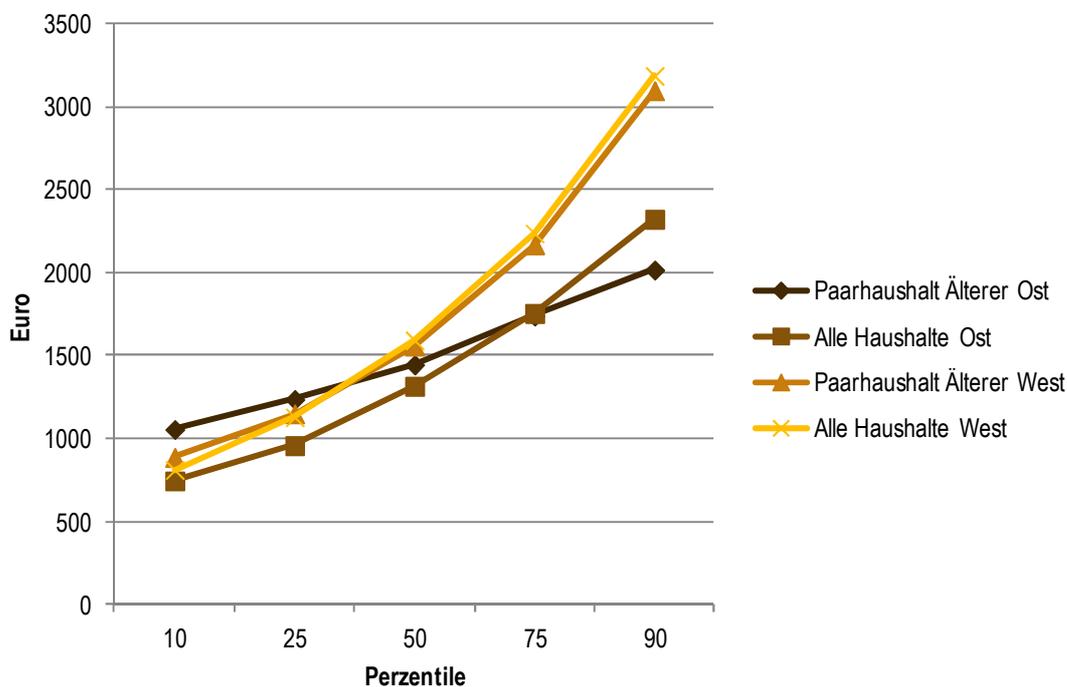
Betrachtet man die Einkommensverteilung der älteren Paarhaushalte in Relation zu allen Haushalten der EVS 2008, so zeigt sich, dass die Nettoäquivalenzeinkünfte der älteren westdeutschen Paarhaushalte in allen Gruppen ungefähr auf dem Durchschnitts-Niveau liegen. D. h. in Westdeutschland ent-

spricht die Struktur der Alterseinkünfte bei älteren Paarhaushalten ungefähr dem Durchschnitt aller Haushalte und Altersgruppen.

Im Osten ist dagegen festzustellen, dass sich die Einkünfte älterer Paarhaushalte deutlich von den übrigen Haushalten unterscheiden. Einerseits ist zu beobachten, dass die Einkünfte der unteren Perzentile über den Einkünften westdeutscher Haushalte mit niedrigen Einkünften liegen. Gleichzeitig liegen sie aber auch deutlich über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Haushalte mit geringen Einkünften (welcher wiederum niedriger liegen als im Westen). Beim P75-Perzentil liegen ostdeutsche Paarhaushalte Älterer auf dem Niveau aller ostdeutschen Haushalte, bei den oberen 10 Prozent liegen die Paarhaushalte Älterer unter dem Durchschnitt.

Damit zeigt sich, dass sich aus den kontinuierlichen Erwerbsbiographien und der egalitären Einkommensverteilung der Aktiven der ostdeutschen Rentnerhaushalte des Jahres 2008 eine wesentlich homogenere Verteilung ergibt als im Westen. Andererseits bilden westdeutsche Alterseinkünfte sehr genau die Verteilung während des Erwerbslebens ab bzw. liegen westdeutsche Paarhaushalte auf ähnlichem Niveau wie die übrige Bevölkerung (mit allen Erwerbs- und Alterseinkünften). Im Osten zeichnet sich dagegen bei den jüngeren eine deutlich heterogenere Verteilung aller Haushalte gegenüber den älteren Paarhaushalten ab.

Darstellung 22: Nettoäquivalenzeinkommen älterer Paarhaushalte in Relation zu allen Haushalten in der EVS 2008 (Perzentile)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2008. N=52.363.

Zusammenfassend weisen die Ergebnisse in erster Linie auf eine zunehmende Spreizung in den Alterseinkünften hin. Auffällig ist, dass besonders in Westdeutschland die Alterseinkünfte der oberen Einkommensgruppen sogar nochmals zugenommen haben und insgesamt deutlich höher liegen als im Osten. Gleichzeitig ist für Ostdeutschland zwar eine momentan noch homogenere Verteilung der Alterseinkünfte festzustellen – bei den unteren Einkommensgruppen liegen die Einkünfte von Alleinstehenden Männern und Paarhaushalten im Westen dagegen sogar niedriger. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Ungleichheit in Anbetracht der Einkommensverteilung aller ostdeutschen Haushalte weiter zunehmen wird.

Aktuell kann nach diesen Zahlen noch nicht von einer deutlichen Zunahme von Altersarmut gesprochen werden. Im Vergleich zu 2003 fallen die Einkünfte der Haushalte von Älteren aber bereits teils deutlich niedriger aus, insbesondere wenn man die Inflationsrate berücksichtigt.

5.3 Vermögen und Immobilienbesitz älterer Haushalte

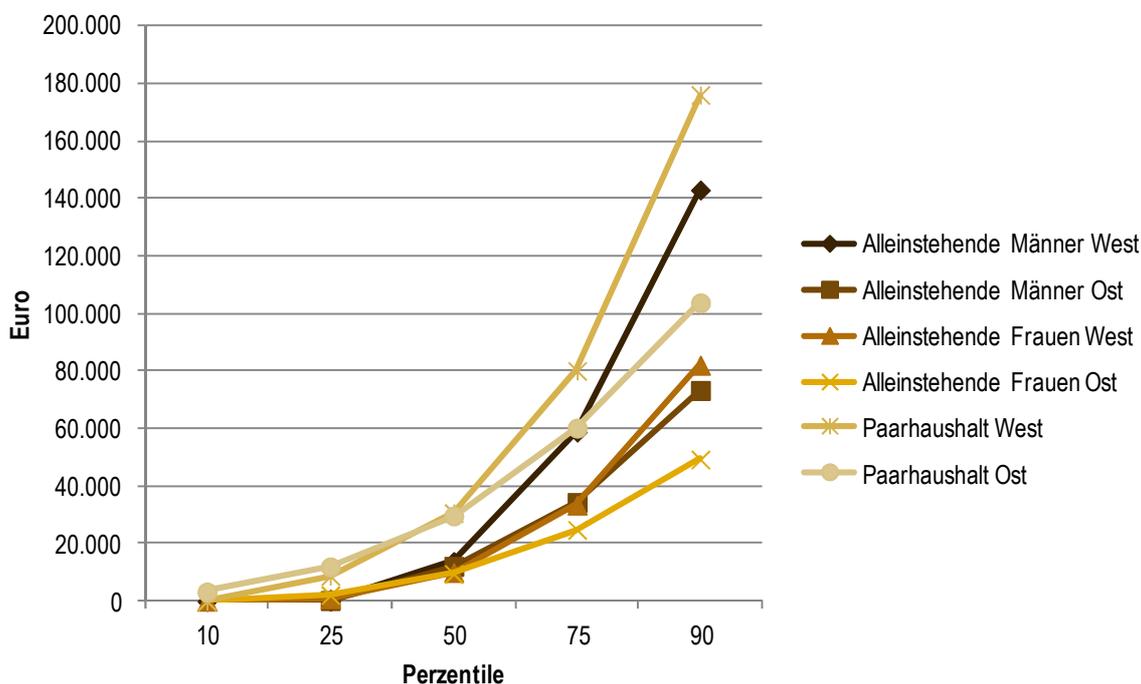
Neben den aktuellen Einkünften verfügen ältere Haushalte auch über Vermögen und Immobilien, die ebenfalls zur Alterssicherung zählen. Betrachtet man das Vermögen älterer Haushalte (ohne Betriebsvermögen)⁶, so zeigt sich allerdings eine deutliche Differenzierung insbesondere zwischen Alleinlebenden und Paarhaushalten. Alleinlebende Ältere haben zu großen Teilen praktisch kein Vermögen (vgl. Darstellung 23). Für Männer und Frauen in beiden Teilen Deutschlands liegt der Wert des 25-Prozent-Perzentils im Jahr 2008 unter 2.500 Euro. Die Medianwerte des Vermögens alleinstehender Älterer liegen zwischen 9.500 (Frauen, Ost) und 14.000 Euro (Männer, West).

Bei den oberen Vermögensgruppen zeigen sich dagegen deutliche Unterschiede: Besonders hohe Vermögen sind demnach bei alleinstehenden westdeutschen Männern festzustellen, die zu 25 Prozent über mehr als 60.000 Euro verfügen. Ungefähr gleich verteilen sich die Vermögen der alleinstehenden westdeutschen Frauen und ostdeutschen Männer, bei denen der Wert des 75-Prozent-Perzentils jeweils 33.500 bzw. 34.500 Euro beträgt. Die geringsten Vermögen sind bei alleinstehenden Frauen in Ostdeutschland zu beobachten, hier beträgt auch der Wert des 75-Prozent-Perzentils „nur“ 25.000 Euro.

Paarhaushalte verfügen in beiden Teilen Deutschlands über ein höheres Vermögen, wobei in den unteren Gruppen auch ein höheres Pro-Kopf-Vermögen als bei Alleinstehenden zu beobachten ist. Betrachtet man die unteren 25 Prozent, so verfügen westdeutsche Paare immerhin über 9.000 Euro, ostdeutsche Paare sogar über 12.000 Euro Geldvermögen. Der Median liegt bei 30.500 (West) bzw. 29.500 Euro (Ost). Bei den höheren Einkommensgruppen zeigen sich erneut deutlichere Unterschiede. Demnach liegt der Wert des 75-Prozent Perzentils im Westen mit 80.000 Euro rund 20.000 Euro höher als im Osten (60.000 Euro).

⁶ Zu den Vermögen werden neben Sparguthaben auch Wertpapiere und verliehenes Geld gezählt, Kredite werden abgezogen.

Darstellung 23: Vermögen älterer Haushalte nach Perzentilen in der EVS 2008



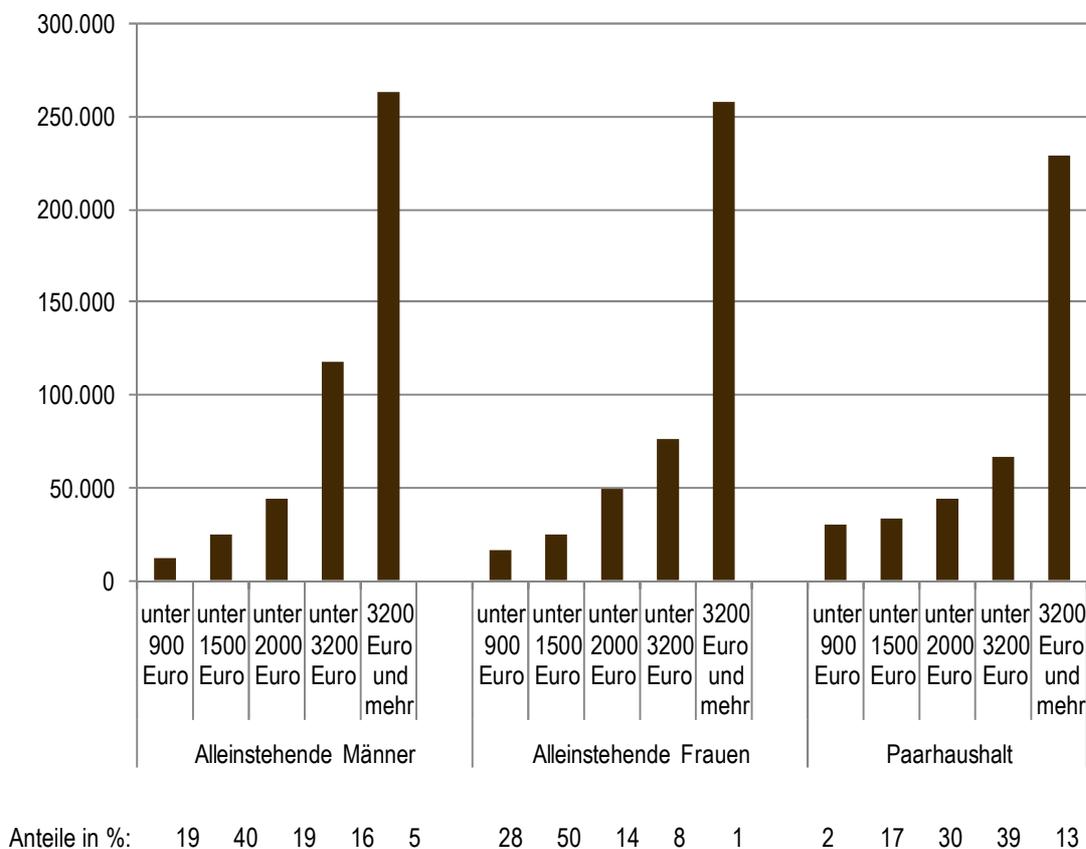
Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2008. N=9.388.

Insgesamt ist somit erwartungsgemäß festzustellen, dass Ältere teils über erhebliches Vermögen verfügen, welches aber sehr ungleich verteilt ist. Wie zu erwarten unterscheidet sich die Höhe des verfügbaren Geldvermögens stark nach dem jeweiligen Einkommen. Bei Personen mit geringem Haushaltsnettoeinkommen sind auch die geringsten Vermögenswerte zu beobachten. Alleinstehende Männer mit unter 900 Euro Haushaltsnettoeinkommen (19 %) verfügen demnach über ein durchschnittliches Vermögen von 12.000 Euro, alleinstehende Männer mit 900 bis 1.500 Euro Monatseinkommen (40%) über 24.500 Euro. Bei den immerhin 16 Prozent älterer alleinstehender Männer mit Einkünften zwischen 2.000 bis 3.200 Euro liegt das Vermögen dagegen bei durchschnittlich 117.500 Euro.

Alleinstehende Frauen mit weniger als 900 Euro Haushaltsnettoeinkommen (28 %) verfügen ebenfalls über nur geringes Vermögen von durchschnittlich 16.000 Euro. Der Anteil an alleinstehenden Frauen mit 2.000 bis 3.200 Euro Einkommen ist mit 8 Prozent deutlich niedriger als bei den Männern, ebenso wie ihr durchschnittliches Vermögen von 76.500 Euro.

Bei älteren Paarhaushalten zeigt sich ein etwas weniger starker, aber dennoch ausgeprägter Zusammenhang zwischen der Vermögensverteilung nach dem Haushaltsnettoeinkommen. Während Paarhaushalte mit unter 900 Euro Haushaltsnettoeinkommen nur über 30.000 Euro Vermögen verfügen, sind es bei den Paaren mit unter 3.200 Euro Einkommen durchschnittlich 66.000 Euro. Ältere Paarhaushalte mit 3.200 Euro und mehr Einkommen verfügen über durchschnittlich 229.000 Euro Vermögen.

Darstellung 24: Durchschnittliches Vermögen älterer Haushalte nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in der EVS 2008*



* Haushaltsnettoeinkommen (im Gegensatz zu den vorherigen Abbildungen) hier abgegrenzt nach der EVS-Standarddefinition, d. h. inklusive kalkulatorischer Mieten.

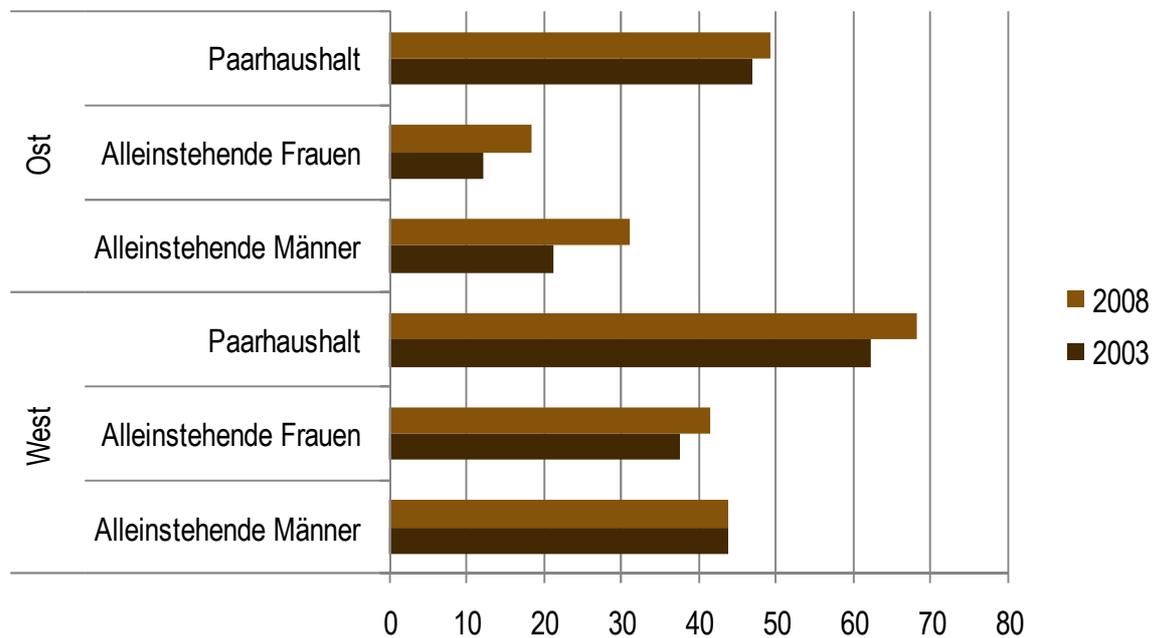
Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008. N=9.388.

Bei den bisherigen Betrachtungen unberücksichtigt blieb die Wohnsituation der Befragten, im Sinne von Mietausgaben bzw. der Mietwert selbstgenutzten Immobilienbesitzes. Analysen zeigen, dass Ältere zu hohen Teilen Besitzer von (meist selbstbewohnten) Immobilien sind, die in der EVS als Sachvermögen abgegrenzt werden. Allerdings wird im Folgenden auf die Bewertung dieser Immobilien verzichtet.

Betrachtet man den Anteil an Haushalten mit Immobilienbesitz im Jahr 2008, so zeigt sich im Vergleich mit dem Jahr 2003 ein leichter Anstieg. Der Anteil an Paarhaushalten mit Immobilienbesitz ist im Westen von 62 auf 68 Prozent gestiegen. Im Osten ist der Anteil an Immobilienbesitzern ausgehend von niedrigerem Niveau ebenfalls leicht angestiegen (47 % auf 49 %).

Betrachtet man alleinstehende Frauen und Männer, so fällt auf, dass diese im Westen zu deutlich höheren Anteilen Immobilienbesitzer sind (2008: Männer: 44 %, Frauen 41 %). Im Osten liegen diese Werte mit 31 Prozent (Männer) bzw. 18 Prozent (Frauen) deutlich niedriger, sie sind gegenüber dem Jahr 2003 aber deutlich angestiegen.

Darstellung 25: Anteil älterer Haushalte mit Immobilienbesitz (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008. N>=7.626.

Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass im Jahr 2008 im Westen rund 24 Prozent, im Osten immerhin 15 Prozent der älteren Paarhaushalte mit Immobilienbesitz noch laufende Hypotheken haben, mit einer durchschnittlichen Restschuld von 55.000 (West) bzw. 43.000 Euro (Ost). Ebenso ist auch Immobilienbesitz insbesondere bei den höheren Einkommensklassen zu beobachten. Bei Haushalten mit 3.200 Euro und mehr Einkommen sind 84 bis 88 Prozent Besitzer eigener Immobilien, bei den unteren Einkommensgruppen (unter 900 Euro) sind es dagegen nur 16 bis 31 Prozent.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass Vermögen und Immobilienbesitz insbesondere bei den Haushalten festzustellen ist, die ohnehin höhere Alterseinkünfte haben. Positiv zu bewerten ist allerdings, dass zumindest der Immobilienbesitz älterer Haushalte (insbesondere von Alleinstehenden in Ostdeutschland) zugenommen hat und somit zusätzliche Sicherheit im Alter bietet.

6. Fazit

In diesem 5. Arbeitspapier des Projekts „Gute Erwerbsbiographien“ konnte gezeigt werden, dass sich die Erwerbsbiographien der Beschäftigten auch im Haushaltskontext deutlich gewandelt haben. Erhebliche Unterschiede zeigen sich in der Entwicklung zwischen West- und Ostdeutschland. Im Westen ist einerseits eine Zunahme von Zwei-Verdiener-Haushalten festzustellen, andererseits ist diese Zunahme fast ausschließlich auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung von Frauen zurückzuführen. Im Osten zeigt sich dagegen – ausgehend von einem hohen Anteil an Haushalten mit zwei Vollzeitbeschäftigten – seit der Wiedervereinigung ein deutlicher Rückgang der Erwerbsbeteiligung im Haushalt. Insbesondere ostdeutsche Paare sind zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen.

Hinsichtlich der Alterseinkünfte der aktuellen Rentnerinnen und Rentner ist festzustellen, dass diese aufgrund der in der Vergangenheit stabilen Erwerbsbiographien weitestgehend gut abgesichert sind. Betrachtet man die individuellen Alterseinkünfte in Paarhaushalten, so gilt dies im Westen jedoch vorwiegend für Männer. Frauen in Paarhaushalten verfügen demnach über eine geringe eigene Rente und sind von den Anwartschaften des Mannes abhängig. Darüber hinaus sind im Westen auch Einkünfte aus der betrieblichen Altersvorsorge und der privaten Altersvorsorge zu beobachten, welche bisher jedoch gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung eine vergleichsweise geringe Verbreitung finden. Besonders gut abgesichert sind Haushalte mit ehemaligen Beamten. Paarhaushalte im Osten sind dagegen fast ausschließlich über die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert. Im Gegensatz zum Westen haben hier jedoch auch Frauen hohe eigene Renten. Abgesehen von westdeutschen Beamtenhaushalten liegen die Alterseinkünfte in beiden Teilen Deutschlands jedoch trotz der höheren Erwerbsbeteiligung im Osten in der Summe auf einem ähnlich hohen Niveau. Zusammenhänge zwischen der Paarerwerbsbeteiligung und den Alterseinkünften sind für die aktuellen älteren Paarhaushalte vor allem insofern festzustellen, als dass Frauen in Haushalten mit geringen Anwartschaften des Mannes eine höhere Erwerbsneigung aufweisen.

Die Entwicklung am aktuellen Rand zeigt, dass sich die Alterseinkünfte bereits in den vergangenen fünf Jahren deutlich gewandelt haben. Nominal ist demnach kaum eine Veränderung in der Höhe des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens festzustellen, real kann sogar ein Rückgang beobachtet werden. Darüber hinaus zeigen sich teils erhebliche Unterschiede in der Höhe der Alterseinkünfte. Besonders eklatant ist, dass diese Unterschiede in den vergangenen fünf Jahren deutlich zugenommen haben: Während gut abgesicherte Haushalte sogar höhere Alterseinkünfte erzielen, ist bei Haushalten mit geringen Einkünften nominell und real ein Rückgang festzustellen.

Im abschließenden sechsten Arbeitspapier werden die Befunde aus den vorliegenden fünf Arbeitspapieren des Projekts zusammengefügt. Dabei steht vor allem die Frage nach gruppenspezifischen Risiken in Erwerbsverlauf und Alterssicherung im Vordergrund. Ziel soll es sein, der Beantwortung der Frage „Was sind Gute Erwerbsbiographien?“ ein Stück weit näher zu kommen.

Literatur

- Allmendinger, J. (1990): Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe. In: Mayer, K.-U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. KZfSS. Sonderheft 31. S. 272ff
- Andreß, H.J. (2004): Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung. In: ISI, 31/2004. S. 1ff
- Bäcker, G.; Brussig, M.; Jansen, A.; Knuth, M.; Nordhause-Janz, J. (2009a): Ältere Arbeitnehmer. Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit im Alter. Wiesbaden.
- Bäcker, G.; Kistler, E.; Trischler, F. (2009b): Rente mit 67 – Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut. Zweiter Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente. Berlin.
- Bäcker, G.; Naegele, G.; Bispinck, R.; Hofemann, K.; Neubauer, J. (2010): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Wiesbaden.
- Berner, F.; Romeu, L.; Motel-Klingebiel, A. (2010): Lebenslauforientierung in der Alterssicherung. In: Naegele, G. (Hrsg.): Soziale Lebenslaufpolitik. Wiesbaden. S. 517ff
- Bieber, U.; Münch, W.; Weinhardt, M. (2009): Alterssicherung in Deutschland. Neue Studie vereint bewährte Berichterstattung mit methodischen Innovationen. In: Deutsche Rentenversicherung. Heft 3/2009. S. 203ff
- BMGSGJ (Hrsg.; 2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Busse, J. (2007): Die Entwicklung der Erwerbsneigung von Frauen – Chancen und Risiken für Wachstum und Beschäftigung. In: Deutsche Rentenversicherung 11-12/2007. S. 802ff
- Deutscher Bundestag (2001): Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 14/5990.
- Drobnic, S.; Schneider, T. (2000): Der Übergang erwerbstätiger Ehepartner in den Ruhestand aus der Lebenslaufperspektive. In: Heinz, W. (Hrsg.): Übergänge – Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs. Weinheim. S. 205ff
- Ebert, A.; Kistler, E.; Trischler, F. (2007): Ausrangiert – Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen. Edition der Hans Böckler Stiftung 189. Düsseldorf.
- Ebert, A.; Trischler, F. (2012, i.E.): Altersübergänge. In: Univ. Göttingen, Inst. f. Arbeitsmarkt- u Berufsforschung, ISF Institut für Sozialwissenschaftliche, Internationales Institut f. empirische Sozialökonomie: Berichterstattung zur Sozio-oekonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden.
- Ernicke, B. (1997): Datenaufbereitung aus dem Sozio-ökonomischen Panel: Erwerbsverlauf und Familiendaten. Arbeitspapier Nr. 44. Sonderforschungsbereich 186. Bremen.
- Frick, J.; Grabka, M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. In: DIW-Wochenbericht 3/2010. S. 2ff
- Frick, J.; Lohmann, H. (2010): Biography and Life History Data in the German Socio Economic Panel (SOEP, v26, 1984-2009). Berlin.

- Frommert, D. (2009): Bundeslänger im Vergleich. Ergebnisse der Studie Altersvorsorge in Deutschland 2005 auf Länderebene. In: RVaktuell 9/2009. S. 291ff
- Frommert, D.; Himmelreicher, R. (2010): Sinkende Rentenanwartschaften – vor allem in den neuen Bundesländern. Analysen zur Entwicklung der Altersrenten in Deutschland. In: ISI 43. S. 1ff
- Geissler, B. (1998b): Weibliche Lebensführung und Erwerbsverlauf. Ein lebenslauf-theoretischer Beitrag zur Analyse der Frauenarbeit. In: Geissler, B.; Maier, F.; Pfau-Effinger, B. (Hrsg.): Frauen Arbeits Markt. Der Beitrag der Frauenforschung zur Sozio-oekonomischen Theorieentwicklung. Berlin. S. 145ff
- Geissler, B. (1998a): Normalarbeitsverhältnis und Sozialversicherung – eine überholte Verbindung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 3/1998. S. 550ff
- Geyer, J.; Steiner, V. (2009): Zahl der Riester-Renten steigt sprunghaft – aber Geringverdiener halten sich noch zurück. DIW-Wochenbericht 32/2009.
- Goebel, J.; Grabka, M. (2011): Zur Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. DIW-Wochenbericht 25/2011.
- Grabka, M.; Frick, J. (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht 10/2008. S. 101ff
- Hauser, R. (2007): Altersarmut unterschätzt. Kritik an der Methode der aktuellen Studie AVID 2005. Soziale Sicherheit 12/2007. S. 416ff
- Heien, T.; Kortmann, K.; Schatz, C. (2007): Altersvorsorge in Deutschland 2005. Alterseinkommen und Biographie. München.
- Himmelreicher, R.; Frommert, D. (2006): Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut? Der Einfluss von Erwerbs- und Familienbiographien auf die Rentenhöhe in Deutschland. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 75 (2006). S. 108ff
- Himmelreicher, R.; Viebrok, H. (2003): Die ‚Riester-Rente‘ und einige Folgen für Alterseinkünfte. Befunde einer Simulationsstudie auf der Grundlage typischer Erwerbs- und Familienbiographie. Zes-Arbeitspapier 4/2003.
- Himmelreicher, R. (2011): Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und neuen Bundesländern. In: Destatis, WZB (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band I. S. 280ff
- Hurd, M. (1990): The Joint Retirement Decision of Husbands and Wives. In: Wise, D. (Hrsg.): Issues in the Economics of Aging. Chicago 1990. S. 231ff
- Johnson, R.; Favreault, M. (2001): Retiring together or working alone: The impact of spousal employment and disability on retirement decisions. Center for Retirement Research at Boston College. WP 1/2001.
- Klammer, U.; Klenner, C. (2004): Geteilte Erwerbstätigkeit – Gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland. In: Leitner, S.; Ostner, I.; Schratzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden. S. 177ff
- Knapp, U. (2004): Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Diskussionsbeiträge aus dem Fachgebiet Volkswirtschaft an der HWP. Hamburg.
- Kortmann, K. (2010): Alterssicherung im 21. Jahrhundert und deren Erforschung mit Mikrodaten – Der Beitrag der Untersuchungen zur Alterssicherung in Deutschland (ASID). In: Deutsche Rentenversicherung 2/2010.

- Kümmerling, A.; Jansen, A.; Lehndorff, S.: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten. IAQ-Report 04-2008.
- Leiber, S. (2005): Formen und Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge – Eine Zwischenbilanz. In: WSI Mitteilungen 6/2005. S. 314ff
- Michaud, P.-C. (2003): Joint Labour Supply Dynamics of Older Couples. IZA Discussion Paper No. 832. Bonn.
- Noll, H.-H.; Weick, S. (2008): Beachtliche Disparitäten bei gegenwärtig noch hohem Lebensstandard. Analysen zur materiellen Lage der älteren Bevölkerung im Vergleich. In: ISI 39, S. 6ff
- Rasner, A. (2006): Das Konzept der geschlechtsspezifischen Rentenlücke. In: DRV-Schriften Band 55/2006. S. 270ff
- Riedmüller, B.; Willert, M. (2008): Die Zukunft der Alterssicherung. Analyse und Dokumentation der Datengrundlagen aktueller Rentenpolitik. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Riedmüller, B.; Schmalreck, U. (2011): Eigenständige Alterssicherung von Frauen. Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf. WISO-Diskurs April 2011.
- Schmähl, W. (2010): Dynamisierung von Alterseinkünften – einige grundsätzliche Anmerkungen. In: Deutsche Rentenversicherung 2/2010. S. 314ff
- Schmähl, W. (2011a): Politikberatung und Alterssicherung: Rentenniveau, Altersarmut und das Rentenversicherungssystem. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. 01/2011. S. 159ff
- Schmähl, W. (2011b): Von der Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung zu deren partiellen Ersatz: Ziele, Entscheidungen sowie sozial- und verteilungspolitische Wirkung. Zur Entwicklung von der Mitte der 1990er Jahre bis 2009. In : Eichenhofer, E.; Schmähl, W.; Rische, H. (Hrsg.): Handbuch der Gesetzlichen Rentenversicherung, SGB VI. Neuwied. S. 169ff
- Schmidt, T.; Schmitt, C. (2005): Erwerbsverläufe. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht. S. 303ff
- Steiner, V.; Geyer, J. (2010): Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Berlin.
- Stegmann, M.; Bieber, U. (2011): Sozialer Wandel und die Absicherung von Ehe, Partnerschaft und Familie in der gesetzlichen Rentenversicherung und der geförderten privaten Altersvorsorge. In: Deutsche Rentenversicherung 2/2011. S. 161ff
- Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel. Stadtbergen.
- Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 4: Wandel im Erwerbsverlauf und Rentenanspruch. Stadtbergen.
- Vogel, A. (2007): Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext. Wirtschaft und Statistik 2007. S. 312ff
- Wagner, G. (1996): Gemeinsamer Rentenzugang. Ein neues Phänomen in Lebensläufen. In: Behrens, J.; Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt. S. 323ff
- Zwiener, R. (2011): Lehren aus der Finanzmarktkrise – Kurskorrekturen bei der Rentenversicherung erforderlich. In: spw2/2011. S. 17ff

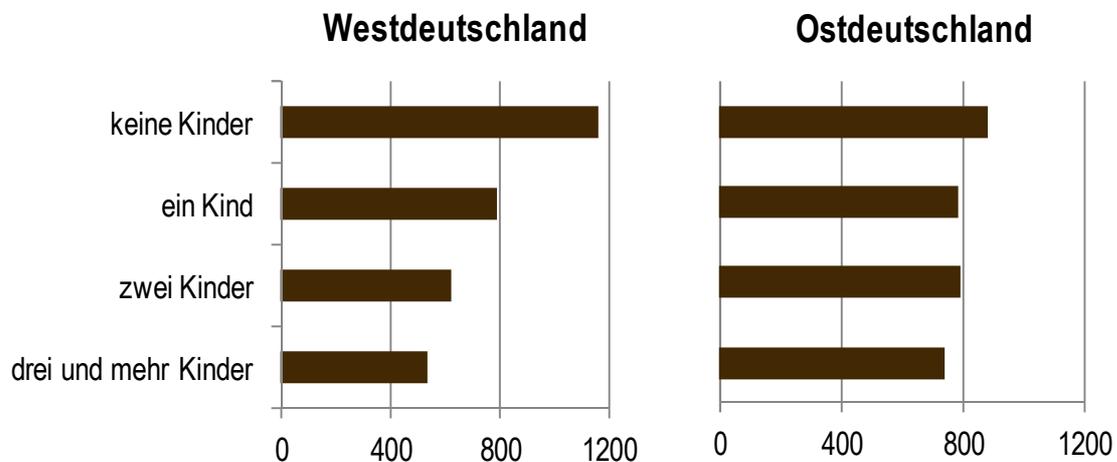
Anhang

Tabelle A 1: Beobachtete Kohorten in den jeweiligen Befragungszeitpunkten

| | 1. Zeitraum 1985-1989 | 2. Zeitraum 1991-1995 | 3. Zeitraum 1997-2001 | 4. Zeitraum 2003-2007 |
|----------------------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|
| Erwerbseinstiegsphase (Startjahr: 20- bis 30-Jährige) | 1955-1965 | 1961-1971 | 1967-1977 | 1973-1983 |
| Kernerwerbsphase (Startjahr: 31- bis 50-Jährige) | 1935-1954 | 1941-1960 | 1947-1966 | 1953-1972 |
| Altersübergangsphase (Startjahr: 51- bis 61-Jährige) | 1924-1934 | 1930-1940 | 1936-1946 | 1942-1952 |

Quelle: INIFES, eigene Darstellung.

Darstellung A 1: Zusammenhang zwischen Zahl der Kinder und Höhe der eigenen Renten- und Pensionseinkünfte bei Frauen in West- und Ostdeutschland* (Angaben in Euro)



(*) Das oberste 1% aller Befragten mit den höchsten Renten- und Pensionseinkünften wurde hier ausgeschlossen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26). N=2.101.